

Aus dem Institut für Geschichte der Medizin
der Freien Universität Berlin
Direktor: Professor Dr. med. Heinz Goerke
und
aus dem Institut für Veterinär-Pathologie
der Freien Universität Berlin
Direktor: Professor Dr. med. vet. Walter Renk

Reinhold Schmaltz (1860-1945) und die Tierärztliche Standespolitik in Deutschland

INAUGURAL-DISSERTATION

zur

Erlangung des Grades eines
Doktors der Veterinärmedizin
an der

Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Hans Wischerath
Tierarzt aus Köln

Berlin 1967
Journal-Nr. 569

Aus dem Institut für Geschichte der Medizin
der Freien Universität Berlin

Direktor: Professor Dr.med. Heinz G o e r k e
und

Aus dem Institut für Veterinär-Pathologie
der Freien Universität Berlin

Direktor: Professor Dr.med.vet. Walter Renk

REINHOLD S C H M A L T Z (1860 - 1945) UND DIE
TIERÄRZTLICHE STANDESPOLITIK IN DEUTSCHLAND

INAUGURAL-DISSERTATION
zur
Erlangung des Grades eines
Doktors der Veterinärmedizin
an der
Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Hans Wischerath
Tierarzt aus Köln

Berlin 1967
Journal Nr. 369

Gedruckt mit Genehmigung
der Veterinärmedizinischen Fakultät der FU Berlin

Dekan: Professor Dr. G. Bergmann
Referent: Professor Dr. W. Renk
Korreferent: Professor Dr. Goercke

Tag der mündl. Prüfung: 9.II.1967

Tag der Promotion: 27. SEP. 1967

REINHOLD SCHMALTZ (1860 - 1945)

UND DIE

TIERÄRZTLICHE STANDESPOLITIK

IN DEUTSCHLAND



I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

	Seite
I. Vorwort	1
II. Allgemeine tierärztliche Berufsgeschichte im 18. und 19. Jahrhundert	2
III. Leben von Reinhold SCHMALTZ	7
IV. Reinhold SCHMALTZ als Standespolitiker	10
1. Bedeutung standespolitischer Tätigkeit als Bestandteil seines Lebenswerkes	10
2. Auseinandersetzungen um die Frage der Hochschulreife	15
3. Seine Beteiligung am Zustandekommen der Prüfungsordnungen von 1912 und 1925	28
a.) Vorgeschichte. Die Prüfungsordnungen von 1839, 1869, 1878 und 1889	28
b.) Prüfungsordnung von 1912	33
c.) Prüfungsordnung von 1925	40
4. Promotion und Promotionsrecht	42
a.) Geschichtlicher Rückblick	42
b.) Das Promotionsrecht der deutschen tierärztlichen Hochschulen	44
c.) Die Anerkennung des in der Schweiz erworbenen "Dr. med. vet." in Deutschland	50
V. Militär-Veterinärwesen	56
VI. Anmerkungen	63
VII. Literaturverzeichnis	70
VIII. Anlagen	73a
IX. Lebenslauf	181

I. V O R W O R T

Wer sich mit der tierärztlichen Berufsgeschichte in Deutschland beschäftigt, wird feststellen, daß die Prägung des uns heute vorliegenden geläufigen Berufsbildes ein Vorgang war, der zu einem erheblichen Teil noch in den Bereich der sogenannten Zeitgeschichte fällt. Er wird darüber hinaus aber auch bemerken, daß dabei ein Berliner Lehrer der Veterinär-Anatomie, Prof.Dr.Dr.hc. Reinhold SCHMALTZ, Geheimer Regierungsrat, einen derartigen Einfluß auf die Vorgänge gewinnen konnte, daß er als die zentrale Gestalt in der standesgeschichtlichen und berufspolitischen Entwicklung zum deutschen Tierarzt unserer Tage anzusehen ist. Um diese Tatsache zu belegen, ist in der hier vorgelegten Schrift der sich auf diese Tätigkeit von SCHMALTZ beziehende Teil seines Lebenswerkes dargestellt worden.

Bei aller Würdigung der hervorragenden Persönlichkeit von Reinhold SCHMALTZ darf dabei nicht vergessen werden, daß andere hervorragende Lehrer und Forscher an tierärztlichen Bildungsstätten, auf die hier nicht eingegangen werden kann, den Boden für die erfolgreiche Tätigkeit von SCHMALTZ in mühevoller Arbeit fruchtbar gemacht haben.

II. ALLGEMEINE TIERARZTLICHE BERUFGESCHICHTE IM 18. UND 19. JAHRHUNDERT

Zwischen 1770 und 1830 sind in Deutschland mehrere Ausbildungsanstalten für Tierärzte entstanden, die unter dem Sammelbegriff "Tierarzneischulen" bekanntgeworden sind. Die erste wurde in Hannover 1778 eröffnet, dann folgten Dresden 1780, Karlsruhe 1784, Berlin und München 1790. Den persönlichen Bemühungen GOETHEs ist 1816 die Errichtung eines "Tierarznei - Institutes" in Jena zu verdanken. 1821 wurden in Stuttgart, 1822 in Karlsruhe tierärztliche Lehrstätten gegründet. Außerdem wurden auch an den Universitäten in Göttingen, Würzburg, Marburg, Freiburg und Greifswald Lehrstühle zur Ausbildung von Tierärzten errichtet.

Einigen dieser Schulen war jedoch keine lange Lebensdauer beschieden. Nach GOETHEs Tod verfiel das Institut zu Jena und wurde 1843 aufgehoben, die Schule in Karlsruhe wurde 1860 geschlossen, die in Stuttgart 1912. Als selbständige wissenschaftliche tierärztliche Institute bestehen heute Stuttgart - Hohenheim, Freiburg und Göttingen. Eine besondere Entwicklung nahm die tierärztliche Lehr- und Forschungsstätte in Gießen. An der Universität Gießen sind die ersten Anfänge des tierärztlichen Unterrichts bis in das Jahr 1777 zu verfolgen. Während in der ersten Periode von 1777 bis 1827 die Tierheilkunde nur mit Unterbrechung und in noch bescheidener Weise gelehrt und betrieben wurde, hat sich die Veterinärmedizin seit 1828 ununterbrochen in Lehre und Forschung entwickelt, wobei von vornherein das Ziel bestanden hat, akademisch gebildete Tierärzte auszubilden. Diese erfolgreichen Bemühungen erfolgten in enger Verbindung mit der medizinischen Fakultät und sind in erster Linie dem Wirken von NEBEL (1) und VIX (2) zu verdanken. Äußerer Anlaß zur Gründung der Tierarzneischulen waren verheerende Seuchenzüge gewesen, die den Viehbestand und

die Existenz der Bauern zu vernichten drohten und weitere allgemeine volkswirtschaftliche Folgen hatten. Die Berliner Tierarzneischule wurde mit der Zweckbestimmung errichtet: "Um die im Lande wütenden Tierseuchen zu bekämpfen, gute Roßärzte für den Marstall und die Regimenter zu bilden." Von jedem Kavallerie - Regiment wurden geeignete Anwärter zur Berliner Schule abkommandiert, die im Verwaltungsgebäude wohnten, während die "Zivilschüler" freie Aufnahme fanden. Zahlenmäßig waren beide Gruppen ungefähr gleich. Außerdem wurden 6 Stellen für "königliche Scholaren" geschaffen, die zu Landes - Gestütsleitern ausgebildet werden sollten.

Mit der kurativen Behandlung kranker Rinder, Schafe und Schweine befaßten sich bis zum 18. Jahrhundert meist nur einfache Leute, wie Schäfer, Hirten, Jäger und Landwirte. Da sie dauernden Umgang mit Tieren hatten, scharf beobachteten, sehr geschickt waren und einen überlieferten Schatz an Tierarzneikunde besaßen, waren sie für diese Aufgabe sehr geeignet.

Die Behandlung von kranken Pferden wurde auch von Angehörigen höherer Gesellschaftsschichten ausgeübt. Die Roßarzneikunde wurde in den Marställen der Monarchen und anderer hohen Herren besonders gepflegt. Die Stallmeister gehörten zu den hohen Hofbeamten und mußten mit der Pferdeheilkunde vertraut sein. Wie auch in anderen Ländern wurden am brandenburgischen Marstall bis 1711 Pferdeheilkundige ausgebildet, die meistens aus dem Schmiedehandwerk hervorgegangen waren und als Kurschmiede bezeichnet wurden. Bewährte Kurschmiede erhielten den Titel eines Roßarztes.

Für die Tierseuchenbekämpfung waren bis zum 19. Jahrhundert beamtete Ärzte (Physici) zuständig.

Da man Ansprüche an die Vorbildung der Schüler kaum stellen konnte, es eine echte tiermedizinische Wissenschaft noch nicht gab und z.B. auch keine Lehrbücher vorhanden waren, mußten die alten Tierarzneischulen zunächst eine handwerksmäßige Periode durchlaufen. Auch die allgemeine Chirurgie wurde unter ähnlichen Umständen an entspre-

chenden Schulen gelehrt. So waren die Zöglinge der 1795 durch den preußischen Generalstabschirurgus Johann Görcke geschaffenen Pépinière, der preußischen Ausbildungsanstalt für Militärwundärzte in Berlin, zum überwiegenden Teil Barbierchirurgenlehrlinge oder -gehilfen.

Durch das Publikandum vom 5. Juni 1838 wurden in Preußen die Forderungen an die Vorbildung angehoben, allerdings in einer Art, die sich später als nachteilig erwiesen hat. Es wurde dadurch nämlich ein Zweiklassensystem eingeführt, das überall in den deutschen Staaten geherrscht hat, am längsten in Österreich. Aus der für Preußen gültigen Regelung sind folgende Bestimmungen wichtig (3):

"Für diejenigen Eleven, welche sich zu Tierärzten erster Klasse bilden, d.h. durch Ablegung der vorgeschriebenen Staatsprüfungen die Approbation als Tierärzte von höherer wissenschaftlicher Bildung und die Qualifikation zur Anstellung als Kreistierärzte sich erwerben wollen, ist die Studienzeit auf 3 1/2 Jahr festgesetzt.

Diejenigen Eleven hingegen, welche nur die Ausbildung zu Tierärzten zweiter Klasse beabsichtigen, d.h. zu solchen Tierärzten, welche auf den Grund der desfalls bestandenen Prüfung zur Praxis berechtigt sind, ohne auf die Approbation als Tierärzte von höherer wissenschaftlicher Bildung und die einstige Anstellung als Kreistierärzte Anspruch zu machen, müssen einen dreijährigen Studienkursus zurücklegen.

Sämtliche aufzunehmende Eleven müssen das 18. Lebensjahr bereits erreicht haben und gesunde Gliedmaßen sowie überhaupt einen kräftigen Körper besitzen.

Die Eleven, welche sich zu Tierärzten erster Klasse ausbilden wollen, müssen entweder durch ein Zeugnis oder durch eine hier mit ihnen anzustellende Prüfung nachweisen, daß sie die zur Versetzung aus der Tertia in die Sekunda eines Gymnasiums erforderliche Vorbildung besitzen.

Von den Eleven, welche sich zu Tierärzten zweiter Klasse ausbilden wollen, wird dagegen nur gefordert, daß sie Gedrucktes und Geschriebenes in deutscher und lateini-

scher Sprache fertig lesen, daß sie geläufig leserlich und richtig schreiben, und über ein leichtes Thema einen schriftlichen Aufsatz anfertigen können, sowie ferner, daß sie Kenntnis und Übung im Rechnen bis zur einfachen Reguladetrie und Elementarkenntnisse in der Geographie und Geschichte besitzen.

Die eben gedachten Vorkenntnisse werden mindestens auch von den unter die Zahl der Militäreleven Aufzunehmenden verlangt. Dieselben müssen aber außerdem noch nachweisen, daß sie das Schmiedehandwerk erlernt und in demselben den Gesellenstand erlangt haben.

Bei sämtlichen Zivileleven ist zur Aufnahme nur der Nachweis erforderlich, daß sie die Anfangsgründe des Schmiedehandwerks hinreichend kennen und in demselben geübt sind."

Tierärzte erster Klasse sollten also Sekundareife besitzen und sieben Semester studieren, während zum Erwerb der Approbation als Tierarzt zweiter Klasse Volksschulbildung und dreijähriges Studium für genügend erachtet wurden.

Durch Verfügung vom 2. August 1855 wurde unter dem Minister von RAUMER das Zweiklassensystem wieder aufgehoben und für die Ziviltierärzte Obersekundareife vorgeschrieben. Im Heer genügte die geringere Vorbildung bis 1866. Danach mußten die Militäreleven das Examen erster Klasse ablegen; seit 1874 wurde dann in der Armee das Einjährigen-Freiwilligen-Zeugnis verlangt, d.h. Verstzung nach Obersekunda.

In der Verfassung vom 2. August 1855 (4) heißt es, es sollen

" ... als Zivileleven nur solche Individuen zugelassen werden, welche den für Tierärzte erster Klasse vorgeschriebenen Lehrkursus von 7 Semestern zurückzulegen beabsichtigen, und ihre Befähigung dazu durch den Nachweis der Reife für die Obersekunda, resp. erster Abteilung der Sekunda eines Gymnasiums, oder der Reife für die Prima einer zur Entlassungsprüfung berechtigten höheren Bürger- oder Realschule dargetan haben".

Am 1. Juli 1867 wurde der Norddeutsche Bund gegründet,

dem auch Sachsen angehörte. In der für diesen Bereich am 21. Juni 1869 erlassenen neuen Gewerbeordnung heißt es in § 29:

"Einer Approbation, welche aufgrund eines Nachweises der Befähigung erteilt wird, bedürfen Apotheker und diejenigen Personen, welche sich als Ärzte (Wundärzte, Augenärzte, Geburtshelfer, Zahnärzte und Tierärzte) oder mit gleichbedeutenden Titeln bezeichnen." Deshalb mußten die Bedingungen für den Erwerb des Befähigungsnachweises, nämlich Prüfungsordnung und Zulassung zum Studium, einheitlich festgesetzt werden. Da aber in Sachsen zur Zulassung zur Tierarzneischule in Dresden nur das Reifezeugnis einer Realschule verlangt wurde, das aber der Obersekundareife nicht entsprach, schraubte man die Vorbildung allgemein auf Sekundareife zurück. Bis 1874 benötigten also Zivil- und Militäreleven die gleiche Vorbildung.

Unterdessen waren in Bayern Bestrebungen der Tierärzteschaft im Gange, die Universitätsreife zu verlangen. Der bekannte Physiologe und Obermedizinalrat Prof. Dr. Carl von VOIGT, ministerieller Prüfungskommissar der "Centraltierarzneischule zu München", verlangte in einem Bericht an das Ministerium für die Ausbildung der Tierärzte unbedingt das Abiturientenexamen einer Vollanstalt. Das Ministerium zeigte sich der Eingabe geneigt. Nach der Reichsgründung wurde aber die Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund durch Bekanntmachung des Reichskanzlers am 26. Juni 1872 für das ganze Reich in Kraft gesetzt, wurde also zur Reichsgewerbeordnung, damit auch bindend für Bayern.

Am 27. März 1878 wurde die erste tierärztliche Prüfungsordnung für das Deutsche Reich erlassen, in der die Primareife verlangt wurde. Durch Kabinettsorder vom 20. Juni 1887 erhielten die preußischen Tierarzneischulen Berlin und Hannover den Rang wissenschaftlicher Hochschulen. Die übrigen Schulen folgten bald nach: Dresden am 3. Juni 1889, Stuttgart 6. März 1890 und München am 28. Juli 1890. (Gießen war bereits der medizinischen Fakultät der Universität angegliedert.)

III. LEBEN VON REINHOLD SCHMALTZ

Zum Verständnis dessen, was Reinhold SCHMALTZ für die Entwicklung des tierärztlichen Berufes, insbesondere die hier im Vordergrund der Betrachtung stehenden standespolitischen Auseinandersetzungen, bedeutet hat, ist es erforderlich, sich den äußeren Ablauf seines Lebens vor Augen zu führen.

Reinhold SCHMALTZ war schlesischer Pfarrerssohn, geboren am 26. August 1860 in Schönbrunn im Kreise Strehlen, Regierungsbezirk Breslau. Nach anfänglichem Privatunterricht in seiner Heimatstadt erhielt er seine weitere Ausbildung auf dem Gymnasium der schlesischen Kreisstadt Ohlau von 1873 bis Ostern 1877. Ziel des Vaters war von jeher, SCHMALTZ Theologie studieren zu lassen. Deshalb ließ er ihn das letzte Schuljahr ein streng evangelisch ausgerichtetes Gymnasium in Gütersloh in Westfalen besuchen. 1878 bestand er das Abitur, von der mündlichen Prüfung wurde er befreit. Ein Vierteljahr später trat er in Brieg, Regierungsbezirk Breslau, in das 4. Niederschlesische Infanterieregiment als Einjährig-Freiwilliger ein. 1879 wurde er als Unteroffizier entlassen und schlug mit Einverständnis seines Vaters die Forstlaufbahn ein. Nach einer Übung beim Regiment wurde er 1880 als Reserveoffizier entlassen, nachdem er vorher eine halbjährige Forstlehrzeit durchlaufen hatte. Am 16. November 1880 wurde SCHMALTZ nach Ablegen einer besonderen Prüfung als Leutnant in das Königlich preussische Reitende Feldjägerkorps aufgenommen und zur Forstakademie in Eberswalde abkommandiert (5).

Anlässlich einer Jagdveranstaltung lernte er Fräulein Hedwig RABE kennen, deren Vater Pathologie an der Tierarzneischule zu Hannover lehrte. Weihnachten 1881 verlobten sie sich heimlich. Um in der Nähe seiner Verlobten zu sein, begann er im Sommersemester 1882 das Studium der Veterinärmedizin in Hannover. Da ihm forstakademische

Semester angerechnet wurden, hatte er nur vier Semester zu studieren (1882 bis 1884). Nach dem ersten Semester bestand er das Physikum mit der Note "eins", nach weiteren drei klinischen legte er am 31. März 1884 die Fachprüfung ebenfalls mit der Note "eins" ab.

Im August 1884 heiratete er Hedwig RABE in Hannover und praktizierte in Eldagsen am Deister vom April 1884 bis zum Dezember 1885. Aus der Ehe gingen sechs Kinder hervor; vier Kinder starben in den ersten Lebensjahren.

Weihnachten 1885 zog er mit seiner Familie nach Berlin (6).

Im April 1886 wurde er Prosektor am Anatomischen Institut der Berliner Tierarzneischule. Im gleichen Jahr bestand er das Kreistierarztexamen und das Doktorexamen (7). Am 1. April 1887 wurde er kommissarischer, ein Jahr später ordentlicher Lehrer an der Tierärztlichen Hochschule. Titularprofessor war er seit dem 29. Dezember 1891. Seit 1893 war er Geschäftsführer des Deutschen Veterinärrates und der Zentralvertretung der tierärztlichen Vereine Preußens. Am 22. Mai 1896 wurde er Direktor des Anatomischen Instituts, zugleich Dozent an der Landwirtschaftlichen Hochschule (bis 1928). 1907 bis 1909 war er Rektor der Tierärztlichen Hochschule, 1909 wurde ihm in seiner Eigenschaft als Rektor das Prädikat "Magnifizenz" verliehen.

Elf Jahre nach dem Tode seiner ersten Frau heiratete SCHMALTZ 1919 in Berlin Fräulein Ida HOFFMANN; aus dieser Ehe stammt eine Tochter.

Als Hauptmann und Kompaniechef im Reserveinfanterieregiment Nr. 201 zog SCHMALTZ, 54-jährig, am 15. September 1914 ins Feld. Bereits fünf Wochen später wurde er verwundet. Wegen Tapferkeit vor dem Feind ist er im Februar 1915 zum Major befördert worden. Als Kommandeur eines Bataillons nahm er an den Kämpfen um Langemark, Loos, die Lorettohöhe, um Verdun, die Höhe 304 und den Toten Mann teil. Zu Beginn des Jahres 1917 schied er infolge einer schweren Verwundung aus (8).

1925 zog SCHMALTZ nach Altlandsberg bei Berlin, drei Jahre später wurde er emeritiert. Die Goethe-Medaille

ist ihm im Jahre 1936 verliehen worden.

Am 4. August 1945 starb Reinhold SCHMALTZ und wurde
in Altlandsberg bestattet.

IV. REINHOLD SCHMALTZ ALS STANDESPOLITIKER

1. Die Bedeutung standes- politischer Tätigkeit als Bestandteil seines Lebenswerkes

Die standespolitische Tätigkeit von Reinhold SCHMALTZ war wesentlich durch seine literarischen Bemühungen und sein auf diesem Gebiet bewiesenes Geschick bestimmt. Im Jahre 1888 kam der berliner Verlagsbuchhändler Richard SCHOETZ auf den Gedanken, seine verlegerischen Bemühungen der Tiermedizin zuzuwenden, wo er gute Möglichkeiten zu sehen glaubte. Er bat SCHMALTZ, eine Zeitschrift zu gründen und schriftleiterisch zu betreuen. SCHMALTZ empfahl, die "Rundschau auf dem Gebiete der Tiermedizin" von LEMKE und BUCH zu erwerben. Dies geschah, und am 6. September erschien statt der "Rundschau" die "Berliner Tierärztliche Wochenschrift" (BTW). SCHMALTZ war 28 Jahre alt, als er diese neue Aufgabe als Schriftleiter übernahm. Dies war offenbar der Anlaß dafür, daß er den Wunsch hatte, DIECKERHOFF mit in der Redaktion zu haben. Dieser blieb an der Arbeit zwar vertragsgemäß unbeteiligt, er gab aber doch seinen Namen her, der unter den Tierärzten einen guten Klang besaß. Verantwortliche Schriftleiter waren damit DIECKERHOFF und SCHMALTZ, bis im Jahre 1900 SCHMALTZ die alleinige Schriftleitung übernahm. Im Vorspann zum ersten Heft legte er sein Programm dar (9): "Die Redaktion hält es für ihre wichtigste Aufgabe, den Interessen der Mehrzahl ihrer Leser streng Rechnung zu tragen, indem sie bestrebt ist, solche Publikationen zu bringen, welche von tatsächlichem Wert für die Erweiterung der tierärztlichen Wissenschaft, von Einfluß für die praktische Anwendung derselben oder sonst in erster Linie dem die Praxis ausüben-

den Tierarzt nützlich und erwünscht sein dürften. Solche Arbeiten aber können nicht allein aus Instituten und Laboratorien hervorgehen, sondern sie selbst oder die Anregungen dazu müssen zum guten Teil als Resultate aus der praktischen Anwendung unserer Wissenschaft sich ergeben und deshalb aus den Reihen der praktischen Tierärzte selbst kommen. Die Herren Kollegen wollen versichert sein, daß die Redaktion jeden noch so kleinen Beitrag des tierärztlichen Erfahrungsschatzes willkommen heißen wird, sie ist gern bereit, ihr übersandte Notizen, zu deren Ausarbeitung den Herren Einsendern vielleicht die Zeit mangelt, zur Veröffentlichung fertigzustellen und andererseits erste literarische Versuche wohlwollend zu prüfen und weitgehendste Unterstützung zuteil werden zu lassen."

SCHMALTZ hat seine schriftleiterische Arbeit sehr ernst genommen. Er hat Veröffentlichungen anderer Autoren angenommen, beurteilt und druckreif gemacht und viele eigene Beiträge laufend eingebracht. Dazu gehören seine Berichte über den deutschen Veterinärrat, die Statistiken über Tierseuchen des In- und Auslandes, den Viehverkehr, die Fleischschau, die Wiedergabe von Ministerialerlassen und andere behördliche Anordnungen, Gerichtsentscheidungen, Abhandlungen über die Stellung der Kreis- tierärzte, das Militärveterinärwesen, über Gehalts- und Gebührenfragen, Unterrichts- und Hochschulangelegenheiten, die tagesgeschichtlichen Mitteilungen, Referate über wissenschaftliche Arbeiten in anderen tierärztlichen Fachzeitschriften sowie zahlreiche Buchbesprechungen. Die wohl deutlichste Anerkennung dieser Leistungen spricht aus einer Äußerung des ehemaligen Ministerialdirektors SCHROETER: "Es ist der von Schmaltz glänzend geführten tierärztlichen Fachpresse zu verdanken, wenn eine Etappe nach der anderen auf dem Wege zu dem von vornherein klar erkannten Ziele einer Gleichstellung des tierärztlichen Berufes mit den übrigen auf voller akademischer Bildung beruhenden Berufen zurückgelegt werden konnte."

Die BTW leitete SCHMALTZ mehr als 50 Jahre lang. Ein

ebenfalls bedeutungsvolles Amt hatte er als Geschäftsführer und Schriftführer des Deutschen Veterinärrates, der Spitzenorganisation der tierärztlichen Vereinigungen Deutschlands, von 1893 bis 1909 inne. Gleichzeitig war er auch Geschäftsführer der preußischen Zentralvertretung.

Nach dem am 22. Dezember 1885 erfolgten Tode des Geheimen Medizinalrates Dr. Friedrich ROLOFF (10), des letzten Direktors der Tierarzneischule zu Berlin, entbrannte ein heftiger Streit um das Fortbestehen der Direktorats- oder Rektoratsverfassung. SCHMALTZ begann seine Tätigkeit an der Berliner Tierarzneischule am 1. April 1886 als Prosektor bei dem Anatom Professor MÜLLER. Dieser war damals stellvertretender Direktor der Tierarzneischule und übertrug SCHMALTZ eine Lehrstelle, die durch den Tod von ROLOFF freigeworden war. SCHMALTZ übernahm den histologischen Unterricht, die Obduktionsübungen, wirkte im Präpariersaal mit und hatte außerdem noch die Vorlesungen in den Fächern Diätetik, Tierzucht, tierische Parasiten und Geschichte der Tierheilkunde zu halten.

Ungeachtet dieser Fülle von Arbeit erschien noch im gleichen Jahr 1887 sein erstes Buch, das sich mit der Sektionstechnik beschäftigte. SCHMALTZ oblag als zweitem Anatomen die Wahrnehmung der Aufgaben des Prosektors, woraus sich sein Interesse für den Inhalt erklärt. Das Buch erhielt den Titel "Lage der Eingeweide und Sektionstechnik beim Pferde". Die Abbildungen dazu hatte ein Student gezeichnet. Durch einen Bekannten (11) seines Vaters kam SCHMALTZ in Verbindung zu dem bereits erwähnten Verlagsbuchhändler Richard SCHOETZ, der die Herausgabe des Buches übernahm. Damit war eine Beziehung angeknüpft, die in der eingangs erwähnten schriftleitenden Tätigkeit von SCHMALTZ ihren wirksamsten Ausdruck gefunden hat.

Ein Blick auf die Veröffentlichungen von SCHMALTZ in diesen ersten Jahren zeigt, daß er noch keine spezielle Arbeitsrichtung gefunden hatte. 1889 erschienen zwei Abhandlungen über die Frage der Gewährleistung beim

Viehhandel, 1890 eine Abhandlung über die Maul- und Klauenseuche in Deutschland im Jahre 1890 mit Berücksichtigung der drei Vorjahre und der erste Teil einer topographischen Anatomie der Körperhöhlen des Rindes. Im Jahre 1892 veröffentlichte er eine Abhandlung über die Gestaltung des anatomischen Unterrichts und seine praktische Bedeutung für die Tierheilkunde, einen Aufsatz über die Frage "was ist 'gehetztes Wild'?", Beiträge "Über die Mitwirkung der Tierärzte in tierzüchterischen Fragen", "Über die Beteiligung der Tierärzte in der Pferdezucht in Preußen" und "Die Beurteilung des Fleisches tuberkulöser Tiere in Preußen". Im gleichen Jahr empfahl SCHMALTZ "Ein Likroton für den praktischen Tierarzt", gab eine Stellungnahme zu einem Artikel von MAYER: "Über den § 367,7 des Reichsstrafgesetzbuches und das Nahrungsmittelgesetz vom 14. Mai 1879", schrieb "Über den Begriff des Hauptmangels im allgemeinen preußischen Landrecht" und "Bemerkungen über den Kaffill-Desinfektor". In späteren Jahren überwogen in seinen Publikationen Veröffentlichungen aus dem Gebiet der Anatomie. Seine Arbeiten über die Anatomie der Haustiere, über das Geschlechtsleben der Haustiere, über den Aufbau der Geschlechtsorgane und besonders sein fünfbandiger Atlas zur Anatomie des Pferdes gehören zu den klassischen Werken veterinärmedizinischer Literatur.

Von 1907 bis 1909 war SCHMALTZ 2. Rektor der Tierärztlichen Hochschule Berlin. In seinem zweiten Amtsjahr wurde ihm das Prädikat "Magnifizienz" verliehen (12). Damit war er zugleich mit dem Rektor der Berliner Landwirtschaftlichen Hochschule die erste Magnifizienz einer deutschen Fachhochschule mit dem Recht zum Tragen einer goldenen Amtskette. Als erster trug Professor EBERLEIN, Rektor von 1910 bis 1912, diese Kette.

Als Standespolitiker hat SCHMALTZ die Strömungen und Bewegungen seiner Zeit erkannt und geschickt für seine berufspolitischen Pläne genutzt. Die äußere Entwicklung des tierärztlichen Berufes stand im Vordergrund; die Gewinnung von voller Anerkennung und Gleichberechtigung war das wichtigste Anliegen, für dessen Verwirklichung

sich SCHMALTZ führend und erfolgreich eingesetzt hat. Bereits als junger praktizierender Tierarzt entwarf er eine Eingabe um Änderungen der Tierarzneyschulverfassung, die vom westpreußischen tierärztlichen Verein dem Minister für landwirtschaftliche Angelegenheiten Frhr. Lucius v. BALLHAUSEN eingereicht wurde.

Als Vorsitzender des Vereins der Brandenburgischen Tierärzte wurde er in die Zentralvertretung der preußischen tierärztlichen Vereine und in den Deutschen Veterinärрат delegiert.

Seiner standespolitischen Tätigkeit kam zustatten, daß er ideenreich und zielbewußt seine Eingaben an Behörden einbrachte und als Rhetoriker seine Ansichten in mündlichen Verhandlungen bei Behörden und Abgeordneten erfolgreich zu vertreten verstand. Ob es sich um die den Universitäten angegliche Wahlrektoratsverfassung der Hochschulen, das Abitur als Vorbedingung zum Studium der Veterinärmedizin, die tierärztlichen Prüfungsordnungen, das Promotionsrecht der veterinärmedizinischen Hochschulen und Fakultäten, das Veterinär-offizierkorps und die Kreis-tierarztreform handelte, überall hat SCHMALTZ entscheidend, zumindest aber durch wichtige Maßnahmen, mitgewirkt.

Auf der Plenarsitzung des Deutschen Veterinär-rats im Jahre 1911 in Hamburg hat BACH dafür einprägsame, dem Stil der Zeit gemäße Worte gefunden, die seine Rolle erkennen lassen: "Reinhold Schmaltz, das ist der Nahme, die Losung und das Feldgeschrei, mit dem alle Erfolge in der äußeren Entwicklung unseres Standes in den beiden letzten Jahrzehnten errungen worden sind. Nichts ist ohne ihn geschehen, gegen ihn erst recht nichts. Schmatz locutus, causa finita. In den vergangenen Entwicklungskämpfen war er es, der den Blick nur immer geradeaus hielt auf das zu erreichende Ziel, der als der Prototyp eines Vertreters einer rein optimistischen Weltanschauung jenen sieghaften Willen entfaltete, der den Erfolg in Ketten schlägt."

2. Auseinandersetzungen um die Frage der Hochschulreife

Der Reichs- und Landtagsabgeordnete Anton Ludwig SOMBART, Rittergutsbesitzer und Landschaftsdirektor der Provinz Sachsen, trat im Juli 1873 zusammen mit dem Abgeordneten LÖWE im Reichstag für eine höhere Ausbildung der Tierärzte sowohl in wissenschaftlicher als auch in technischer Hinsicht ein. In seinem Antrag stellte er nicht nur die Forderung nach Primareife auf, sondern verlangte darüber hinaus das Abiturientenexamen. Der Kriegsminister v. KAMECKE war einer Bildungssteigerung nicht abgeneigt, wollte aber über Primareife nicht hinausgehen, da er befürchtete, die Absolventenzahl an den tierärztlichen Bildungsanstalten könnte zu stark absinken:

Am 30. Januar 1889 trat SOMBART im preußischen Abgeordnetenhaus bei der Beratung des landwirtschaftlichen Etats erneut mit seiner Forderung auf. Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Frhr. Lucius v. BALLHAUSEN, lehnte jedoch ab mit der Begründung (13):

"... ich halte es für sehr wahrscheinlich, daß, wer einmal diese Opfer an Geld und Zeit gebracht hat, um das Maturitätsexamen zu machen, es vorziehen wird, Menschenheilkunde zu studieren".

Jetzt trat SCHMALTZ in dieser Frage zum ersten Mal in Erscheinung (14). In seiner Erwiderung unterstrich er den Wert der höheren Schulbildung für jeden, welchen Beruf er auch wählen möge. Durch das gehobene gesellschaftliche Ansehen werde der letzte Scheingrund zur Hintenanstellung der Tierarzneiwissenschaft im Kreise der übrigen Wissenschaften beseitigt. Endlich spräche für jenen Wunsch die begründete Besorgnis, daß zahlreiche junge Leute nur deswegen den Entschluß faßten, Tierheilkunde zu studieren, weil sie auf dem Gymnasium "nicht mehr recht weiterkommen können und trotzdem gerne einem studierten Beruf angehören möchten. Daß dies nicht gerade

das beste Material ist, leuchtet ein und, eine Überschwemmung mit diesen Elementen freizuhalten, ist allerdings ein gewiß berechtigtes Bestreben."

Er teilte die Sorge nicht, daß infolge der Forderung des Abiturientenexamens ein Mangel an Tierärzten eintreten würde, wenn auch eine Abnahme der Studentenzahlen in den ersten Jahren unausbleiblich, aber nur von Vorteil wäre. SCHMALTZ wies darauf hin, daß sich bereits unter den Studierenden eine ständig steigende Zahl von Abiturienten befand, im übrigen hatte sich in den letzten sechs Jahren die Zahl der Studenten der Tierheilkunde verdoppelt, und mit einer weiteren Vermehrung der Zahl der Tierärzte war zu rechnen. So konnte man sich von der Forderung der Universitätsreife die Möglichkeit einer Auswahl versprechen.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 30. Januar 1890 stellte COMBART seine Forderung erneut, die der Minister in diesmal scharfer Form zurückwies.

Auf Befehl Kaiser WILHELM II trat am 4. Dezember 1890 in Berlin eine Schulkonferenz zusammen. Sie hatte die Aufgabe, prinzipielle Fragen der künftigen Gestaltung des höheren Schulwesens zu erörtern und durch ihre Vorberatung die allgemeinen Gesichtspunkte zu klären, von denen bestimmte und im einzelnen durchzuarbeitende Vorschläge für die verschiedenen Teile der Schulreform ausgehen sollten. Überraschenderweise ist auch das tierärztliche Studium in den Bereich der Beratungen einbezogen worden. In der Sitzung am 17. Dezember 1890 wurde die Frage beraten, "welche Veränderungen empfehlen sich im Berechtigungswesen a) bei den auf einen neunjährigen Lehrgang eingerichteten Schulen, b) bei den höheren Bürgerschulen". Zu dieser Frage hatten die Referenten Geheimrat SCHRADER, Geheimrat ALBRECHT und Oberlehrer a.D. Prof. KROPATSCHEK sich auf einen Antrag geeinigt, dessen Passus 3 lautete: "Das von einer höheren sechsklassigen (lateinlosen) Schule ausgestellte Reifezeugnis berechtigt zum Eintritt in den gesamten Subalterndienst sowie zur Zulassung zu den Prüfungen für den Dienst der Landmesser, Markscheider, Zahnärzte und Tierärzte."

Insofern für die letzteren beiden Berufsarten Kenntnis des Lateins erforderlich ist, kann dieselbe durch Nachprüfungen nachgewiesen werden."

Auf Einspruch des Vertreters des landwirtschaftlichen Ministeriums, Geheimen Oberregierungsrat Dr. THIEL, wurde der letzte Abschnitt von den Worten ab: "sowie zur Zulassung zu den Prüfungen ..." gestrichen.

Die Veröffentlichung des Antrages rief Beunruhigung, Bestürzung und Entrüstung hervor; besonders in Süddeutschland begann man, gegen Preußen schwere Vorwürfe zu erheben, weil es die Vorbildung wieder herabdrücken wolle. Inmitten dieser allgemeinen Unruhe war es SCHMALTZ, der wiederholt zur Besonnenheit und Mäßigung aufrief, denn er befürchtete, die Tierärzte könnten zu einer über die sachliche Berechtigung hinausgehende Agitation fortgerissen werden und sich selbst nur Schaden zufügen (15). Durch die Ablehnung des Antrages sei eine endgültige Erledigung noch nicht erreicht, bei den zu erwartenden Sonderberatungen wäre mit der Wiederaufnahme der Frage zu rechnen. Man sollte die erregte Auseinandersetzung um das Abiturientenexamen zunächst einmal zurückstellen und sich auf die Abwehr beschränken (16). "Es ist ja viel angenehmer, unter dem Händeklatschen der Majorität ein populäres Vorwärts zu predigen, als mitten im Feuer der Erregung "das Ganze halt" zu blasen".

In weiten Kreisen der Landwirtschaft und des Heeres, namentlich in Preußen, Bayern, Württemberg und Hessen, bestand nach wie vor große Neigung für die Erhaltung der Tierärzte 1. und 2. Klasse. Besonders die Großgrundbesitzer befürchteten vielfach, der Tierarzt würde nach Ablegen des Abiturs "nicht mehr anfassen wollen" und werde "mit seinen Besuchen zu teuer sein". Sie meinten, sie kämen mit "jemand, der die praktischen Handgriffe kennt", für den Hausbedarf aus, würden aber nebenher einige hochgebildete Tierärzte, "welche bei schwierigen Fällen aushelfen können, gern akzentieren". SCHMALTZ erteilte diesen Wünschen eine scharfe Absage. Am 24. März 1891 erklärte er: "Lieber niemals das Abitur, als jemals wieder zwei Klassen von Tierärzten". (17.)

Die Lage hatte aber durch die weiteren Beratungen der Schulkonferenz bereits eine Änderung erfahren. Die Konferenz hatte von sich aus die Frage der Vorbildung gebracht. Da die Primareife aber als Zwischenstufe nicht bestehen bleiben konnte, zeigte sich in den weiteren Verhandlungen sehr bald das Endziel. Die Vorbildung für jeden Beruf sollte in der Absolvierung einer Schulart bestehen, entweder des neunklassigen Gymnasiums oder einer neunklassigen lateinlosen Oberrealschule oder einer sechsklassigen Bürgerschule. Dies mußte zwangsläufig dazu führen, für die Tierärzte das Abitur der neunklassigen höheren Schule zu fordern. SCHLALTZ hielt die Zulassung der Abiturienten der neunklassigen lateinlosen Oberrealschule für erträglich (18).

Als erwartete Folge der angestrebten Schulreform mußte sich das preussische Staatsministerium notwendigerweise mit der tierärztlichen Vorbildung befassen. Der Landwirtschaftsminister von HEYDEN, Kultusminister von GOßLER und Kriegsminister von VERDY befürworteten die Forderung nach dem Abitur einer neunklassigen Schule für die tierärztliche Ausbildung. Im Frühjahr 1892 ging bereits das Gerücht um, das Staatsministerium habe das Abitur für das tierärztliche Studium beschlossen. Jedoch der Finanzminister Johannes MIQUEL sprach sich dagegen aus. Auf die Anfrage des Abgeordneten SOMBART erklärte Minister von HEYDEN am 4. Februar 1893, daß die Verhandlungen zu keinem Erfolg geführt hätten.

Am 17. Februar 1893 trat der Deutsche Veterinärрат, das Zentralorgan der tierärztlichen Vereine Deutschlands, in Berlin zur siebten Vollversammlung zusammen.

SCHLALTZ wurde Geschäftsführer. Er erstattete ein Referat über die Lage der zur tierärztlichen Ausbildung erforderlichen Vorbildung. Nach der Niederlage vom 4. Februar erklärte er:

"Lassen wir die Reden, welche Bedeuteude und Unbedeuteude über die Notwendigkeit des Abiturs einmal gehalten haben, auf sich beruhen, ebenso wie das, was das Ausland tat oder aneblich tun will. Sprechen wir nicht von idealen Zwecken, die auch die Tierheilkunde neben

ihrer älteren Schwester verfolgt, von Bedeutung für das Volkswohl und moralischer Kräftigung. Jammern wir nicht mehr um Schutz gegen die Überfüllung und den Zuzug unfähiger Elemente. Stellen wir uns nicht auf den Standpunkt des 'von Gottes und Rechts wegen', lassen wir unser Ansehen, unser eigenes Wohl und Wehe ganz aus dem Spiel. Das rührt doch niemanden.

Das konnten wir wohl ins Treffen führen, als es noch galt, unsere vorgesetzten Behörden zu gewinnen, denn dort durften wir erwarten, einer gewissen Sympathie auch mit unseren Gefühlen zu begegnen. Das aber, was uns jetzt noch entgegensteht, weicht nur der starren Logik der Tatsachen, dem fleischlosen Zweckmäßigkeitsnachweis.

Deshalb lassen wir jene alten Argumente, beschränken wir uns darauf, dreierlei zu beweisen:

1. Daß heute wesen und Aufgaben der Tierarzneiwissenschaft und Medizin - besonders auf dem großen Gebiet der Hygiene - völlig identisch sind, daß die Tierheilkunde den erst seit 1880 neu erschlossenen medizinischen Wissensgebieten gegenüber ihre Aufgabe mit der vor 1880 geordneten Vorbildung nicht mehr bewältigen kann; daß somit bei Fortbestehen des alten Zustandes die Verantwortung für ungenügende Leistung und mangelnden Fortschritt nicht auf die Tierärzte fällt.
2. Daß eine anhaltende Verminderung der Tierärzte, die sich gegenwärtig allzu stark vermehren, durch das obligatorische Abitur nicht herbeigeführt werden wird.
3. Daß es eine vollständige Verkennung aller Verhältnisse ist, wenn man annimmt, daß die Tierärzte infolge des Abiturs weniger Hand anlegen und höhere Preise fordern würden (19)."

SCHMALTZ beantragte folgende Resolution:

"Der Deutsche Veterinärerrat beschließt, dem Herrn Reichskanzler in einer kurz begründeten und binnen vier Wochen zu überreichenden Eingabe zu bitten, er wolle veranlassen, daß für die Zulassung zum tierärztlichen Studium ausnahmslos das Zeugnis der Reife von einer neunklassigen höheren Lehranstalt gefordert werde."

Noch ehe aber diese Eingabe überreicht werden konnte, stand auf der Sitzung des Bundesrates u.a. der Antrag Preußens, es solle zum Studium der Tierheilkunde in Zukunft auch das Zeugnis der Reife für die prima einer lateinlosen Oberrealschule genügen, wenn einige Kenntnisse in Latein, etwa der quarta eines Gymnasiums entsprechend, besonders nachgewiesen werden (20).

Auf diesen Antrag konnte die von SCHMALTZ verfaßte Eingabe als Erwiderung aufgefaßt werden. Sie wurde dem Reichstag übermittelt, dem zugleich auch eine Novelle zum Reichsviehseuchengesetz vorlag. Eine eingesetzte Kommission des Reichstages konnte ihre Beratungen 1893 nicht beenden und mußte sie 1894 wieder aufnehmen.

Im Januar 1894 forderte sie dann einstimmig:

1. Der Reichstag erklärt sich gegen eine Herabsetzung der tierärztlichen Vorbildung.
2. Soweit die Petition des Deutschen Veterinärrates eine Erhöhung der gegenwärtigen Vorbildung anbetrifft, soll sie den verordneten Regierungen zur Erwägung überwiesen werden (21).

Der Reichstag trat dem Beschluß seiner Kommission bei.

Geringeren Erfolg hatte die Eingabe im preußischen Abgeordnetenhaus, dem sie ebenfalls zugestellt worden war, da es sich ja um einen preußischen Antrag gehandelt hatte. Sie wurde überreicht durch die preußische Zentralvertretung, deren Geschäftsführung seit 1893 mit der des Deutschen Veterinärates vereinigt war, also in Händen von SCHMALTZ lag.

Hier wurde die Petition lediglich als Material (22) überwiesen, weil die Vorbildungsfrage Reichssache war. Durch die freundliche Aufnahme im Reichstag gelangte Preußens Antrag nicht zur Annahme.

In den nächsten zweieinhalb Jahren geschah nichts; erst SCHMALTZ brachte wieder Leben in diese Angelegenheit.

Am 9. Oktober 1897 empfahl er dem Deutschen Veterinärat die Annahme folgender Entschließung:

1. Dem Reichskanzler und sämtlichen Bundesregie-
eine Pétition um Erhöhung der seit 20 Jahren unge-
nügenden tierärztlichen Vorbildung durch Vorschrift
des Abiturs zu unterbreiten.
2. Dieselbe Petition an den Reichstag und die Land-
tage derjenigen Staaten, die tierärztliche Unter-
richtsanstalten haben, zu richten.
3. Eine Darlegung in demselben Sinne dem Landwirt-
schaftsrat, den preußischen Landwirtschaftskammern
und den entsprechenden offiziellen landwirtschaft-
lichen Vertretungen der übrigen Bundesstaaten zu
überreichen mit der Bitte, die Einführung des Abi-
turs zu unterstützen, weil die bessere Ausbildung
der Tierärzte ein dringendes landwirtschaftliches
Interesse ist (23).

Die Resolution wurde angenommen. Mit ihrer Überreichung
an den Reichstag wartete man jedoch solange, bis sich
ein günstiger Zeitpunkt bot. Dieser ergab sich, als
das geplante Reichsfleischbeschaugesetz im Frühjahr
1899 beraten wurde.

Außerdem wurden in einem Aufruf alle Tierärzte aufge-
fordert, auf die Abgeordneten ihrer Kreise dahingehend
einzuwirken, die Notwendigkeit des Abiturs für die Tier-
ärzte anzuerkennen und zu befürworten.

Die von SCHMALTZ verfaßte Eingabe brachte tatsächlich
den Stein wieder ins Rollen und bildete die Grundlage
für den späteren Erfolg. Am 21. Dezember 1899 gelangte
sie in den bayrischen Landwirtschaftsrat zur Verhand-
lung. Prinz LUDWIG von Bayern sprach sich für das Ziel
der Eingabe aus; er sagte, es sei ihm noch nicht leicht
ein Antrag so sympathisch, so notwendig und so begründet
erschieden. Der alten Befürchtung wegen Minderung des
Zuganges trat er mit der Bemerkung entgegen: "Es han-
delt sich darum, nicht möglichst viele, sondern mög-
lichst tüchtige Tierärzte zu erlangen."

Die eigentliche Entscheidung aber mußten der Reichstag
und der Bundesrat treffen. Die Abgeordneten Dr. MÜLLER
-SAGAN und OERTEL sprachen sich beim Reichsetat 1900

positiv aus. Staatssekretär Dr. von POSADOWSKY erklärte, ihm sei die Eingabe zugegangen, er habe das Reichsgesundheitsamt zum Gutachten aufgefordert, Erwägungen der Regierungen fänden statt. Der deutsche Landwirtschaftsrat hatte seine Zustimmung zur Eingabe geäußert, ebenso mehrere Landwirtschaftskammern.

Bei der Beratung der Petition in der bayrischen Kammer im März 1900 gaben der Kultusminister von LANDELMANN, Landestierarzt GÖRING als Vertreter des Innenministeriums und der Kammerpräsident Dr. von ORTERN ihre Zustimmung.

Die dem Reichstag zugestellte Eingabe gelangte in die Petitionskommission. Diese beschloß am 2. Mai 1900 einstimmig, in einem schriftlichen Bericht beim Plenum zu beantragen.

"Der Reichstag wolle beschließen: Die Petition II 15327 des Deutschen Veterinärrats zu Berlin wegen Einführung des Gymnasialreifezeugnisses als Vorbedingung des tierärztlichen Studiums dem Herrn Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen."

Vor Beschlußfassung aber ging der Reichstag in Ferien. Die Petition mußte bestimmungsgemäß noch einmal eingebracht werden. SCHMALTZ fügte als neues Belegmaterial eine Vergleichstabelle der Unterrichtsgegenstände in Vergangenheit und Gegenwart bei:

Unterrichtsgegenstände an der Tierarzneischule, seit 1887 Tierärztliche Hochschule

Seit 1855 wurde in Preußen Obersekundanerreife gefordert: Unterrichtsgegenstände in den 50er und 60er Jahren	1877 wurde die Versetzung nach Prima gefordert (publ. 27. März 1878): Unterrichtsgegenstände waren 1877	+) Gegenwärtige Unterrichtsgegenstände
Anatomie: 1 Vorlesung, Präparierübungen, Sektionen	Anatomie: 1 Vorlesung, Präparierübungen, Sektionen Anfänge von Demonstrationen am Mikroskop	1. Anatomie: 2 Vorlesungen, 2 Semester Präparierübungen, Sektionsübungen 2. Histologie (mikroskopische Anatomie): Vorlesung 10 Std., Übungen wöchentlich in 1 Semester 3. Embryologie
Physiologie. eine kleine Vorlesung von wenigen Stunden, gehalten von einem Nicht-Spezialisten	Physiologie. geordnete 2-semestrigte Vorlesung	4. Physiologie: chemische-Physiologie 1 Semester, Nervenphysiologie 1 Semester 5. Chemie: anorganische 1 Semester 6. Chemie: organische 1 Semester 7. Chemische Übungen: 1 Semester

+) Die seit 1855 neu hinzugekommenen Fächer sind gestrichelt, die erst nach 1877 hinzugetretenen unterstrichen.

Seit 1855. wurde in Preußen Obersekundanerreife gefordert: Unterrichtsgegenstände in den 50er und 60er Jahren	1877 wurde die Versetzung nach Prima gefordert (publ. 27. März 1878): Unterrichtsgegenstände waren 1877		Gegenwärtige Unterrichtsgegenstände	+
Botanik und Naturgeschichte	Botanik Zoologie	8. Botanik: 2-sem. Vorlesung 9. Zoologie: 1-sem. Vorlesung 10. Physik: 2-sem. Vorlesung		
Grundlehren der Physik und Chemie (wurden zusammen in 1 Vorlesung vorgetragen)	Physik: 1 Semester			
Pathologische Anatomie: Gelegentliche Vorträge (ohne Übungen)	Pathologische Anatomie	11. Pathologische Anatomie (Lehre von den krankhaften Veränderungen der Organe): 2-sem. Vorlesung 12. Pathologische Histologie: 1-sem. Übungen 13. Fleischschau: d.h. spezielle pathologische Anatomie der schlachtbaren Haustiere, Lehre von den tierischen Parasiten, Technik der Fleischbehandlung		

+) Die seit 1855 neu hinzugekommenen Fächer sind gestrichelt, die erst nach 1877 hinzugetretenen unterstrichen.

Unterrichtsgegenstände an der Tierarztschule, seit 1887 Tierärztliche Hochschule (2. Fortsetzung)

Seit 1855 wurde in Preußen Obersekundanerreife gefordert: Unterrichtsgegenstände in den 50er und 60er Jahren	1877 wurde die Versetzung nach Prima gefordert (publ. 27. März 1878): Unterrichtsgegenstände waren 1877	+) Gegenwärtige Unterrichtsgegenstände
		14. <u>Milchkunde</u> 15. <u>Hygiene und Bakteriologie</u> 16. <u>Bakteriologische</u> Arbeiten; 1 Semester 17. <u>Spezielle Bakteriologie der Tierseuchen</u>
Veterinärpolizei und gerichtliche Tierheilkunde (in 1 Vorlesung)	Klinische Seuchenlehre und Veterinärpolizei Gerichtliche Tiermedizin	18. <u>Klinische Seuchenlehre und Veterinärpolizei</u> 19. <u>Gerichtliche Tiermedizin</u>
Chemische Pharmazie, Arzneimittellehre, Pharmakologie	Arzneimittellehre, Pharmazie, Pharmakologie	20. <u>Arzneimittellehre, Pharmazie, Pharmakologie</u> 21. <u>Toxikologie (Gifte und Vergiftungen, chemisch und klinisch)</u>
Pferdezucht, Exterieur- und Gestütskunde	Pferdezucht, Exterieur- und Gestütskunde	22. <u>Pferdezucht, Exterieur- und Gestütskunde</u>
+) Die seit 1855 neu hinzugekommenen Fächer sind gestrichelt, die erst nach 1877 hinzugetretenen unterstrichen.		

Unterrichtsgegenstände an der Tierarzneischule, seit 1887 Tierärztliche Hochschule
(3. Fortsetzung)

Seit 1855 wurde in Preußen Obersekundanerreife gefordert: Unterrichtsgegenstände in den 50er und 60er Jahren	1877 wurde die Versetzung nach Prima gefordert (publ. 27. März 1878): Unterrichtsgegenstände waren 1877	+)
Tierzucht und Diätetik	Tierzucht und Diätetik	Gegenwärtige Unterrichtsgegenstände
Allgemeine Pathologie und Therapie	Allgemeine Pathologie und Therapie	
Spezielle Pathologie und Therapie	Spezielle Pathologie und Therapie	
Allgemeine und spezielle Chirurgie	Allgemeine und spezielle Chirurgie	
Operationsübungen	Operationsübungen	
Hufkunde bzw. Hufbeschlag	Hufkunde	23. Zucht und Haltung der übrigen Haustiere 24. Allgemeine Pathologie und Therapie 25. Spezielle Pathologie und Therapie 26. Allgemeine und spezielle Chirurgie 27. Operationsübungen 28. Hufkunde 29. Geburtshilfe 30. fünf verschiedene Kliniken
Geburtshilfe	Geburtshilfe	
drei verschiedene Kliniken	drei verschiedene Kliniken	

+)

Die seit 1855 neu hinzugekommenen Fächer sind gestrichelt, die erst nach 1877 hinzugeetretenen unterstrichen.

Am 18. März 1901 beschloß der Reichstag, daß die Tierärzte dieselbe Vorbildung wie die Ärzte haben müssen, und die darauf abzielende Petition "dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen".

Mitte des Jahres 1901 beantragte Bayern beim Bundesrat, das Reifezeugnis eines deutschen humanistischen oder Realgymnasiums für die Zulassung zur tierärztlichen Prüfung als Bedingung vorzuschreiben (24). Nun mußten die preussischen Ministerien dazu Stellung beziehen. Das Reichsamt des Innern, das Landwirtschaftsministerium und das Kriegsministerium gaben sofort ihre Zustimmung, nur das preussische Kultusministerium zögerte zunächst noch.

Das preussische Staatsministerium hat sich am 19. Juni 1902 für die Einführung des obligatorischen Abiturs als Vorbedingung des veterinärmedizinischen Studiums ausgesprochen. Dementsprechend stimmte Preußen im Bundesrat für den Antrag Bayerns. Am 3. Juli 1902 gab der Bundesrat Bayerns Antrag statt, am 1. April 1903 trat die neue Zulassungsforderung in Kraft (25).

Im deutschen Sprachraum (26) wurde den beiden österreichischen Tierarzneischulen in Wien und Lemberg durch Erlass vom 27. März 1897 als ersten Universitätsrang zuerkannt, zwei Jahre später der Königlich ungarischen Veterinärakademie zu Budapest. Die Schweizer Tierarzneischulen in Bern und Zürich wurden 1900 bzw. 1901 den Universitäten angegliedert und waren die ersten selbständigen veterinärmedizinischen Fakultäten der Welt. Gleichzeitig damit erhielten sie Universitätsrang.

3. Seine Beteiligung an
Zustandekommen der
Prüfungsordnungen
von 1912 und 1925

a.) Vorgeschichte. Die Prüfungsordnungen
von 1839, 1869, 1878 und 1889

Ein Jahr nach Einführung des Zweiklassensystems in Preußen am 5. Juli 1838 wurden allgemeine Bestimmungen über die Prüfungen der Tierärzte erster und zweiter Klasse am 6. Oktober 1839 durch Verfügung des Ministers von ALTENSTEIN erlassen.

Die Prüfungen wurden zweimal im Jahre, mit Beginn der Monate April und Oktober abgehalten. Sie dauerten ununterbrochen bis zur Beendigung aller Prüfungsabschnitte für sämtliche der Prüfungskommission überwiesenen Kandidaten fort.

Die gesamte tierärztliche Prüfung zerfiel in folgende Abschnitte (27):

- "1. Die anatomische Prüfung
2. Die akiurgische oder chirurgisch-technische Prüfung
3. Die Prüfung über Hufbeschlag
4. Die klinisch-chirurgisch-medizinische Prüfung
5. Die praktisch-pharmazeutische Prüfung
6. Die Schlussprüfung."

§ 7 des Prüfungsreglements besagte: "Die für die Tierärzte erster Klasse angeordnete Prüfung bezweckt nicht nur, die praktische Tüchtigkeit der Kandidaten, sondern auch das Laß ihrer allgemeinen wissenschaftlichen Bildung zu erforschen; dagegen ist die Prüfung für die Tierärzte zweiter Klasse im allgemeinen eine mehr reale und genügt, wenn der Kandidat das für die Ausübung seines künftigen Berufes als praktischer Tierarzt notwendige Laß des Wissens und Könnens nachweist. Wenn

daher in der Prüfung der Tierärzte erster Klasse Kenntnisse der feineren Anatomie und die Geschicklichkeit der Anfertigung eines angiologischen oder neurologischen Präparates, sowie auch Kenntnisse der höheren Physiologie und genauere Kenntnisse der Naturwissenschaften, namentlich der Physik, Chemie, Botanik und Zoologie verlangt werden, genügt es andererseits, wenn die Kandidaten in der Prüfung für die Tierärzte zweiter Klasse diese Kenntnisse im allgemeinen nachweisen und soweit sie zur unmittelbaren Ausübung ihres künftigen Berufes erforderlich sind. In anatomischer und physiologischer Beziehung genügt es aber, wenn die Bekanntschaft mit der Lage und der Verrichtung der größeren Eingeweide und der Hauptsysteme des tierischen Körpers insoweit dargetan wird, als sie dem praktischen Tierarzt in pathologischer und operativer Hinsicht notwendig sind."

Dieselben Rücksichten finden bei der chirurgisch-technischen und klinisch-praktischen Prüfung statt; von den Tierärzten zweiter Klasse wird nur die Bekanntschaft mit den üblichen Operationsmethoden und die Fertigkeit, sie verrichten zu können, verlangt, sowie sie in der praktisch-klinischen Prüfung nur die Diagnose der ihnen vorgelegten Krankheitsfälle zu bestimmen und anzugeben haben, wie in dem angegebenen Falle zu verfahren ist. Außer diesen praktisch unerläßlichen Anforderungen wird von den Tierärzten erster Klasse der geschichtliche und theoretisch-wissenschaftliche Teil der genannten Doktrinen gefordert; sie müssen daher mit den verschiedenen vorgeschlagenen Operationsmethoden, deren Vorzüge, Nachteile und Schwierigkeiten, den Indikationen zu ihrer Anwendung und mit den dabei empfohlenen Werkzeugen bekannt sein, und müssen in der praktisch-klinischen Prüfung die ihnen übergebenen Krankheitsfälle schriftlich in einer wissenschaftlichen Form, mit Beifügen der Gründe ihrer Ansichten und des von ihnen vorgeschlagenen Heilverfahrens ausarbeiten.

Folgender, 1947 gültiger Studienplan der Berliner Tierarzneischule mußte von den Eleven, je nachdem sie zu ihrer Ausbildung zum Tierarzt erster Klasse 7, oder zum Tierarzt zweiter Klasse 6 Semester zu studieren hatten, befolgt werden:

Erstes Semester (Winter)

Anatomie	wöchentlich 6 Std.
Grundlehren der Physik und Chemie	4 Std.
Hufbeschlagn	2 Std.
Schmiede 1/2 Semester	6 Std.
Zootomie 1/2 Semester	6 Std.

Zweites Semester (Sommer)

Naturgeschichte	4 Std.
Botanik incl. Exkursionen	4 Std.
Physiologie	4 Std.
Arzneimittellehre	5 Std.
Pharmakologie	4 Std.
Repetitorium über Hufbeschlagn	2 Std.
Schmiede 1/2 Semester	
Apotheke 1/2 Semester	
Instruktionsschmiede für die Zivileleven erster Klasse	

Drittes Semester (Winter)

Chirurgie, 1. Teil	8 Std.
Chemie	6 Std.
Allg. Pathologie und Therapie	5 Std.
Spez. Pathologie und Therapie, 1. Teil	6 Std.
Repetitorium über Arzneimittellehre	3 Std.
Zootomie 1/2 Semester	
Apotheke 1/2 Semester	
Schmiede 1/2 Semester	

Viertes Semester (Sommer)

Chirurgie, 2. Teil	4 Std.
Allg. Haustierzucht	3 Std.
Physik	3 Std.
Spez. Pathologie und Therapie, 2. Teil	6 Std.
Repetitorium über allg. Pathologie und Therapie	3 Std.
Schmiede 1/2 Semester	
Apotheke 1/2 Semester	

Fünftes Semester (Winter)

Anatomie	6 Std.
Pathologische Anatomie	3 Std.
Kindvieh-, Schaf-, Schweinezucht	3 Std.
Enzyklopadie und Geschichte der Tierheilkunde für die Militäreleven	2 Std.

Repetitorium über spez. Pathologie
und Therapie, 1. Teil wöchentlich 3 Std.
Operationsübungen

Klinik: a) Hunde und andere kleine
Tiere

b) Pferde, Wiederkäuer und
Schweine

Sechstes Semester (Sommer)

Gestüttskunde 3 Std.

Exterieur 3 Std.

Gerichtliche und
polizeiliche Tierheilkunde 4 Std.

Repetitorium über spez. Pathologie
und Therapie, 2. Teil 3 Std.

Klinik: a) Hunde und andere kleine
Tiere, 1/2 Semester

b) Pferde, Wiederkäuer und
Schweine, 1/2 Semester

Ambulatorische Klinik, 1/2 Semester
für die Eleven 1. Klasse

Siebttes Semester (Winter)

Enzyklopädie und Geschichte der
Tierheilkunde für die Eleven 1. Klasse 2 Std.

Klinik: a) Hunde und andere kleine
Tiere, 1/2 Semester

b) Pferde, Wiederkäuer und
Schweine, 1/2 Semester

Ambulatorische Klinik, 1/2 Semester
für die Eleven 1. Klasse

Zwei Monate nach Erlass der neuen Gewerbeordnung des
Norddeutschen Bundes erschien am 25. September 1869
eine für den ganzen Bund gültige Prüfungsordnung für
Tierärzte (28).

Voraussetzung der Zulassung zur Prüfung war Sekunda-
reife eines Gymnasiums oder einer Realschule im Be-
reich des Norddeutschen Bundes, ferner der Nachweis
eines mindestens sechssemestrigen Studiums. Die Anmelde-
frist lief vom 1. April bis spätestens 1. Juli jeden
Jahres.

Die Prüfung zerfiel in drei selbständige Prüfungsab-
schnitte:

1. Die klinische Prüfung
2. Die technisch-operative Prüfung
3. Die Schlußprüfung.

In der klinischen Prüfung mußte jeder Kandidat zwei kranke Tiere untersuchen, die Diagnose stellen und eine Therapie einleiten. Er hatte dann über die Fälle eine Krankheitsgeschichte in wissenschaftlicher Form unter Klausur anzufertigen. Daran schloß sich die mündliche Prüfung an.

Die angewendeten Arzneien mußte der Prüfling selbst anfertigen. Er wurde dann examiniert in der Warenkunde sowie in der pharmazeutischen Chemie und Technik.

Der zweite Prüfungsabschnitt erstreckte sich auf Anatomie, Akiurgie und Hufbeschlag. Er umfaßte

1. In der Anatomie:

- a.) Lage der Teile (Situs)
- b.) Anfertigung eines Präparates
- c.) Erläuterung eines oder mehrerer
Präparate ex tempore.

2. In der Akiurgie:

Drei verschiedene Operationen, nach der Demonstration praktisch auszuführen.

3. Im Hufbeschlag:

- a.) Praktische Ausführung eines Beschlages
- b.) Beschlag kranker Hufe.

Die Schlußprüfung erstreckte sich auf alle restlichen Fächer.

Durch diese Verordnung wurden nicht nur die Vorbildung der Eleven nicht angehoben, sondern auch die Studiendauer herabgesetzt, denn letztere betrug noch nicht einmal sechs Semester, lediglich $2 \frac{3}{4}$ Jahre, weil die Aufnahme der Eleven am 1. Oktober stattfand und die Prüfungen mit dem 1. Juli begannen.

(28 a) Die erste Prüfungsordnung für das ganze Reich trat am 27. März 1878 in Kraft. Der Unterstaatssekretär Eduard von MARGCARD war überzeugt, daß das Studium der Tierärzte, wie es durch die frühere Prüfungsordnung vom 25. September 1869 geregelt war, nicht genügen konnte. Deshalb bemühte er sich, eine bessere Ausstattung der Lehranstalten, die Vervollkommenung des Studiums und eine höhere Vorbildung herbeizuführen. GERLACH und ROLOFF, zwei ehemalige Direktoren der Ber-

liner Tierarzneischule, berieten zusammen mit Delegierten anderer deutscher Tierarzneischulen die vorgelegten Entwürfe. Diese Prüfungsordnung brachte als bedeutsamsten Fortschritt die Primareife. Die Studiendauer betrug sieben Semester. Es bestanden zwei Prüfungen, die naturwissenschaftliche und die Fachprüfung. Erstere konnte nach drei Semestern abgelegt werden in den Fächern Zoologie, Botanik, Physik und Chemie; dazu kam noch eine Vorprüfung in Anatomie und Physiologie. Die Zulassung zur Fachprüfung war erst nach beendeten siebten Semester möglich. Sie bestand aus drei Abschnitten, der erste umfaßte Anatomie und Physiologie, der erst jetzt gründlich geprüft wurden, dazu pathologische Anatomie. In den zweiten Abschnitt fiel die klinische Prüfung, der dritte brachte die restlichen Fächer in eintägiger mündlicher Prüfung. (wortlaut s. Anl.1.)

Auf Beschluß des Bundesrates wurden am 13. Juli 1889 neue Prüfungsvorschriften für Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker aufgestellt. Obwohl der Studienstoff gewachsen war, wurde darauf bei der Neugestaltung der tierärztlichen Prüfungsordnung keine Rücksicht genommen. Der mit der Überarbeitung beauftragte Prof. MÜLLER, Mitglied der preussischen technischen Deputation für das Veterinärwesen und nach GERLACHs Tode für kurze Zeit interimistischer Direktor der Berliner Tierarzneischule, beschränkte sich im wesentlichen auf formale Abweichungen. Vorbildung, Studiendauer und Prüfungsabschnitte wurden nicht neu geordnet. (wortlaut s. Anl.2.)

b.) Prüfungsordnung von 1912

Als am 3. Juli 1902 das Abitur als Voraussetzung für das tierärztliche Studium eingeführt wurde, war eigentlich selbstverständlich, die Prüfungsordnungen der tierärztlichen Hochschulen völlig zu erneuern, bisher hatten sich die strengen Vorschriften über Wiederho-

lungsprüfungen im Physikum (naturwissenschaftliche Prüfung), z.B. die Zurückweisung auf ein ganzes Jahr, als besonders nachteilig ausgewirkt. SCHMALTZ urteilte darüber: "Ich habe viele gesehen, die sich zehn Semester lang vor dem Physikum gedrückt haben, zugestandenerrausen aus Furcht, aber nach dem Physikum ihr Studium eifrig aufnehmen und die Approbation erwarben. Diese Physikum-Scheu entsprang der Besorgnis, auf ein Jahr zu fallen. Gewiss mag letzteres manchmal auch nur zum Vorwand gedient haben, aber im allgemeinen war das stets ganz aufrichtig so gemeint. 'Wenn ich auf ein Jahr falle, ist es aus, das darf ich nicht riskieren'. Das Fallen auf ein Jahr hat immer als etwas Schreckliches gegolten. Ein Jahr erscheint ja der Jugend als so endlos lang, und deshalb wirkte jene Bestimmung doppelt verderblich. Auf der einen Seite schreckte die allzu lange, einjährige Zurückstellung die Studierenden vom Examen zurück. Auf der anderen Seite aber schien denen, welche im Examen wirklich auf ein Jahr gefallen waren, der neue Schreckenstag in so weiter Ferne zu liegen, daß sie gar nicht daran dachten, gleich drauf los zu arbeiten, sondern sich erst einmal Erholung gönnten. Diese Erholungszeit wahrte oft unversehens bis zum Wiederholungstermin, indem sich dann der Betreffende so klug als zuvor erwies. Im günstigsten Falle wurde im letzten Halbjahr vor der Wiederholung gearbeitet, d.h. also nicht mehr, als wenn der Kandidat von vornherein nur auf ein Semester zurückgestellt worden wäre, bloß der Vater war um ein Semester gestraft worden."

Um den Wirkungen des Abiturs, den strengen Wiederholungsvorschriften und der ungenügenden Gliederung der Fächer möglichst schnell gerecht zu werden, arbeitete SCHMALTZ schon 1903 einen fertigen Entwurf einer neuen Prüfungsordnung aus, den die Berliner Hochschule dem Ministerium für Landwirtschaft einreichte. Er sah in den Hauptpunkten folgendes vor:

1. Die Prüfung der Anatomie und Physiologie soll in der Vorprüfung stattfinden und zwar in un-

geführt derselben Weise wie bisher in der Fachprüfung.

2. Die Histologie soll in der anatomisch-physiologischen Prüfung selbständiger Prüfungsgegenstand sein.
3. Die Vorprüfung soll in einen naturwissenschaftlichen und in einen anatomisch-physiologischen Abschnitt zerfallen.
4. Für die Zulassung zum naturwissenschaftlichen Abschnitt ist der Nachweis von 3, für die Zulassung zum anatomisch-physiologischen Abschnitt dagegen der Nachweis von 4 Studiensemestern erforderlich. Die Prüfung kann jedoch bereits während der letzten 4 Wochen des dritten bzw. vierten Semesters begonnen werden.
5. Der naturwissenschaftliche Abschnitt muß vor dem anatomisch-physiologischen Abschnitt erledigt werden, jedoch das Nicht-Bestehen eines naturwissenschaftlichen Faches den Eintritt in den letzten Abschnitt nicht hindern.
6. Die Fachprüfung soll sich auf folgende Prüfungsfächer erstrecken:
 1. Allgemeine Pathologie, pathologische Anatomie und Histologie
 2. Nahrungsmittelkunde
 3. Hygiene einschließlich Bakteriologie
 4. Medizinische Klinik
 5. Pharmakologie (einschließlich Pharmazie) und Toxikologie
 6. Chirurgische Klinik
 7. Operationslehre (mündlich und praktisch)
 8. Hufbeschlagkunde
 9. Topographische Anatomie eines Körperteils
 10. Gerichtliche Tiermedizin
 11. Seuchenlehre und Veterinärpolizei
 12. Tierzucht und Beurteilungslehre
 13. Fütterungslehre
 14. Geburtshilfe (mündlich und praktisch).

Es ist zweckmäßig, diese Prüfungsfächer in einige Prüfungsabschnitte zu gruppieren.

7. Eine Ungültigkeitserklärung einmal bestandener Fächer findet nicht statt, mit den beiden Ausnahmen, wenn zwischen den beiden Abschnitten der Vorprüfung länger als ein Jahr verstrichen ist, und wenn die gesamte Fachprüfung nicht innerhalb dreier Jahre erledigt ist.
8. Eine mehr als zweimalige Wiederholung ist unstatthaft. Ausnahmen mit Genehmigung des Ministeriums sollen nur in seltenen und besonders begründeten Fällen stattfinden dürfen.
9. Die Fristen für die Wiederholungen sollen nach dem Ermessen des Examinators ein bis sechs Monate betragen, zusammen in einem Prüfungsabschnitt aber niemals sechs Monate übersteigen.

Zu diesem eingereichten Entwurf nahm das Ministerium keine Stellung. Am 22. und 23. März 1907 fand in Eisenach eine Hochschulkonferenz statt. Als Vertreter der tierärztlichen Hochschulen waren erschienen: von Berlin Rektor SCHMALTZ und Prof. EBERLEIN, von Dresden die Professoren FFEIFFER, OLT, MARTIN, GLEINER und der Kreisveterinärarzt KNELL; von Hannover Dir. DALLMANN und die Professoren MALKMUS, FRICK und RIEVEL, von München die Professoren STOSS und MAYR, von Stuttgart Dr. SUSSDORF und Prof. LÜPKE. Den größten Teil der Sitzung nahm die Beratung des von SCHMALTZ erneut vorgelegten Entwurfes einer neuen Prüfungsordnung in Anspruch. Nach lebhafter Debatte wurde der Entwurf angenommen, aber mit einer wesentlichen Abweichung. Die Versammlung beschloß, gegen die Berliner und zwei Gießener Stimmen, folgende Zusatzpunkte:

1. Das tierärztliche Studium läßt sich in einer kürzeren Zeit als in der von 8 Semestern nicht vollenden.
2. Die spezielle tierärztliche Ausbildung soll 4 Semester umfassen, von den die letzten 3 für den Besuch der Kliniken (als Praktikant) bestimmt sind.

Das erste dieser vier Semester kann von dem Kandidaten zur Erledigung der Vorprüfung benutzt werden, falls er sich spätestens beim Beginn des Semesters zur Prüfung bereitgestellt hat.

SCHMALTZ lehnte diese Erhöhung der Studiendauer um ein Semester, von sieben auf acht, ab, wenigstens zum jetzigen Zeitpunkt. Er war sich zwar bewußt, daß die Zahl von acht Studiensemestern für den im Laufe der Zeit vergrößerten Unterrichtsstoff nicht nur erwünscht, sondern dringend notwendig war, trotzdem mußte es möglich sein, vorläufig mit der bisherigen Semesterzahl auszukommen. Durch Einführung der Universitätsreife waren schon vier Semester hinzugekommen, vermehrte man noch die Zahl der Studiensemester, so verringerte sich hinsichtlich des Zeitaufwandes der Unterschied gegenüber dem Studium der Humanmedizin bis zur Unerheblichkeit; man mußte aber bis auf weiteres darauf rechnen, daß bei der Wahl zwischen human- und veterinärmedizinischem Studium gerade der relativ geringere Zeitaufwand zugunsten des letzteren ins Gewicht fiel. SCHMALTZ betonte eindringlich und wiederholt, daß es sich in erster Linie darum handle, die bisherige Prüfungsordnung so schnell wie möglich zu beseitigen, daß dagegen die gleichzeitige Forderung einer Vermehrung der Semester, auch nur auf acht, selbst dann eine erhebliche Verzögerung herbeiführen müsse, wenn die Bundesregierungen sich damit ohne weiteres einverstanden erklären würden, weil langwierige Verhandlungen unausbleiblich wären. Er brachte deshalb folgenden Vermittlungsantrag ein:

"Sollte die Vermehrung der Studiensemester sich ohne eine erhebliche Verzögerung nicht durchführen lassen, so ist eine sofortige Einführung der neuen Grundsätze der Prüfungsordnung als Übergangsbestimmung sehr erwünscht."

Dieser Zusatzantrag wurde abgelehnt.

SCHMALTZ sollte recht behalten. Bis zur Einführung der neuen Prüfungsordnung vergingen noch fast 6 Jahre.

Er sah es als eine feststehende Tatsache an, daß die Erziehung der jungen Tierärzte für die Ausübung der tierärztlichen Praxis und für die gesamten Anforderungen des Berufslebens zu wünschen übrig ließen. Die Klagen, die man hörte, bezogen sich weniger auf die Behandlung innerer und äußerer Krankheiten. An den jungen Tierärzten wurde heftig kritisiert der Mangel an Pferdekenntnis, die unzulängliche Ausbildung in Geburtshilfe, die gänzliche Unerfahrenheit in der Behandlung der Rinderkrankheiten, vor allem aber die Unbeholfenheit gegenüber den Anforderungen des praktischen Lebens, gegenüber Land und Leuten. Darauf angesprochen, erwiderte SCHMALTZ einmal: "Auch wir Professoren haben nicht die Meinung, daß die Tierärzte durch die Approbation fertig für die Praxis sind. Es fragt sich nur, ob wir gezwungen sind, darin einen Vorwurf für uns zu sehen. Ich verneine das. Die gleiche Frage taucht in der Medizin auf. Einer unserer hervorragendsten Chirurgen, Geheimrat KÖNIG, sagte bei der feierlichen Einweihung des neuen chirurgischen Charité-Institutes 'Es wird geklagt, die jungen Ärzte lernen nicht genug für die Praxis. Ich wüßte nicht, was wir ihnen noch mehr zeigen sollen'. Es darf eben von der hohen Schule nicht zuviel für die Praxis verlangt werden, sondern es bedarf der akademische Unterricht einer Ergänzung durch den praktischen Unterricht."

Oder ein andermal: "Auch darüber sind sich die Universitäten längst einig, auch dort fängt man jetzt an, sich Beschränkungen aufzuerlegen und das Hauptziel in der Vorbereitung für einen Beruf zu sehen; alles, was als erziehendes, als vorbereitendes Fach gilt, muß soviel als möglich beschränkt werden" (29).

Um Abhilfe zu schaffen, könnten nach seiner Meinung drei Wege von vornherein als möglich erscheinen:

1. Die Verbesserung des Unterrichts an der Hochschule
2. Das sog. praktische Jahr, d.h. eine dem Studium folgende obligatorische Assistenz bei praktischen Tierärzten
3. Die Verlegung eines Studiensemesters auf das Land.

Dieser Gedankengang war nicht völlig neu, denn in München führte man schon 1858 ein unter Leitung eines Tierarztes abzuleistendes 'praktisches Jahr' ein, das 1872 aufgehoben wurde, weil die Vorbedingungen zum tierärztlichen Studium für das ganze Reich gleichmäßig geregelt werden mußten.

SCHMALTZ' Vorschlag war die Verlegung eines Studiensemesters auf das Land. Er glaubte, die Verbesserung der praktischen Ausbildung der Tierärzte sei am vollkommensten und in der kürzesten Zeit zu erreichen, wenn mit der Tierärztlichen Hochschule ein Staatsgut verbunden würde; die Studierenden müßten das letzte oder eins der letzten Semester auf diesem Staatsgut unter Leitung eines Professor externus zubringen. Dieses praktische Semester hielt er zwar für ein großes, aber nicht für das alleinige Mittel. Den Verschiedenheiten in den Bundesstaaten sollte Rechnung getragen werden. Die Prüfungsordnung brauchte nichts weiter festzulegen als die Bestimmung, vor der Fachprüfung sei ein praktisches Semester zu absolvieren. Im übrigen könnte völlige Freiheit herrschen; was als praktisches Semester zu gelten habe, sollten die Landesregierungen bestimmen. In Gießen könnte es zum Beispiel ausschließlich eine ausgebaute ambulatorische Klinik sein, in Bayern ein Aufenthalt bei einem Tierarzt in einem Zuchtgebiet, die Berliner Hochschule könnte ein Staatsgut zugewiesen erhalten, während man der zu Hannover, falls sie nicht auch ein solches Gut haben möchte, andere Einrichtungen zu treffen überließe. Das wäre vielleicht ein Vorteil, alles gleichzeitig zu versuchen, um zu sehen, was das Bessere sei.

Auf der Hochschulkonferenz zu Eisenach kam dieser Vorschlag auch zur Sprache. Er wurde abgelehnt mit den Worten: "Die Versammlung erklärt, daß die Frage der Einführung eines sog. praktischen Jahres noch nicht spruchreif ist."

Eine Deputation der Zentralvertretung der preußischen tierärztlichen Vereine sprach im Reichsamt des Innern beim Unterstaatssekretar von JOLYETTES vor, um eine baldige Bearbeitung der Vorlage der neuen Prüfungsordnung zu erreichen.

Mitte des Jahres 1912 wurde sie an den Bundesrat überwiesen, der sie am 21. Dezember annahm und am 24. Dezember veröffentlichte. (30.) Sie trat am 1. April 1913 in Kraft.

Diese dritte Prüfungsordnung für das ganze Reich entsprach inhaltlich dem 1903 von SCHMALTZ verfertigten und von der Berliner Hochschule eingereichten Entwurf. Er hat ihr als Grundlage gedient. (Wortlaut s. Anl.3.)

Diese Prüfungsordnung hätte sich an die Einführung der Universitätsreife 1902 unmittelbar anschließen müssen, doch als sich ihr Erscheinen zehn Jahre lang verzögerte, war ihr Inhalt zum Teil schon beim Erlaß veraltet.

c.) Prüfungsordnung von 1925

Der Kardinalfehler der derzeitigen Studienordnung war nach Ansicht von SCHMALTZ die Überlastung der klinischen Studiensemester. "Wenn Sie einen Studienplan ansehen, dann finden Sie zum Beispiel das 7.Semester im Winter tagaus tagein von 8 Uhr morgens bis 7½ Uhr abends, mit einer Stunde Mittagspause, in Vorlesungen und Übungen eingespannt; im Sommer das 7. und 8.Semester von ungefähr um 7 morgens bis abends um 7 Uhr, mit 1½ Stunden Mittagszeit von 2 bis 3½ Uhr. Das ist also eine rein geistige Arbeitszeit von 10½ Stunden. Das ist eine Sünde wider die jungen Gehirne, das ist

ein Unfug, und das ist noch etwas Schlimmeres: eine Unehrlichkeit; denn ein solches Studium steht auf dem Papier, das ist kein wirkliches Studium" (31). Er forderte deshalb ein weiteres Semester, das neunte.

Die Beseitigung der Anatomie und Physiologie aus der Fachprüfung war mehr und mehr als ein Fehler erkannt worden. Die Klagen stammten nicht von Fachvertretern, die etwa den Ehrgeiz hatten, bei der Fachprüfung mitzuwirken. SCHMALTZ sagte dazu. "Ich bin seit 37 Jahren Professor, und ich kann versichern, wenn ich etwas Bitteres an dieser Tätigkeit weiß, dann sind es die Prüfungen, denn dabei sieht man, wieviel man vergeblich arbeitet" (30). Es klagten vielmehr die Kliniker und Vertreter der Pathologie über das allgemeine Fehlen der anatomischen Kenntnisse auf Schritt und Tritt, da die Studenten die Anatomie nach Ablegung der Vorprüfung völlig vergaßen. SCHMALTZ befürwortete deshalb die Wiedereinführung einer beschränkten Prüfung in der Anatomie und Physiologie in der Fachprüfung. "Wenn der Student weiß, das er über anatomische Hauptsachen noch, als Auskunft zu geben hat und noch lange nicht dem Zugriff entgangen ist, dann wird er zu Hause seine Kenntnisse aufzufrischen suchen" (32).

Auf der Jubiläumsversammlung des Deutschen Veterinärrates am 26. und 27. April 1924 erhob SCHMALTZ auch deshalb auch folgende vier Forderungen:

1. Um die tierärztliche Ausbildung fruchtbringender zu machen, ist die planmäßige Verteilung des Studienstoffes auf mindestens neun Semester, statt auf acht, unerlässlich;
2. Bei Einführung von nur neun Semestern soll aber das neunte Pflichtsemester lediglich zur Vermehrung und Entlastung der klinischen Semester dienen, darf daher weder zur Einfügung neuer Unterrichtsfächer noch zu einer merklichen Steigerung der bisherigen Stundenzahl führen;
3. Dem ersten Abschnitt der Fachprüfung ist eine

Prüfung in der angewandten Anatomie am lebenden oder toten Objekt und in der angewandten Physiologie durch die Fachvertreter je mit besonderem Urteil wieder einzufügen;

4. Der Deutsche Veterinärerrat bittet das Reichsministerium des Innern, die Abänderung der tierärztlichen Prüfungsordnung als eine besonders dringliche Angelegenheit zu behandeln.

Die Versammlung stimmte zu. Als Vertreter des Reichsministeriums des Innern wohnte Ministerialdirektor DAMMANN, Sohn des bekannten Direktors der Tierärztlichen Hochschule Hannover, bei. Er erklärte, den mit der altbekannten Überzeugungskraft vorgetragenen Ausführungen des Herrn Geheimrat SCHMALTZ könnte er sich nicht verschließen; auch er sei für eine Vermehrung der Zahl der Studiensemester und habe den Wunsch, mit der ganzen Angelegenheit möglichst bald zum Ziele zu kommen. Aufgrund dieser Stellungnahme werde bereits im Ministerium vorliegendes Material neu bearbeitet und fertiggestellt.

DAMMANN hielt Wort. Bereits am 1. Oktober 1925 trat die neue Prüfungsordnung in Kraft. (33.) (Wortlaut s. Anl.4).

4. P r o m o t i o n u n d P r o m o t i o n s - r e c h t

a.) Geschichtlicher Rückblick

Nachdem die gleichen Aufnahmebedingungen wie für die Universitäten nun auch für die tierärztlichen Hochschulen und Fakultäten gegeben waren, entstanden heftige Diskussionen um die Notwendigkeit eines eigenen Doktorgrades und das Promotionsrecht.

Ein Blick auf die Vorgeschichte des veterinärmedizinischen Doktorgrades läßt den Stand der Entwicklung

bei Beginn der von SCHMALTZ maßgeblich beeinflussten Erörterungen erkennen. In Deutschland hatte im Jahre 1811 in Marburg die erste tierärztliche Promotion unter Prof. ord. Dr. med. Johann David BUSCH stattgefunden. Mit der Dissertation "Abhandlung über den Milzbrand des Rindviehes" promovierte der Tierarzt Friedrich Karl LÄPPE zum Doctor der Thierheilkunde" in der medizinischen Fakultät der Universität.

Die erste tierärztliche Ehrenpromotion erfolgte ebenfalls in Marburg. Bei der 300-Jahrfeier der Universität erhielt am 29. Juli 1827 der oldenburgische Landestierarzt Bernhard Anton GREVE die Würde eines "Doktors der Veterinärmedizin ehrenhalber".

Das Marburger Tierarzney-Institut ging 1837 nach dem Tode seines Direktors BUSCH (34) ein; mit ihm wäre auch der Dokortitel verschwunden, hätte nicht die Veterinäranstalt zu Gießen das Erbe übernommen. Hier wurde am 31. Mai 1832 der Tierarzt August PFANNSTIEL zum "Doctor in arte veterinaria" promoviert.

Der tierärztliche Dokortitel wurde im Laufe der Zeit unterschiedlich benannt:

1832 - 1839	Doctor in arte veterinaria
1840 - 1876	Doctor medicinae et chirurgiae veterinariae
1877 - 1900	Doctor in medicina veterinaria
1900. - 1907	Doctor medicinae veterinariae
1907 - 1915	Doktor der Veterinärmedizin
ab 1915	Dr. medicinae veterinariae (Dr. med. vet.).

Bei der Promotion in Gießen wurde das Abiturientenexamen verlangt. Da aber nur wenige Tierärzte freiwillig das Reifezeugnis erworben hatten, wurden bis 1900 lediglich 64 Tierärzte promoviert.

Andere Dokortitel dagegen, den philosophischen und den medizinischen, konnten Tierärzte ohne Reifezeugnis erwerben. Als Voraussetzung zur Erlangung des philosophischen Doktorgrades wurden ein drei- bis sechsemestriges Studium und Anfertigung der Dissertation in einem Universitätsinstitut verlangt. Nach einem sechs-

semestrigen Medizinstudium konnten Tierärzte den Dr. med. erwerben, bis durch Erlass des Kultusministers vom 16. Juli 1900 für Preußen aber die Promotion von der Ärztlichen Approbation abhängig gemacht wurde.

b.) Das Promotionsrecht der deutschen
tierärztlichen Hochschulen

Die Universitäten und die Ressortminister wehrten sich gegen die Ausweitung des Promotionsrechtes. Die Fakultäten bestanden auf ihren Privilegien, die allerdings schon um die Jahrhundertwende durch die Vergabe des Promotionsrechtes zum Dr. Ing. an die technischen Hochschulen durchbrochen worden waren. Zwar räumte man den technischen Hochschulen vollen Universitätsrang ein, hielt dies aber für die anderen Hochschulen nicht für angezeigt und betrachtete sie lediglich als Fachschulen.

Diese Anschauung trat deutlich zutage bei Verhandlungen in der Sächsischen Ersten Kammer am 7. April 1904, als einige Abgeordnete das Promotionsrecht der tierärztlichen Hochschulen befürwortet hatten.

Geheimrat Prof. Dr. jur. WACH, Abgeordneter der Universität, erklärte:

"Die Tierärztliche Hochschule hat einen erheblichen Aufschwung genommen. Die Promotion empfiehlt sich aber für diese Herren nicht, denn ein fachwissenschaftlicher Doktor stimmt nicht überein mit der Entwicklung dieses akademischen Grades. Die Tierärztliche Hochschule ist eine Fachschule und läßt als Schüler nicht nur Maturi zu, sondern auch solche, die von einer neunklassigen Realschule kommen. Ihre naturwissenschaftliche Bildung hat nicht die breite Basis, welche auf der Universität gefordert wird und für den Doktor nötig ist."

Gleichzeitig sprach er sich gegen die Zulassung der Realgymnasial-Abiturienten zum juristischen Studium aus. "Ich weiß nicht, wie ein Schulmann, auch wenn er in seinem Fache noch so ausgezeichnet ist, uns sagen

will, was wir, die Männer der juristischen Wissenschaft, an Vorbildung für unsere Hörer brauchen ... "

Bissig reagierte SCHMALTZ auf diese Ausführungen. Wenn Geheimrat WACH es unbegreiflich fände, daß ein Schulmann den Juristen sagen wollte, was ihre Hörer an Vorbildung brauchten, dann aber ver falle er in eine ähnliche Unbegreiflichkeit, indem er über den tierärztlichen Unterricht, den er gar nicht kenne, Behauptungen aufstelle und diesem nachsage, er habe nicht die breite naturwissenschaftliche Basis, welche auf der Universität gefordert werde und für den Doktor notwendig sei. Die naturwissenschaftliche Ausbildung an den tierärztlichen Hochschulen stehe auf derselben Basis wie z.B. diejenige der Mediziner, diese lernten hierin durchaus nicht mehr. Eine weitere Bemerkung des Geheimrates WACH, die Ausdehnung des Dokortitels auf einzelne Gebiete, wie das der Tiermedizin, "komme einer vollständigen Zerstörung der Einrichtung gleich", war unlogisch, denn die Verleihung eines akademischen Grades ist im Rahmen der Universität ein Attribut der einzelnen Fakultät; denn auch der Dr. jur. und Dr. med. werden für ein einzelnes Gebiet verliehen.

Einzelne Universitäten aber rechneten damit, daß die tierärztlichen Hochschulen schließlich doch mit ihren Bemühungen Erfolg haben würden. Es wurde daher erwogen, das Recht der Promotion zum Dr. med. vet. einigen Universitäten zu verleihen. Zu diesem Plan wie auch zum Anerbieten mehrerer philosophischer und medizinischer Fakultäten, die sich, auf Anregung der Unterrichtsverwaltung, bereit erklärt hatten, Tierärzte mit Reifezeugnis unter Vollanrechnung des veterinärmedizinischen Studiums zum Dr. phil. und, unter teilweiser Anrechnung, zum Dr. med. zu promovieren, nahm SCHMALTZ kühl und entschieden Stellung.

Er betrachtete die Angelegenheit besonders vom Ehrenstandpunkt aus. Sollten Tierärzte an einer Universität zum Dr. med. vet. promovieren, dann käme 1) eine medizinische Fakultät in Frage unter Zuziehung von Profes-

soren der tierärztlichen Hochschulen. Das war für ihn völlig unannehmbar. Es bedeutete eine Unterordnung der tierärztlichen Professoren und Hochschulen unter die Universitäten, die schließlich auch auf die Anschauungen der Studenten von Einfluss sein müßte. 2) Außerdem könnten landwirtschaftliche Universitätsinstitute mit tierärztlichen Professoren den Dr. med. vet. verleihen. Auch das lehnte er ab. Diese Lehrkanzeln für Veterinärwissenschaft dürften nicht als Konkurrenten der tierärztlichen Hochschulen auftreten; auf den ersten würde lediglich das populäre Ganze der Veterinärmedizin Landwirten nahegebracht, auf letzteren aber würden Tierärzte unterrichtet. Ein Professor einer solchen Lehrkanzel könnte Tierärzten gegenüber unmöglich die ganze veterinärmedizinische Wissenschaft vertreten, er könnte immer nur Spezialist in einem Fache sein. Das Anerbieten der Promotion zum Dr. phil. und besonders zum Dr. med. begrüßte er zwar als einen Schritt, der dazu beitragen könnte, an Stelle langjähriger Gegnerschaft ein freundliches und fruchtbringendes Zusammenarbeiten anzubahnen. Dissertationen jedoch seien ein Mittel zum wissenschaftlichen Fortschritt, selbst wenn manche wertlosen vorkämen, bildeten die meisten jede einen Stein zu den "nie aufhörenden Neubauten" der Wissenschaft. Die Veterinärmedizin sei noch eine junge Wissenschaft; wenn den künftigen Tierärzten die Möglichkeit versagt bliebe, ihre Doktorarbeiten aus dem Gebiete der Veterinärmedizin zu wählen, das aber unbeschränkt nur möglich sei, wenn sie an tierärztlichen Hochschulen oder Veterinärfakultäten arbeiten könnten, so käme sie der Wirkung fortgesetzter kleiner Blutverluste nahe.

Das allenthalben zu spürende Entgegenkommen und Vorbeugen wertete SCHMALTZ als Schwäche und Rückzug. Jetzt ergriff er die Initiative. Auf dem VIII. Internationalen Tierärztlichen Kongreß in Budapest 1905 stellte er zusammen mit Dr. LOTHES folgenden Antrag, der einstimmig angenommen wurde:

- "1) Der Kongreß hält es für notwendig, daß die tierärztlichen Bildungsanstalten, mögen dieselben Fakultäten oder selbständige Hochschulen sein, das Recht der Verleihung des Grades eines Doktors der Veterinärmedizin erhalten.
- 2) Der Kongreß erachtet es für geboten, daß die Würde eines Doktors der Veterinärmedizin, welche derzeit von einer Universitätsfakultät verliehen ist, allenthalben ebenso anerkannt werde, wie die von den übrigen Fakultäten dieser Universität verliehenen Grade.
- 3) Er beauftragt die permanente Kommission, die zur Erreichung dieses Zieles erforderlich erscheinenden Schritte zu unternehmen."

Bald darauf empfahl SCHMALTZ den Delegierten des Deutschen Veterinärrates folgende Resolution zur Annahme (35):

- "1) Mit Rücksicht auf die Einführung der Universitätsreife für die Tierärzte erklärt der Deutsche Veterinärрат es für eine Notwendigkeit, daß künftig die Tierärzte den Doktorgrad ihrer eigenen Wissenschaft, den auch in Deutschland seit Jahrzehnten heimischen Doctor medicinae veterinariae, erwerben können.
- 2) Die Promotion zum Dr. med. veterinariae muß stattfinden können an allen deutschen hohen Schulen, an denen Tierärzte zum Zweck der Approbation studieren, ebensowohl bei den selbständigen tierärztlichen Hochschulen, als bei veterinärmedizinischen Fakultäten oder Fakultätsabteilungen.
- 3) Der Deutsche Veterinärрат legt nachdrücklich Verwahrung ein dagegen, daß die Zuständigkeit zur Verleihung des Doktorgrades der Veterinärmedizin anderen als den unter 2) genannten Unterrichtsanstalten übertragen wird."

Die Annahme erfolgte einstimmig.

Bei erneuten Beratungen in der Ersten Sächsischen

Kammer im März 1906 erkannte Geheimrat Prof. WACH jetzt die Berechtigung tierärztlicher Promotion an, gleichzeitig befürwortete er auf Wunsch der Tierärztlichen Hochschule Dresden und der Universität Leipzig die Verbindung derselben. Nach Abschluß des Abkommens am 24. Juni 1907 wurden von der medizinischen Fakultät der Universität Leipzig Tierärzte unter Hinzuziehung von Professoren aus Dresden zu Doctores medicinae veterinariae promoviert.

Durch diesen Kompromiß erwies man den übrigen noch selbständigen Hochschulen keinen guten Dienst, denn man wollte nun ähnliche Verfahren allgemein einführen.

SCHMALTZ brachte deshalb vor der Zentralvertretung der tierärztlichen Vereine Preußens folgende EntschlieÙung ein (36):

- "1) Die Centralvertretung hält es im Interesse der Tierärztlichen Hochschulen für unbedingt notwendig, daß ihnen das alleinige Promotionsrecht gewährt wird.
- 2) Die Centralvertretung erklärt, daß die in Sachsen getroffene Einrichtung dem Bedürfnis und der Stellung der Tierärztlichen Hochschulen nicht genügt."

Sie wurde ebenso angenommen wie sein Antrag auf einer Sitzung des Deutschen Veterinärrates in Stuttgart:

"Der Deutsche Veterinärerrat erklärt es für dringend geboten, endlich eine Entscheidung in der Promotionsfrage herbeizuführen und beschließt deshalb eine Eingabe an den Reichskanzler."

Im Preußischen Abgeordnetenhaus 1909 verstärkte sich die Zuneigung und das Interesse der Abgeordneten; besonders dringlich befürworteten Dr. MÜLLER-SAGAN, Dr. HEISIG und Graf Clairon d'HAUSSONVILLE das Promotionsrecht der tierärztlichen Hochschulen. Der Berichterstatter der Budgetkommission, von SAVIGNY, teilte den Standpunkt des Kultusministeriums mit, daß "die Verhandlungen darüber noch nicht zum Abschluß gelangt seien". Sie zogen sich noch ein ganzes Jahr

in die Länge, wohl auch wegen des neu aufgetauchten Streitpunktes um das Doktorprädikat. Das Kultusministeriums bot den Doktor-Veterinär bzw. den Dr. vet(erinarius) an, das Landwirtschaftsministerium forderte für die Tierärzte den Dr. med. vet. An einer solchen Unterfrage sollten nach SCHMALTZ die Verhandlungen nicht scheitern. Er gab sich mit dem Dr. vet. zufrieden.

Ein äußerer Anstoß brachte die Entscheidung. Am 12. Juni 1910 verlieh der Prinzregent LUITPOLD von Bayern der Tierärztlichen Hochschule München das Promotionsrecht zum Dr. med. vet.. Preußen gab nach. Die Kabinettsorder betr. Promotionsrecht lautete (37):

"... will ich den Tierärztlichen Hochschulen in Anerkennung der wissenschaftlichen Bedeutung, die sie im Laufe der Jahre, namentlich seit ihrer Umwandlung aus Tierarzneischulen in Hochschulen, erlangt haben, das Recht einräumen, nach Maßgabe der in der Promotionsordnung festgesetzten Bedingungen approbierte Tierärzte sowie Ausländer, die die tierärztliche Fachprüfung in Deutschland bestanden haben, auf Grund einer Prüfung zum Doctor medicinae veterinariae (abgekürzte Schreibweise: Dr. med. vet.) zu promovieren und die Würde eines Doctor medicinae veterinariae auch ehrenhalber als seltene Auszeichnung an Männer zu verleihen, die sich um die Förderung der Veterinärwissenschaft hervorragende Verdienste erworben haben.

Stolp, den 5. September 1910

gez. Wilhelm

gez. von Trott zu Solz

gez. Freiherr von Schorlemer".

Die Tierärztliche Hochschule Stuttgart erhielt das Recht noch im selben Jahr; die Budapester Hochschule durfte schon seit 1906, Wien und Lemberg seit 1908 promovieren.

c.) Die Anerkennung des in der Schweiz erworbenen
"Dr. med. vet." in Deutschland

Als die beiden Schweizer Tierarzneischulen in Bern und Zürich 1900 und 1901 den Universitäten angegliedert wurden, erhielten sie damit auch gleichzeitig das Recht, nur Bewerber mit Abitur als Studenten anzunehmen, und das Promotionsrecht. Um den Schweizer Tierärzten, die ohne Reifezeugnis studiert hatten, die Promotion zu ermöglichen, wurde in den Promotionsordnungen kein Reifezeugnis gefordert, eine einleuchtende Maßnahme, die sich zudem in einigen Jahren selbst überleben mußte, da zum veterinärmedizinischen Studium ab sofort der Nachweis des Abiturs verlangt wurde.

Für Ausländer galt die gleiche Regelung; deshalb machten auch viele deutsche Tierärzte ohne Reifezeugnis von dieser Schweizer Ausnahme Gebrauch. Die meisten wandten sich nach Bern. In den ersten zehn Jahren hatten fast 500 deutsche Tierärzte in der Schweiz promoviert.

In Deutschland bedurfte die Führung ausländischer Dokortitel einer Genehmigung. Die preußische Verordnung, betreffend die Führung der mit akademischen Graden verbundenen Titel, besagte (38):

"§ 1 Preußische Staatsangehörige, welche einen akademischen Grad außerhalb des Deutschen Reiches erwerben, bedürfen zur Führung des damit verbundenen Titels der Genehmigung des Ministers der geistlichen Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

§ 4 Die vorstehende Verordnung greift bezüglich aller akademischen Grade Platz, welche nach dem 15. April 1897 verliehen werden."

In Sachsen bestand eine solche Verordnung schon seit 1878, in Bayern seit 1901.

Die Genehmigung zur Führung des Schweizer Dr. med. vet. wurde im preussischen Staatsgebiet grundsätzlich ver-sagt. Dieses Verbot wurde 1903 auf Wunsch Preußens

durch eine Vereinbarung auf die meisten Bundesstaaten ausgedehnt. Die davon betroffenen Tierärzte fühlten sich ungerecht behandelt, denn die in deutschen Instituten verfaßten Dissertationen, die von den Schweizer Fakultäten großzügig anerkannt wurden, hätten jeder Prüfung standgehalten. Diese Dissertationen sollen von hoher wissenschaftlicher Qualität gewesen sein, und ihr Durchschnitt soll erheblich über den in Deutschland üblichen Anforderungen gelegen haben. Seltsamerweise wurde der ebenfalls in der Schweiz unter Dispens des Abiturientenzeugnisses erworbene philosophische Dokortitel nicht beanstandet. Diese Einwände und Forderungen einiger Abgeordneter können Grund zur Anerkennung des Schweizer Dr. med. vet. durch einzelne Bundesstaaten gewesen sein.

Aus dieser verschiedenartigen Behandlung der Frage durch einzelne Staaten ergaben sich wundersame Konsequenzen. So wird von einem Dr. ALBRECHT berichtet, der Bayer war und als solcher die bayrische Anerkennung besaß. Während seiner Tätigkeit als Assistent von SCHMALTZ in Berlin durfte er seinen Dokortitel nicht führen. Mit aus diesem Grunde trat er in den Kolonialdienst und wurde nun wieder Doktor, da er die bayrische Genehmigung hatte. Ein anderer Tierarzt aus Mitteldeutschland hatte in der Schweiz sowohl den Dr. med. vet. als auch den Dr. phil. erworben. In seinem Bundesstaat wurde ihm nur die Führung des Dr. med. vet. genehmigt, die des Dr. phil. aber abgelehnt. Daraufhin wandte er sich, weil er zufällig in Westfalen geboren war, nach Preußen, um sich dort die Anerkennung für den Dr. phil. geben zu lassen. Jetzt war er hier Dr. phil., dort Dr. med. vet., ganz nach Belieben.

Obwohl SCHMALTZ diese Zustände natürlich kannte, sprach er sich gegen jede Form der Unterstützung aus. Er war der Meinung, die Frage der Anerkennung des Schweizer Dokortitels dürfte unter keinen Umständen mit dem Promotionsrecht der deutschen tierärztlichen

Hochschulen verquickt werden. Jede Verquickung sei schädlich und werde immer als eine Belastung des Gegenstandes empfunden. Deshalb habe das Interesse einer Minderzahl so lange zurückzustehen, bis das größere und allgemeine Interesse, die deutsche Promotionsfrage, entschieden sei.

Als diese Frage gelöst war und sich zwei Fälle von Denunziationen ereignet hatten, griff SCHMALTZ sofort ein. Kollegen, die in der Schweiz promoviert hatten, waren von benachbarten Praktikern wegen unrechtmäßiger Führung eines Titels angezeigt worden. Für eine solche Denunziation konnte SCHMALTZ beim besten Willen keinen einzigen Entschuldigungsgrund finden. Selbst wenn es sich um die bittersten Feinde handelte, selbst wenn derjenige, der den Schweizer Dokortitel führte, unlautere Konkurrenz getrieben hätte, wäre ein derartiges Vorgehen unter keinen Umständen zu rechtfertigen.

An dieser Promotionsfrage hatte sich der tierärztliche Stand gespalten. Nach SCHMALTZ waren drei Parteien entstanden. Zunächst einmal die Tierärzte, die in der Schweiz promoviert hatten, selber. Sie waren sich bewußt, den Dokortitel in würdiger Weise erworben zu haben; ihrer Ansicht nach geschah ihnen durch die Weigerung der Anerkennung Unrecht.

Die zweite Gruppe umfaßte das Gros der Tierärzte. Es waren die Nichtabiturienten, die in Deutschland nicht promovieren konnten. Sie fragten sich, wie jene Tierärzte dazu kamen, sich vor ihnen einen Vorzug zu verschaffen auf einem Wege, der verboten war und dessen Verbot sie kannten. In ihrem Interesse lag die Aufrechterhaltung jenes Verbotes, denn für sie hatte der Dokortitel nicht nur einen ideellen, sondern auch einen gewissen materiellen Wert.

Die dritte Partei waren die Abiturienten, die von jetzt ab ohne jede Schwierigkeit an den deutschen Tierärztlichen Hochschulen promovieren konnten. Sie verlangten, daß es in Deutschland nur einen Dokortitel der Veterinärmedizin gebe, der unter gleichen

Bedingungen zu erwerben sei; denn je höher die Anforderungen, desto höher der Wert.

SCHMALTZ wandte sich nicht gegen die Königliche Kabinettsorder, die mit vollem Recht die Führung ausländischer Dokortitel von einer ministeriellen Genehmigung abhängig machte, um zu verhindern, daß unwürdige Doktorprädikate vergeben wurden, sondern gegen ihre derzeitige Auslegungsform. Mit welchem Recht weise man die in der Schweiz Promovierten zurück, ohne auch nur in eine sachliche Prüfung des Wertes ihrer Leistungen und ihrer Prädikate eingetreten zu sein. Nach Einsicht in die Dissertationen war für ihn der in der Schweiz erworbene Dokortitel dem deutschen Prädikat wissenschaftlich gleichwertig und ebenbürtig.

Im preußischen Kultusministerium und im Landtag wollte man früher den Dr. med. vet. nicht zulassen, weil dieser Titel in Preußen nicht verliehen worden sei; dieser Grund sei aber nun hinfällig. Selbst der Gegen Grund wegen des fehlenden Abiturs sei, rein juristisch genommen, unzulässig, denn nur gegenwärtig würde in Preußen vom Doktor der Veterinärmedizin ausnahmslos das Reifezeugnis gefordert. Die heutigen Verhältnisse könnten doch nicht rückwirkende Kraft haben, zumal der Titel vorher in Preußen nicht verliehen wurde. Nach bewährter Art brachte SCHMALTZ deshalb 1911 im Deutschen Veterinärerrat, der höchsten tierärztlichen Körperschaft, folgende Resolution ein, die die Versammlung einstimmig annahm:

- "1. Der Deutsche Veterinärerrat erkennt auf Grund eigener Kenntnis seiner Mitglieder und des Urteils autoritativer Fachgenossen das in der Schweiz erworbene Prädikat als Doctor medicinae veterinariae durch die Art der Promotion dem in Deutschland erworbenen Dokortitel als gleichwertig an.
2. Der Deutsche Veterinärerrat bittet daher den Herrn Reichskanzler, auf die Bundesstaaten ein-

zuwirken, daß den bis jetzt in der Schweiz als *Doctores medicinae veterinariae* promovierten deutschen Tierärzten die Anerkennung ihres Dokortitels allgemein zuteil werde, wie dies schon in mehreren Bundesstaaten der Fall ist. Das Fortbestehen der jetzigen Ungleichmäßigkeit und daraus entspringenden Unsicherheit und Unentschiedenheit droht zu einem schweren Schaden für den tierärztlichen Stand zu werden.

3. Der Deutsche Veterinarrat erklärt es für eine selbstverständliche Folge der unter 1. festgestellten Tatsache und als ein Gebot der Kollegialität, daß alle deutschen Tierärzte den Schweizer Dokortitel - amtlich anerkannt oder nicht - im kollegialen Verkehr den übrigen Titeln gleich achten und anwenden.
4. Der Deutsche Veterinarrat erklärt dementsprechend, daß es eine Verletzung der Kollegialität wäre, wenn ein Standesgenosse in Zukunft einem in der Schweiz promovierten Kollegen dadurch Schwierigkeiten machen würde, daß er das Publikum oder gar die Gerichte auf die mangelnde staatliche Anerkennung des Doktorprädikates hinwies."

Der Reichskanzler lehnte das Ansuchen ab. Die Genehmigung zur Führung des im Ausland erworbenen Titels eines Doktors der Tierheilkunde müßte von denselben Voraussetzungen abhängig gemacht werden, wie sie für die Erlangung der Doktorwürde nach der Promotionsordnung für die Tierärztlichen Hochschulen in Preußen beständen. Außerdem seien für die Verleihung der Anerkennung die einzelnen Bundesstaaten zuständig.

Doch der Widerstand ließ von diesem Zeitpunkt an langsam nach. Immer mehr Bundesstaaten gingen zur Anerkennung über. In Bayern wurde 1915 die erste Genehmigung erteilt. In Preußen konnten ab 1916 die Dissertationen zur Prüfung eingereicht werden. Es wurden alle angenommen.

Tierärzte ohne Reifezeugnis konnten ab 1920 in Preußen, Bayern und Sachsen ebenfalls promovieren. Die Dissertationen mußten über das Mittelmaß hinausgehen. Nur der Institutsdirektor durfte die Arbeiten ausgeben. Diese Sonderregelung erlosch am 31. März 1925 (39).

V. MILITAR - VETERINÄR W E S E N

Bei der Gründung der Tierarzneischulen konnten an die von den Regimentern abkommandierten Zöglinge hinsichtlich der Schulbildung keine Ansprüche gestellt werden. Infolgedessen erlangten sie nach ihrer Ausbildung auch bei den Truppen keine gehobenen Stellungen. Da der Hufbeschlag bei der Veterinärchirurgie ausschlaggebende Bedeutung besaß, wurde gefordert, daß der Tierarzt das Schmieden von Hufeisen gelernt haben müsse.

Als 1838 das Zweiklassensystem eingeführt wurde, stufte man die Militär-Eleven in die zweite Klasse. Sie mußten Volksschulbildung besitzen, das Schmiedehandwerk erlernt haben und sechs Semester auf der Schule verbringen. Als 1855 das Zweiklassensystem aufgehoben und die Vorbildung auf Obersekundanerreife gesetzt wurde, hielt das Heer bis 1866 am Tierarzt zweiter Klasse fest. Die ab jetzt vorgeschriebene Sekundareife mit 7-semesterigem Studium wurde ab 1874 durch die Obersekundareife ersetzt.

Die Stellung der Militärtierärzte war in Preußen und Sachsen, verglichen mit den übrigen deutschen Staaten, bei weitem am schlechtesten. Um 1850 hatten die Regimenter in Preußen je einen Roßarzt im Wachtmeister-rang. Die übrigen Tierärzte hießen Kurschmiede. Sie waren Unteroffiziere; ihr Lohn betrug 4 Taler im Monat. Behandlungen kranker Pferde durften sie nur nach Anforderung des Truppenkommandeurs vornehmen; sie hatten nur den Beschlag auszuführen. Durch die Kabinetts-order vom 9. Januar 1862 wurde "Kurschmied" in "Unterroßarzt" umbenannt, die Roßärzte erhielten den Titel Stabsroßärzte. Ab 1872 erhielt jedes Regiment einen Oberroßarzt (bisher Stabsroßarzt) mit 600 Talern Gehalt. Bei jedem Armeekorps konnte ein Korpsroßarzt mit 800 Talern angestellt werden; er rangierte vorden Oberroßärzten, hatte aber nur deren Kompetenzen.

Das Personal bestand fortan aus Korpsroßärzten und Oberroßärzten, die obere Militärbeamte waren, aus Roßärzten, die als Wachtmeister, und aus Unterroßärzten, die als Vizewachtmeister dem Soldatenstand angehörten.

1878 wurde die Primareife für alle Tierärzte gleichmäßig eingeführt. Auf Dienstzeit und Dienstform bei der Truppe hatte das Primanerzeugnis aber keine Wirkung. Die Veterinäraspiranten mußten wie bisher als Dreijährig-Freiwillige dienen. Der Idealismus der jungen Leute war bewunderungswürdig, denn in den 70er und 80er Jahren müssen z.T. furchtbare Zustände an der Militärroßarztschule geherrscht haben. Gegensätze mit den Zivilstudierenden, Ehrenhandel, Arrest, Demütigungen und Quälereien durch aufsichtführende Wachtmeister sollen manche bis zum Selbstmord getrieben haben. Verfehlungen mit nachfolgendem Verweis von der Schule waren folgeschwer; Militärtierärzte mußten so viele Jahre aktiv bei der Truppe dienen, wie sie Semester auf der Militärroßarztschule studiert hatten; den Eleven, die vorzeitig abgingen oder das Examen nicht bestanden, drohte das gleiche Geschick.

Obwohl die künftigen Eleven der Militärroßarztschule Primareife besaßen, mußten sie als gemeine Soldaten dem Heer beitreten. Die Tierarzneyschule besuchten sie als Aktive. Der Eintritt als gemeiner Soldat galt für die Söhne der gebildeten Stände als nicht ehrenvoll. Es war ein Zeichen mangelnder Bildung und Tüchtigkeit. SCHMALTZ befürchtete, ein Stand, dessen Mitglieder bestimmungsmäßig nicht als Einjährig-Freiwillige dienten, werde deshalb als ungebildet und gesellschaftlich tiefstehend betrachtet. Es war für ihn unbegreiflich, daß junge Männer, deren Bildung das für Einjährig-Freiwillige geforderte Maß noch übertraf, als gemeine Soldaten dienen mußten. Diese ungerechte Behandlung setze den ganzen tierärztlichen Stand in ein falsches Licht und schädige ihn deshalb empfindlich. 1895 beantragte SCHMALTZ auf der Zentralvertretung der tierärztlichen Vereine Preußens, den Kriegsminister darum

zu bitten, daß die Militärroßbarzteleven künftig als Einjährig-Freiwillige in die Armee eintreten könnten. Als Antwort darauf wurde 1896 den jetzt als Roßarztaspiranten bezeichneten Anwärtern als äußere Verbesserung ein Abzeichen verliehen, das dem der Einjährig-Freiwilligen ähnelte, im übrigen aber betont, die jetzt bestehenden Verhältnisse würden nicht geändert, weil der Andrang zur Militärroßarzt-Laufbahn so groß sei, daß der Bedarf an Anwärtern schon jetzt auf Jahre hinaus gedeckt sei. In der Militärveterinärordnung vom 3. Juni 1897, die diejenige vom 6. Mai 1886 ablöste, hieß es ausdrücklich, daß Einjährig-Freiwillige als Roßarztaspiranten nicht angenommen werden. Nach Einführung des Abiturs forderte SCHMALTZ von einer festeren Basis aus erneut vom derzeitigen Kriegsminister von GOSSLER, die Militärroßarztaspiranten sollten als Einjährig-Freiwillige der Truppe beitreten; sie sollten ein halbes Jahr mit der Waffe dienen und während des zweiten Halbjahres einen Kursus auf der Lehrschieme absolvieren. Die Militärroßbarztschule mußte in eine Veterinärakademie umgewandelt werden. Auch dieses Gesuch war ohne Erfolg.

Ehe Tierärzte des Beurlaubtenstandes zum Unterroßarzt bzw. vom Unterroßarzt zum Roßarzt befördert werden konnten, mußten sie sich u.a. einer Prüfung in Hufbeschlag unterziehen. Es wurden das Anfertigen eines vorschriftsmäßigen Vorratseisens und das regelrechte Beschneiden und Berunden eines Hufes gefordert. Gegen eine Prüfung in Hufbeschlagkunde und Hufkrankheiten hatte SCHMALTZ an sich nichts einzuwenden, obwohl die Kandidaten in der Fachprüfung bereits darin examiniert wurden, ein Unterroßarzt dieselbe Prüfung schon ein zweitesmal abgelegt hatte; da im Heer der Hufbeschlag wegen auftretender Lahmheiten von großer Wichtigkeit war, war es zum Teil verständlich, daß man sich bei der Truppe von den Kenntnissen überzeugen wollte. Das Anfertigen eines Eisens aber war für SCHMALTZ barer Unsinn. Auf der Hochschule hätten die Studenten Schmiede-

den nicht gelernt, dieses reine Handwerk sollte und könnte nicht Gegenstand eines Studiums sein. Wenn auch die Militärveterinäre einen Kurs auf der Lehrschmiede abzuleisten hätten, so hätte die Armee doch kein Recht, in die Ausbildung der Ziviltierärzte einzugreifen.

Hinzu kam, daß dieser Teil der Prüfung in Wirklichkeit nur eine Scheinprüfung war. Wenn der betreffende Examinant das von ihm angefertigte amorphe glühende Gebilde in einen bereitstehenden Wassereimer getaucht hatte, holte er anschließend ein bereits vorgefertigtes Hufeisen hervor. Dieses Unterschleichen war der Militärverwaltung bekannt. Trotzdem hielt sie an diesem lächerlichen, noch aus der Kurschmiedezeit herrührenden Brauch fest. Nach mehreren Protesten von allen Seiten schrieb SCHMALTZ: "Das bisher geübte Verfahren bei dem angeblichen Eisenschmieden ist einfach eine Farce. Das muß einmal klipp und klar öffentlich festgestellt werden. Man rufe sämtliche Veterinäre des Beurlaubtenstandes zu Zeugen an, ob einer von ihnen wirklich das Eisen geschmiedet hat. Wenn aber eine Prüfung erwiesenermaßen nur Blendwerk sein kann, so ist es auch aus moralischen Gründen richtig, sie zu beseitigen."

Abgeschafft wurde dieses sog. "Schmiedikum" aber erst 1910.

1902 trat Kriegsminister von GOSSLER zurück. Sein Nachfolger wurde Generalleutnant von EINEM. Die früher von SCHMALTZ verfertigten und abgesandten Eingaben wurden nun ebenfalls von EINEM zugeleitet. Jetzt endlich hatte SCHMALTZ Erfolg. Durch die Kabinettsorder vom 27. August 1903 wurde eine Reform des Militärveterinärwesens eingeleitet: Die Militärroßarztschule führte fortan die Bezeichnung "Militärveterinärakademie"; die Eleven wurden "Studierende der Militärveterinärakademie" genannt. Als Veterinäraspiranten konnten neben den bisherigen Zulassungsbedingungen auch Einjährig-Freiwillige bei der Kaval-

lerie, der Artillerie und dem Train eingestellt werden. Die Veterinäraspiranten wurden nach sechsmonatiger Ausbildung im Truppendienst auf weitere sechs Monate zur Militärlehrschmiede kommandiert. Die Bezeichnung "Roßarzt" wurde für alle Rangstufen beseitigt; das Militärveterinärpersonal bestand fortan aus Korpsstabsveterinären (bisher Korpsroßärzte), Stabsveterinären (bisher Oberroßärzte), Oberveterinäre (bisher Roßärzte) und Unterveterinären (bisher Unterroßärzte).

Als 1902 die Universitätsreife eingeführt wurde, hatte man an höherer Stelle die Schaffung eines Veterinär-offizierkorps (VOK), ähnlich dem Sanitätsoffizierkorps, ins Auge gefaßt. Mit einer mehrjährigen Wartezeit war allerdings zu rechnen, da der Plan vom Parlament gebilligt und die nötige Geldsumme bereitgestellt werden mußte. Zudem waren die ersten Abiturienten nicht vor 1908 oder 1909 bei der Truppe zu erwarten.

Bis dahin aber mußte SCHMALTZ noch zweimal eingreifen, um das VOK zu retten. 1905 fuhr Kriegsminister von EINEM nach längerer Krankheit in Urlaub. Er wurde erst zur Wiedereröffnung des Reichstages zurück erwartet. Die Vertretung hatte General von ARNIM übernommen. Diesen Zeitpunkt benutzte man zu einer Gegenbewegung gegen das VOK, die von tierärztlicher Seite ausging. Ältere Militärveterinäre befürchteten, ihre in oder in der Nähe der Garnisonstädte gelegenen großen Privatpraxen zu verlieren. Sie machten gegen das VOK Stimmung. Das Gerücht breitete sich aus, es sei aufgegeben. Während der Abwesenheit des Ministers mobilisierte SCHMALTZ die Presse. Nach dessen Rückkehr wurde SCHMALTZ bei ihm persönlich vorstellig. Er bat ihn in einer Unterredung, am VOK festzuhalten. In einem Brief, der er kurz darauf an ihn absandte, legte er noch einmal dar, daß die tierärztliche Praxis sich mit der Stellung des Veterinäroffiziers ebenso vereinbaren lasse, wie die ärztliche Praxis des Sanitätsoffiziers. Im übrigen sei an der Ausübung der Praxis nur eine Min-

derheit der Veterinäre interessiert, da namentlich in großen Garnisonen die Praxis in der Hand einiger Älterer zu liegen pflege und für die jüngeren Veterinäre nur wenig davon übrigbliebe.

Gleichzeitig bat er, allerdings vergeblich, darum,

1. das einjährig-freiwillige Dienstjahr in zwei zeitlich getrennten Hälften abzudienen,
2. die Prüfung im Hufbeschlag zu streichen.

Erreicht hatte er, daß die neue Kabinettsorder vom 8. März 1906 am VOK festhielt.

Bei der Beratung einer allgemeinen Reichsbeamten-Besoldungs-Verbesserung 1909 stimmte die Budgetkommission im voraus der Einsetzung des VOK zu. Als 1910 der Militäretat dem Reichstag eingereicht wurde, sah man die Annahme des VOK als gesichert an.

Unerwartet stellte der Abgeordnete ERZBERGER, Mitglied der Budgetkommission, den Antrag, das Veterinäroffizierkorps aufzugeben. Die Veterinäre selbst gäben einer Beamtenstellung den Vorzug.

Da über die Verhandlungen der Budgetkommission nichts an die Öffentlichkeit drang, wäre der Antrag wahrscheinlich angenommen worden, denn das Stimmenverhältnis lag sehr ungünstig. Ein Mitglied der Kommission, Regierungsrat DRÖSCHER, verständigte SCHMALTZ am 1. Februar 1910 telefonisch von drohendem Unheil.

SCHMALTZ handelte sofort. Er informierte die gesamte Presse, bat jeden, der hoffen durfte, sich damit zu nutzen, an seinen Abgeordneten zu schreiben; den Präsidenten des Deutschen Veterinärrates bat er telegrafisch um Vollmacht zum Handeln im Namen des DVR. Bereits am 4. Februar ließ SCHMALTZ eine Eingabe des DVR an die Reichstagsabgeordneten verteilen. Darüber hinaus führte er im Reichstag mehrere Unterredungen mit einflußreichen Kommissionsmitgliedern. Immer wieder versicherte er, die Ausführungen ERZBERGERS entsprächen nicht der Wahrheit.

Am 9. Februar stimmte die Budgetkommission der Bildung des VOK zu.

Eine dritte Lesung im Reichstag stand noch bevor. Um einer ähnlichen Wiederholung vorzubeugen, veranstaltete SCHMALTZ eine Abstimmung. Er richtete an alle 688 aktiven Militärveterinäre eine Karte, auf der er bat, ihr Votum für oder gegen das Offizierkorps abzugeben. 637 bedingungslose Zustimmungen gingen innerhalb von drei Tagen ein. Durch die Kabinettsorder vom 1. April 1910 wurde das VOK errichtet.

Die neue Militärveterinärordnung vom 17. Mai 1910 schaffte die Hufbeschlagsprüfung ab; der Ableistung des Dienstjahres in zwei zeitlich getrennten Hälften wurde stattgegeben.

VI. ANMERKUNGEN

1. Ludwig NEBEL (1772 bis 1854) bezog mit erst 16 $\frac{1}{2}$ Jahren die Universität und studierte seit 1788 Medizin in Gießen und Jena. Am 12. Dezember 1793 promovierte er in Gießen zum Dr. med., wo er 1794 Prosektor am Theatrum anatomicum und Privatdozent wurde und außerdem ab 1797 den Dienst als Garnisonmedicus versah. Im Jahre 1795 wurde NEBEL eine Studienreise gewährt und ein Stipendium in Höhe von 300 Gulden bewilligt "in gnädigstem Vertrauen, daß er vorzüglich die Vieharzneiwissenschaft studiere und in dieser Absicht bei auswärtigen Instituten nebst den theoretischen auch praktische Kenntnisse zu sammeln sich bemühen wird". Er reiste nach Wien zur dortigen Tierarzneischule, weiter nach Gestüten in Ungarn, an die tierärztliche Anstalt von Tögl in Prag, an die Tierarzneischulen in Dresden, Berlin und Hannover. Im Oktober 1796 kehrte NEBEL auf seine Gießener Prosektur zurück. 1798 wurde er dritter ordentlicher Professor der Arzneikunde. Bei seinem Dienstantritt gab er eine kleine Schrift heraus "De nosologia brutorum cum hominum morbis comparata". Da aber damals bei weitem noch keine so starke Spezialisierung der Lehrgebiete bestand, vertrat NEBEL auch pathologische Anatomie, gerichtliche Medizin und Tierheilkunde. Anfangs waren seine tierarzneikundlichen Vorlesungen vorwiegend für Studierende der Medizin, besonders für künftige Physici, gedacht, damit sie den ihnen zugewiesenen Aufgaben bei der Tierseuchenbekämpfung nicht ganz fremd gegenüberstanden. Reguläre Ausbildung von künftigen gebildeten Tierärzten durch NEBEL fand erst in Zusammenarbeit mit VIX von 1828 ab statt (10).

2. Karl Wilhelm VIX (1802 bis 1866) wurde durch seinen Taufpaten, den großherzoglich-hessischen Stallmeister GEBHARDT, dem Landgrafen CHRISTIAN empfohlen, der ihm einen höheren Schulunterricht erteilen ließ, ihn bei seinen Studien unterstützte und in seine Dienste nahm. Von 1816 bis 1818 hatte er Unterricht bei dem großherzoglichen Marstalltierarzt BRITSCH; 1819 und 1820 besuchte er die Tierarzneischule Hannover, 1821 und 1822 die Universität Wien. Nach dem tierärztlichen Examen im Herbst 1822 studierte er in Göttingen Medizin, wo er die medizinische Prüfung 1826 bestand. Dort erwarb er auch die Doktorwürde der Medizin. Im Winter 1826/27 unternahm er eine ausgedehnte Studienreise nach Frankreich, England, Holland, Norddeutschland und Berlin. Dann kehrte er nach Darmstadt zurück.

VIX wurde nach vielen Mühen und Angriffen der Schöpfer des ersten Gießener tierärztlichen Instituts und Unterrichts zur Ausbildung von akademisch gebildeten Tierärzten, und zwar innerhalb der Medizinischen Fakultät der Universität Gießen.

Im Jahre 1828 hielt VIX seine Vorlesungen in einem Zimmer des Theatrum anatomicum, in der Reitbahn und in einem Stall. Am 4. August 1829 zeigte die Provinzialregierung in Oberhessen die Eröffnung des allgemeinen Tierspitals durch Dr. VIX im Zimmerhof, den VIX mietete, allen Landräten und Physici der Provinz an und empfahl das Tierspital durch Rundschreiben. Die tierärztliche Behandlung war unentgeltlich.

Von grundlegender vorbildlicher Bedeutung für die Entwicklung der Veterinärmedizin wurde die großherzogliche Verordnung vom 21. Mai 1830, die im wesentlichen von VIX und den Mitgliedern der Medizinischen Fakultät erarbeitet wurde. Der Wortlaut (10):

- "1) Jeder, welcher auf der Landesuniversität Thierarzneikunde studieren will, muß den über die Vorbereitung zum akademischen Studium überhaupt geltenden Verordnungen Genüge leisten, also namentlich, wenn er nicht ein Landesgymnasium während der vorgeschriebenen Zeit besucht hat, hiervon Dispensation erwirken und sich der Maturitätsprüfung unterwerfen.
- 2) Diejenigen, welche die Erlaubniss zur Ausübung der Thierheilkunde erhalten wollen, müssen sich einer Prüfung vor der Medizinischen Fakultät zu Gießen, - welche zu dem Ende einen theoretischen und praktischen Thierarzt als Mitglied mit Stimme für die Prüfung der Kandidaten der Thierarzneikunde in ihrer Mitte zählen wird, - unterwerfen, und es kann jene Erlaubniss zur Ausübung der Thierarzneikunde nur denen erteilt werden, welche sich durch ein Zeugnis der Fakultät über ihre in einem Examen erprobten Fähigkeiten auszuweisen im Stande sind. So versteht sich hierbei von selbst, daß diejenigen Kandidaten, welche nicht auf der Landesuniversität studiert haben, zu diesem Examen nicht zugelassen werden können, als bis sie nachgewiesen, daß sie den unter Nummer 1 dieser Verordnung bemerkten Vorschrift Genüge geleistet haben.
- 3) Diejenigen Thierärzte, welche in diesem Fach im Staatsdienst angestellt zu werden wünschen, sind verbunden, außer dem unter Nummer 2 bemerkten Examen sich vor dem Medizinalcollegium auch noch dem sogenannten Staatsexamen, - welches sich hauptsächlich auf die Thierarzneikunde in polizeilicher und gerichtlicher Hinsicht erstreckt, - zu unterwerfen."

Mit jener Verordnung eilte man im Großherzogtum Hessen den Vorbildungs-, Studien- und Prüfungsbestimmungen in anderen Ländern weit voraus.

3. HORN, (7), S.449.
4. HORN, (7), S.461.
5. Dieses Korps war die älteste Jägertruppe des ehemaligen preußischen Heeres, gestiftet 1740 von FRIEDRICH dem GROSSEN beim Beginn seines ersten Feldzuges, um daraus junge Kundschafter und Kuriere zu gewinnen, zugleich mit der Bestimmung, daß die älteren ausgeschiedenen Feldjäger die Forstverwaltungsstellen zu übernehmen hätten.
6. Ein entfernter Verwandter erklärte sich als Erb-onkel für den Fall, daß SCHMALTZ bereit sei, in sein vereinsamtes Haus in Berlin zu ziehen.
7. Er promovierte am 15. Mai 1886 in Gießen zum Dr. med. vet. mit der Dissertation "Die Purkinje'schen Fäden im Herzen der Haussäugetiere".
8. Das EK I und II sowie das Ritterkreuz des Hohenzollernschen Hausordens mit Schwertern wurden ihm verliehen.
9. Die erste Nummer begann mit Jahrgang V, denn Jahrgang I-IV (1885-1888) erschienen unter dem Titel "Rundschau auf dem Gebiete der Tiermedizin".
10. ROLOFF, Friedrich, Tierarzt, geb. am 19. Mai 1830 in Badersleben bei Halberstadt, gest. am 22. Dezember 1885, studierte in Berlin, praktizierte in Sachsen und Westfalen, wurde 1862 Repetitor an der Tierarzneischule in Berlin, 1866 Professor in Halle, 1873 Departementstierarzt, 1876 Mitglied des kaiserlichen Gesundheitsamtes, 1877 auch ordentliches Mitglied der preußischen technischen Deputation für das Veterinärwesen und Professor an der Tierarzneischule in Berlin, deren Direktion er 1878 übernahm. Er veröffentlichte: Die Lungenseuchenimpfung (1866); Beurteilungslehre des Pferdes und der Arbeitsochsen (1870); Die Rinderpest (1870); Der Milzbrand, seine Entstehung und Bekämpfung (1883);

Handbuch der gerichtlichen Tierheilkunde (hrsg. von C. MÜLLER, 1888). Seit 1866 war er Mitherausgeber der "Mitteilungen aus der tierärztlichen Praxis im preußischen Staat" und seit 1878 des "Archivs für wissenschaftliche und praktische Tierheilkunde".

11. Der Breslauer Medizinalrat LONG vermittelte die Bekanntschaft. Richard SCHOETZ erklärte sich bereit, das Buch, allerdings ohne Honorar, zu verlegen.
12. Diese Auszeichnung verkündete der Landwirtschaftsminister von ARNIM anlässlich des Geburtstages Kaiser WILHELM II. am 27. Januar 1909 in einer Feier an der Tierärztlichen Hochschule zu Berlin. Die Festrede hielt Prof. REGENBOGEN (über die Geschichte der allgemeinen und örtlichen Anästhesie).
13. Beratung des landwirtschaftlichen Etats im Preußischen Abgeordnetenhaus.
Berliner tierärztl. Wschr. 5, 1889, S.46.
14. SCHMALTZ, (12), S.97.
15. SCHMALTZ, (27), S.81.
16. Wie sehr SCHMALTZ recht hatte, bewies der Mißerfolg der Petition des Apothekervereins um Einführung des Abiturientenexamens für die Pharmazeuten, welche mit dem Bemerken abgelehnt wurde, es seien derartige Erwägungen angesichts der Schulreform zu vertagen.
17. SCHMALTZ, (31), S.311.
18. Abiturienten der neunklassigen lateinlosen Oberrealschule hat die Medizin seit 1905 auch akzeptieren müssen, Realgymnasiasten schon 1899, zu den Rechtswissenschaften sind Oberrealschulabiturienten seit 1902 zugelassen.
19. SCHMALTZ, (18), S.97.

20. "Zeitungsnachricht".
Berliner tierärztl. Wschr. 9, 1893. S.558.
21. Beschluß der Reichstagskommission zur Beratung
der Viehseuchengesetznovelle.
Berliner tierärztl. Wschr. 10, 1894, S.47.
22. Die Behandlung von Petitionen im Parlament war
folgende: Das Haus ging zur Tagesordnung über,
was Ablehnung bedeutete, oder es überwies die
Petition der Regierung als Material oder zur
Erwägung oder zur Berücksichtigung.
Material bedeutete eine bedingte Anerkennung,
Erwägung eine Empfehlung und Berücksichtigung
ein Verlangen des Parlamentes.
23. SCHMALTZ, (17), S.100.
24. Die Abiturientenfrage in Deutschland.
Berliner tierärztl. Wschr. 17, 1901, S.608.
25. Abiturientenexamen.
Berliner tierärztl. Wschr. 18, 1902, S.382.
26. Die Reform des tierärztlichen Unterrichts
in Österreich.
Berliner tierärztl. Wschr. 13, 1897, S.201.
27. HORN, (7), S.463.
28. Bekanntmachung betreffend die Prüfung der
Aerzte, Zahnärzte, Thierärzte, und Apotheker.
Vom 25. September 1869.
Magazin für die gesammte Thierheilkunde,
35, 1869, S.501 - 504.
- 28a. Bekanntmachung betreffend die Prüfungsordnung
für Tierärzte vom 27. März 1878.
Arch. wiss. prakt. Tierhk. 4, 1878, S.368 - 393.
29. SCHMALTZ, (24), S.29.
30. Bekanntmachung betreffend die Prüfungsordnung
für Tierärzte vom 24. Dezember 1912.
Arch. wiss. prakt. Tierhk. 39, 1913, S.268 - 287.
31. SCHMALTZ, (23), S.11.

32. SCHMALTZ, (23), S.13.
33. Die neue Prüfungsordnung.
Berliner tierärztl. Wschr. 41, 1925, S.656 - 676.
34. BUSCH wurde am 5. Juli 1755 geboren und
starb am 8. April 1835.
35. SCHMALTZ, (32), S.276.
36. SCHMALTZ, (13), S.67.
37. Die Kabinettsorder betr. Promotionsrecht.
Berliner tierärztl. Wschr. 26, 1910, S.777.
38. Zur Erwerbung des Dokortitels außerhalb
Deutschlands.
Berliner tierärztl. Wschr. 13, 1897, S.202.
39. Zur Promotion der Tierärzte mit Primareife
in Preußen.
Berliner tierärztl. Wschr. 36, 1920, S.119 - 129.
Promotion in Bayern.
Berliner tierärztl. Wschr. 36, 1920, S.342.

VII. L I T E R A T U R V E R Z E I C H N I S

1. ADAL, Theodor: Wschr. Tierhk., 16, 1872, S.233.
2. ----, Wschr. Tierhk., 18, 1874, S.194.
3. DIECKERHOFF, Wilhelm: Gedächtnisrede auf Eduard
v. Marcard.
Berliner tierärztl. Wschr., 9,
1893, S.535 - 537.
4. FROEHNER, Reinhold: Kulturgeschichte der Tierheilkunde,
1954, S.51 - 337.
5. GURLT, Ernst Frie- Magazin für die gesamte
drich u. HERTWIG, Tierheilkunde, 39,
Carl Heinrich: 1873, S.234.
6. HOFFMANN, Kurt: Bericht der Petitionskommission
des Reichstages für das Plenum,
betr. Abiturientenexamen.
Berliner tierärztl. Wschr., 16,
1900, S.260- 262.
7. HORN, Wilhelm: Das preußische Medizinalwesen,
Berlin 1863, S.447 - 480.
8. LOTHES, Rudolf u. Bericht über den VIII. Interna-
SCHWALTZ, Reinhold: tionalen Tierärztlichen Kongreß
in Budapest, 3,
1905, S.312.
9. RIECK, Wilhelm: Anfänge der Tierheilkunst
in Berlin.
Berliner Med., 14, 1963, S.417 - 418.
10. SCHAUDER, Wilhelm: Zur Geschichte der Veterinärmedi-
zin an der Universität und Justus
Liebig-Hochschule Gießen. Fest-
schrift zur 350-Jahrfeier, Gießen,
1957, S.96 -173.
11. SCHWALTZ, Reinhold: Das Abiturientenexamen.
Berliner tierärztl. Wschr., 18,
1902, S.51 - 53.

12. SCHMALTZ, Reinhold: Das Abiturientenexamen und die Zahl der Tierärzte. Berliner tierärztl. Wschr., 5, 1889, S.97 - 101.
13. ----, Bericht über die IX. Plenarversammlung der Centralvertretung der tierärztlichen Vereine Preussens zu Berlin, 1909. Berliner tierärztl. Wschr., 15, 1909, S.63 - 67 (Beilage).
14. ----, Besprechung über das Militär-veterinärwesen. Bericht über die IX. Plenarversammlung des Deutschen Veterinärrates zu München. München, 1902, S.254 - 260.
15. ----, Ein Plebiszit. Berliner tierärztl. Wschr., 26, 1910, S.269 - 271.
16. ----, Eine Sylvesterfreude. Berliner tierärztl. Wschr., 15, 1899, S.631 - 632.
17. ----, Erneute Maßnahmen zur Herbeiführung des Abiturientenexamens. Bericht über die VIII. Plenarversammlung des Deutschen Veterinärrates zu Kassel, 1897, S.98 - 105.
18. ----, Die Forderung der Maturität für die tierärztlichen Kandidaten. Bericht über die VII. Plenarversammlung des Deutschen Veterinärrates zu Berlin, 1893, S.91 - 108.
19. ----, Führung des in der Schweiz erworbenen Dr. med. vet. Bericht über die XII. Plenarversammlung des Deutschen Veterinärrates zu Hamburg, 1911, S.426 - 442.
20. ----, Hochschulkonferenz zu Eisenach. Berliner tierärztl. Wschr., 23, 1907, S.218 - 221.

21. SCHLALTZ, Reinhold: Ist es angezeigt, den Herrn Kriegsminister um eine Abänderung der Bedingungen für die Aufnahme von Militärarztelaven zu bitten?
V. Sitzung der Centralvertretung der tierärztlichen Vereine Preußens zu Berlin, 1895.
Berliner tierärztl. Wschr., 11, 1895, S.301 - 303.
22. ----, Die neue Militär veterinärordnung.
Berliner tierärztl. Wschr., 22, 1906, S.715 - 718.
23. ----, Die Neuregelung der tierärztlichen Prüfungsordnung.
Berliner tierärztl. Wschr., 40, 1924, S.10 - 16 (Beilage).
24. ----, Privatdozententum und Professorenersatz.
Bericht über die XII. Plenarversammlung zu Hamburg, 1911, S.23 - 62.
Promotionsrecht.
25. ----, Bericht über die XI. Plenarversammlung des Deutschen Veterinär rates zu Stuttgart, 1909, S.160 - 188.
26. ----, Das Promotionsrecht der tierärztlichen Hochschulen.
Berliner tierärztl. Wschr., 22, 1906, S.264 - 269.
27. ----, Die Schulreform und die tierärztliche Vorbildung.
Berliner tierärztl. Wschr., 7, 1891, S.81 - 87.
28. ----, Die tierärztliche Prüfungsordnung.
Berliner tierärztl. Wschr., 19, 1903, S.368 - 372.
29. ----, Verbesserung der praktischen Ausbildung der Tierärzte.
Berliner tierärztl. Wschr., 25, 1909, S.1 - 5.

VIII. A N L A G E N

B e k a n n t m a c h u n g

betreffend die Prüfung der Aerzte, Zahnärzte, Thierärzte,
und Apotheker. Vom 25. September 1869.

(Bundes-Gesetzblatt des Norddeutschen Bundes Nd. 34).

III. Vorschriften über die Prüfung der Thierärzte.

§.1.

Die Approbation darf nur denjenigen Kandidaten ertheilt werden, welche die nachstehend beschriebene thierärztliche Prüfung in allen ihren Abschnitten bestanden haben.

§.2.

Die thierärztliche Prüfung ist bei einer Norddeutschen Thierarzneischule abzulegen. Die Prüfungsbehörde besteht aus dem Direktor und dem Lehrerkollegium der betreffenden Thierarzneischule. Der zuständigen Centralbehörde bleibt vorbehalten, die Prüfungsbehörde durch geeignete Thierärzte zu ergänzen.

§.3.

Die Zulassung zur Prüfung ist bedingt durch die Reife für Secunda eines Norddeutschen Gymnasiums oder einer Norddeutschen Realschule und durch den Nachweis, dass während eines mindestens dreijährigen Besuches Norddeutscher Thierarzneischulen sämtliche Disziplinen des thierärztlichen Studiums absolvirt worden sind.

§.4.

Die Kandidaten haben sich unter Vorlegung des Abgangszeugnisses von der Thierarzneischule, der Nachweise über die gehörten Vorlesungen und eines Lebenslaufes in der Zeit vom 1. April bis spätestens 1. Juli jeden Jahres bei der zuständigen Behörde zu melden, welche über ihre Zulassung zur Prüfung entscheidet.

§.5.

Die Prüfung zerfällt in drei selbständige Prüfungsabschnitte, nämlich die klinische, die technisch-operative und die Schlussprüfung.

§.6.

In der klinischen Prüfung sind jedem Kandidaten zwei kranke Thiere zur Untersuchung, Feststellung der Diagnose und Behandlung auf mindestens drei Tage zu überweisen. Ueber jeden der beiden Fälle hat der Kandidat, nach Untersuchung und Feststellung der Krankheit, eine Krankheitsgeschichte in wissenschaftlicher Form unter Klausur auszuarbeiten, und ein ordnungsmässiges Krankenjournal zu führen. Die mündliche Prüfung über beide Fälle findet erst nach der schriftlichen Bearbeitung statt.

Die angewendeten Arzneien hat der Kandidat selbst anzufertigen. Durch den Lehrer der Pharmazie ist der Kandidat besonders in der Warenkunde, sowie in der pharmazeutischen Chemie und Technik zu prüfen.

Die Commission besteht aus drei Examinatoren.

§.7.

Der zweite Prüfungsabschnitt erstreckt sich auf Anatomie, Akiurgie und Hufbeschlag und umfasst

1) in der Anatomie:

- a) Lage der Theile (Situs),
- b) Anfertigung eines Präparats,
- c) Erläuterung eines oder mehrerer Präparate ex Tempore;

2) in der Akiurgie:

Drei verschiedene Operationen, nach der Demonstration praktisch auszuführen;

3) im Hufbeschlag:

- a) praktische Ausführung eines Beschlages,
- b) Beschlag kranker Hufe.

Die Prüfungs-Commission besteht auch hier aus drei Examinatoren für jede Unterabtheilung.

§.8.

Gegenstand der Schlussprüfung sind alle thierärztlichen Fächer, soweit sie nicht schon in den beiden früheren Prüfungsabschnitten spezieller Gegenstand der Prüfung gewesen sind.

Die Prüfung wird in Gegenwart der ganzen Kommission von vier Mitgliedern derselben abgehalten. Mehr als vier Kandidaten dürfen zu einem Termine nicht zugelassen werden.

§.9.

Zu einem folgenden Prüfungsabschnitt darf nur derjenige Kandidat zugelassen werden, welcher im vorhergehenden Prüfungsabschnitt bestanden hat.

§.10.

Die Censuren sind je nach dem Ausfall "vorzüglich gut", "sehr gut", "gut", "mittelmässig", "schlecht". Die drei ersten erklären den Kandidaten für bestanden. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende.

Die Schlusscensur wird aus den Censuren der drei Prüfungsabschnitte gezogen. Die Schlusscensur "vorzüglich gut" darf nur ertheilt werden, wenn der Kandidat sich in allen einzelnen Gegenständen der Prüfung eine höhere Censur als "gut" erworben hat.

§.11.

Die protokollarischen Verhandlungen über jeden Kandidaten sind der zuständigen Centralbehörde Behufs Ertheilung der Approbation oder Behufs Zulassung zur Wiederholung der nicht bestanden Prüfung vorzulegen.

Der Verhandlung über den ersten Abschnitt sind die von dem Kandidaten ausgearbeiteten Krankheitsgeschichten in Urschrift, und der Bericht über die bei Gelegenheit der klinischen Prüfung abgehaltene praktisch-pharmazeutische Prüfung beizulegen.

In dem Protokoll über den zweiten Abschnitt sind die

in den einzelnen Unterabtheilungen gestellten oder durch das Loos gezogenen Aufgaben namhaft zu machen, desgleichen in dem Protokoll über den dritten Abschnitt die von jedem Examiner herangezogenen Prüfungsgegenstände anzugeben.

§.12.

Die beiden ersten Prüfungsabschnitte sind im Laufe des Sommersemesters abzuhalten, so dass die Schlussprüfung mit dem Schluss des Unterrichtsjahres ihren Anfang nehmen kann.

§.13.

Die Prüfungsgebühren werden von der zuständigen Centralbehörde bestimmt.

§.14.

Nach dem Schlusse jedes Prüfungsjahres sind die Namen der Approbirten von der betreffenden Centralbehörde dem Bundesrathe des Norddeutschen Bundes anzuzeigen.

§.15.

Die vorstehenden Bestimmungen finden keine Anwendung auf die Prüfung der lediglich für den Dienst in der Bundesarmee bestimmten Rossärzte.

Berlin, den 15. September 1869.

Der Kanzler des Norddeutschen-Bundes

In Vertretung.

(gez.) Dellbrück.

Thierärztlicher-Approbationsschein.

Nachdem Herr aus
die thierärztliche Prüfung vor der
Examinations-Kommission zu
bestanden hat, wird ihm hierdurch

die Approbation als Thierarzt

im Gebiete des Norddeutschen-Bundes

in Gemässheit von §.29. der Gewerbe-Ordnung des
Norddeutschen-Bundes ertheilt.

B e k a n n t m a c h u n g ,
betreffend

d i e P r ü f u n g d e r T h i e r ä r z t e .

Auf Grund der Bestimmungen im § 29 der Gewerbe-Ordnung vom 21. Juni 1869 (Bundes Gesetzbl. S. 245) hat der Bundesrath beschlossen, wie folgt:

I. Centralbehörden, welche Approbationen erteilen.

§. 1.

Zur Ertheilung der Approbation als Thierarzt für das Reichsgebiet sind nur die Centralbehörden derjenigen Bundesstaaten befugt, welche eine oder mehrere thierärztliche Lehranstalten haben, mithin zur Zeit die zuständigen Ministerien von Preussen, Bayern, Königreich Sachsen, Württemberg und Hessen.

Die Approbation wird nach dem beigefügten Formular ausgestellt.

II. Vorschriften über den Nachweis der Befähigung.

§. 2.

Die Approbation als Thierarzt darf nur denjenigen Kandidaten ertheilt werden, welche die thierärztliche Prüfung vollständig bestanden haben.

§. 3.

Die Prüfung besteht in der naturwissenschaftlichen Prüfung (§§. 5 bis 11) und in der thierärztlichen Fachprüfung (§§. 12 bis 23).

§. 4.

Die Ablegung der Prüfung hat bei einer deutschen thierärztlichen Lehranstalt zu erfolgen.

Die Prüfungsbehörde besteht aus dem Director und dem Lehrerkollegium der Anstalt unter Hinzutritt derjenigen Personen, welche von der zuständigen Centralbehörde etwa noch beigeordnet werden.

Die Zusammensetzung der Commissionen für die Prüfung in den einzelnen Prüfungsfächern geschieht nach Massgabe der Anordnungen der zuständigen Centralbehörde.

Die obere Leitung der gesammten Prüfungsverhandlungen liegt dem Director der Anstalt ob.

§. 5.

A. N a t u r w i s s e n s c h a f t l i c h e
P r ü f u n g ,

1. Bedingungen der Zulassung.

Die Zulassung zur naturwissenschaftlichen Prüfung ist bedingt durch den Nachweis, dass der Candidat

- a) die erforderliche wissenschaftliche Vorbildung besitzt. - Derselbe ist zu führen durch das Zeugnis der Reife für die Prima eines Gymnasiums oder einer Realschule erster Ordnung, bei welcher das Latein obligatorischer Unterrichtsgegenstand ist, oder einer durch die zuständige Centralbehörde als gleichstehend anerkannten höheren Lehranstalt; -
- b) nach erlangter wissenschaftlicher Vorbildung mindestens drei Semester hindurch thierärztliche oder andere höhere wissenschaftliche deutsche Lehranstalten besucht hat.

§. 6.

2. Meldung.

Die Termine für die Meldung zur naturwissenschaftlichen Prüfung, sowie für die Abhaltung der letzteren werden für jede thierärztliche Lehranstalt durch den Director festgestellt.

Die Meldung hat unter Beifügung beglaubigter Zeugnisse über die Erfüllung der Bedingungen der Zulassung (§. 5. a und b) bei dem Director zu erfolgen.

§. 7.

3. Prüfungsfächer und Verfahren bei der Prüfung.

Die Fächer, auf welche sich die Prüfung zu erstrecken hat, sind;

Anatomie der Hausthiere mit Einschluss der Histologie, Physiologie, Botanik, Chemie, Physik, Zoologie.

Die Prüfung ist mündlich und öffentlich; dieselbe hat den Zweck, zu ermitteln, ob der Candidat die für das Studium der thierärztlichen Fächer erforderlichen Kenntnisse in den genannten naturwissenschaftlichen Disciplinen besitzt.

Die Prüfung darf zu gleicher Zeit mit mehr als vier Candidaten nicht vorgenommen werden.

Die Prüfungskommission besteht aus dem Director der thierärztlichen Lehranstalt als Vorsitzenden und mindestens drei Mitgliedern.

Über den Verlauf der Prüfung eines jeden Candidaten wird ein vollständiges Protocoll für jedes einzelne Prüfungsfach aufgenommen und von der Commission vollzogen.

§. 8.

Die Prüfung in der Chemie und Physik im tentamen physicum der Mediciner oder in der pharmaceutischen Approbationsprüfung kann als Aequivalent der entsprechenden Fächer der naturwissenschaftlichen Prüfung an den thierärztlichen Lehranstalten anerkannt werden.

§. 9.

4. Feststellung des Ergebnisses.

Ueber den Ausfall der Prüfung in jedem der vorbezeichneten Fächer (§. 7) wird eine Censur ertheilt. Die anzuwendenden Bezeichnungen sind: sehr gut (1) - gut (2) - genügend (3) - ungenügend (4) - schlecht (5) -.

Die Censuren in den einzelnen Prüfungsfächern werden von der Prüfungscommission durch Stimmenmehrheit festgestellt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Der Candidat hat die Prüfung bestanden, wenn er in jedem einzelnen Prüfungsfache mindestens die Censur "genügend" erhalten hat.

Als Schlusscensur darf "sehr gut" nur gegeben werden, wenn der Candidat in der Mehrzahl der Prüfungsfächer "sehr gut" und in allen übrigen Fächern "gut";

die Schlusscensur "gut" nur dann, wenn er in der Mehrzahl der Prüfungsfächer "gut" oder wenigstens in der Hälfte der Fächer "sehr gut", und in allen übrigen mindestens "genügend" bestanden hat.

Die Schlusscensur "genügend" ist zu ertheilen, wenn der Candidat in der Mehrzahl der Prüfungsfächer die Censur "genügend" und in keinem Fache die Censur "ungenügend" oder "schlecht" erhielt.

Die Schlusscensur "ungenügend" wird ertheilt, wenn der Candidat nicht in allen Prüfungsfächern mindestens

"genügend" bestand.

Hat der Candidat in mehr als zwei Prüfungsfächern "ungenügend", oder in mehr als einem Prüfungsfache "schlecht", oder in einem Prüfungsfache "schlecht" und in einem anderen "ungenügend" erhalten, so darf nur die Schlusscensur "schlecht" erteilt werden.

§. 10.

5. Wiederholung.

Hat der Examinand die Schlusscensur "ungenügend" erhalten, so ist ihm die Wiederholung der Prüfung nach Ablauf von drei Monaten zu gestatten; dieselbe erstreckt sich nur auf diejenigen Fächer, in welchen der Candidat in der ersten Prüfung "ungenügend" oder "schlecht" bestanden hat.

Bei der Schlusscensur "schlecht" ist die Wiederholung erst nach Ablauf eines Jahres zulässig und auf sämtliche Prüfungsfächer auszudehnen.

Eine mehr als einmalige Wiederholung der Prüfung ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der zuständigen Centralbehörde statthaft.

§. 11.

6. Gebühren.

Die Gebühren für die naturwissenschaftliche Prüfung betragen 20 Mark, für die Wiederholung der Prüfung in einzelnen Fächern 10 Mark.

§. 12.

B. F a c h p r ü f u n g .

1. Bedingungen der Zulassung.

Die Zulassung zur Fachprüfung ist bedingt durch den Nachweis, dass der Candidat

- a) die naturwissenschaftliche Prüfung bestanden,
- b) nach deren Ablegung mindestens 3 Semester deutsche thierärztliche Lehranstalten, im ganzen aber mindestens 7 Semester thierärztliche oder andere höhere wissenschaftliche deutsche Lehranstalten besucht und auf denselben das Studium der nachstehend verzeichneten Fächer erledigt hat:

Anatomie der Hausthiere und Histologie, nebst
anatomischen und histologischen Uebungen,
Physiologie,
Botanik, (Anatomie und Physiologie der Pflanzen,
Uebersicht der Systeme, Uebungen im Bestimmen
der Pflanzen),
Chemie, anorganische und organische mit Uebungen,
Physik,
Zoologie,
Allgemeine Pathologie und Therapie,
Materia medica nebst Toxikologie,
Pharmakologie und pharmaceutische Uebungen,
Pathologische Anatomie nebst pathologisch-
anatomischen Demonstrationen und Sectionen,
Specielle Pathologie und Therapie,
Chirurgie,
Akiurgie nebst Operationsübungen,
Theorie des Hufbeschlages nebst praktischen
Uebungen,
Diätetik,
Thierzuchtlehre nebst Gestützkunde,
Geburtshülfe nebst Uebungen am Phantom.
Lehre vom Exterieur des Pferdes und der übrigen
Arbeitsthiere,
Veterinairpolizei (mit Berücksichtigung der öffentlichen
Gesundheitspflege) und Seuchenlehre,
Gerichtliche Thierarzneikunde,
Geschichte der Thierheilkunde,
Spitalklinik (als Praktikant),
Ambulatorische Klinik.

§. 13.

2. Meldung.

Die Termine für die Meldung zur Fachprüfung, sowie für die Abhaltung der letzteren, werden für jede thierärztliche Lehranstalt durch die zuständige Centralbehörde festgestellt.

Die Meldung hat unter Beifügung beglaubigter Zeugnisse über die Erfüllung der Bedingungen der Zulassung (§. 12. a und b) und eines kurzen Lebenslaufs bei dem Director zu erfolgen.

Die Termine für die Abhaltung der einzelnen Prüfungsabschnitte (§. 14) bestimmt der Director.

§. 14.

3. Prüfungsabschnitte und Verfahren bei der Prüfung.

Die Prüfung ist öffentlich. Dieselbe zerfällt in folgende Abschnitte:

- I. die anatomische, physiologische und pathologisch-anatomische Prüfung;
- II. die klinische Prüfung:
 1. die medicinisch-klinische,
 2. die chirurgisch-klinische,
 3. die operative,
 4. die pharmaceutische;
- III. die Schlussprüfung.

§. 15.

Die Prüfung in den einzelnen Prüfungsabschnitten hat in unmittelbarer Aufeinanderfolge und bei ein und derselben Prüfungsbehörde stattzufinden.

Zu einem folgenden Prüfungsabschnitte darf jedoch nur derjenige Candidat zugelassen werden, welcher den vorhergehenden bestanden hat.

§. 16.

In der anatomischen, physiologischen und pathologisch-anatomischen Prüfung (§. 14. I.) hat der Candidat:

1. eine der Körperhöhlen irgend eines Thieres im Beisein der Examinatoren zu öffnen und deren Inhalt zu demonstrieren;
2. ein osteologisches und ein splanchnologisches Präparat ex tempore zu beschreiben und zu erläutern,
3. ein anatomisches Präparat unter Klausur oder Aufsicht anzufertigen und zu demonstrieren;
4. ein histologisches Präparat vor den Augen der Examinatoren anzufertigen und zu erklären;
5. eine physiologische Aufgabe ex tempore durch mündlichen Vortrag abzuhandeln;
6. entweder die Section der Leiche eines kranken Thieres bzw. einer Körperhöhle auszuführen, oder ein pathologisch-anatomisches Präparat zu demonstrieren, und in beiden Fällen den Befund zu Protokoll zu dictiren; ferner ein pathologisch-anatomisches Präparat für das Mikroskop anzufertigen und zu demonstrieren.

Die anatomischen und physiologischen Aufgaben werden von den Candidaten durch das Loos gezogen.

Die Commission für diesen Abschnitt besteht aus drei Examinatoren.

§. 17.

In der klinischen Prüfung (§. 14.II.) hat der Candidat:

1. ein ihm in der Regel auf drei Tage zu überweisendes, an einer inneren Krankheit leidendes Thier zu untersuchen und nach Feststellung der Diagnose zu behandeln;

2. ein an einer chirurgischen Krankheit leidendes Thier zu untersuchen und nach Feststellung der Diagnose mindestens 3 Tage lang zu behandeln.

In beiden Fällen hat der Candidat sofort eine Krankheitsgeschichte in wissenschaftlicher Form unter Klausur auszuarbeiten.

Die mündliche Prüfung über jeden Fall findet erst nach der schriftlichen Bearbeitung statt.

Die bei der Behandlung anzuwendenden Arzneien hat der Candidat selbst anzufertigen.

Ferner hat der Candidat,

3. drei Operationen, von denen sich eine auf den practischen Hufbeschlag beziehen muss, zu demonstrieren und practisch auszuführen"
4. zwei ihm vorzulegende frische oder getrocknete officinelle Pflanzen oder Pflanzentheile zu demonstrieren, auch zwei ihm vorzulegende chemisch-pharmaceutische Präparate nach Bestandtheilen, Darstellung u. s. w. zu erklären. Ausserdem hat der Candidat in Gegenwart der Examinatoren zwei ihm gestellte Aufgaben zur Verschreibung verschiedener Arzneiformen schriftlich zu lösen und über die Wirkung und Anwendung einzelner Arzneimittel Auskunft zu geben.

Die Operationen (3), sowie die zu demonstrierenden pflanzlichen und chemisch-pharmaceutischen Präparate (4) werden durch das Loos bestimmt.

Die Prüfungscommission für jedes Prüfungsfach (1 - 4) besteht aus zwei Examinatoren.

§. 18.

Die Schlussprüfung (§. 14. III.) kann sich auf alle thierärztlichen Fächer erstrecken, soweit sie nicht schon in den vorangegangenen Prüfungsabschnitten specieller

Gegenstand der Prüfung gewesen sind.

Die Prüfung darf zu gleicher Zeit mit mehr als vier Candidaten nicht vorgenommen werden. Dieselbe ist unter dem Vorsitz des Directors durch mindestens drei Examinatoren zu bewirken.

Jeder Examiner hat auf die Prüfung des einzelnen Candidaten eine Zeit von 10 - 15 Minuten zu verwenden.

§. 19.

Ueber die mündlichen Prüfungen jedes Candidaten wird ein besonderes Protocoll unter Anführung der Prüfungsgegenstände aufgenommen und von dem Vorsitzenden und den betheiligten Examinatoren vollzogen.

§. 20.

4. Feststellung des Ergebnisses.

Für jedes Prüfungsfach wird eine Censur und für jeden Prüfungsabschnitt eine Hauptcensur ertheilt.

Die Censuren für die einzelnen Prüfungsfächer werden von demjenigen Mitgliede der Prüfungscommission, welches das betreffende Fach vertritt, vorgeschlagen und durch Stimmenmehrheit festgestellt; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Fachlehrers.

Die Bezeichnung und Feststellung der Censuren erfolgt im übrigen nach den im §. 9 gegebenen Vorschriften.

§. 21.

5. Wiederholung.

Hat der Examinand in einem der Prüfungsabschnitte die Hauptcensur "ungenügend" erhalten, so kann ihm die Wiederholung der Prüfung bereits nach Ablauf von 4 Wochen gestattet werden, falls er nur in einem Prüfungsfache

"ungenügend" bestanden hat; anderen Falles ist die Wiederholung erst nach Ablauf von 6 Monaten zulässig.

Bei der Hauptcensur "schlecht" darf die Wiederholung der Prüfung erst nach Ablauf eines Jahres stattfinden.

Die Wiederholung erstreckt sich, wenn der Candidat nur in einem Prüfungsfache eine geringere Censur als "genügend" erhalten hat, auf das betreffende Fach, andernfalls auf den Prüfungsabschnitt.

Die Wiederholung muss spätestens in dem folgenden Prüfungsjahre stattfinden, widrigenfalls sie sich auch auf die früher bestandenen Theile der Prüfung zu erstrecken hat.

Eine mehr als einmalige Wiederholung der Fachprüfung ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der zuständigen Centralbehörde statthaft.

§. 22.

Die schriftlichen Prüfungsarbeiten und Prüfungsprotocolle sind nach jeder Prüfung der zuständigen Centralbehörde einzusenden.

§. 23.

6. Gebühren.

Die Gebühren für die Fachprüfung betragen 60 Mark. Hiervon entfallen auf jeden Prüfungsabschnitt und auf Verwaltungskosten je 15 Mark.

Tritt ein Candidat während der Prüfung zurück, so werden ihm die Gebühren für diejenigen Abschnitte, in denen er die Prüfung noch nicht begonnen hat, wiedererstattet.

§. 24.

C. S c h l u s s c e n s u r .

Die Schlusscensur wird ertheilt, nachdem die Prüfung

in sämtlichen Abschnitten bestanden ist. Dieselbe wird auf Grund der Censuren für die einzelnen Fächer der Fachprüfung von sämtlichen bei der letzteren betheiligten gewesen Examinatoren durch Stimmenmehrheit festgestellt.

Die Censuren, welche ertheilt werden dürfen, sind "sehr gut" (1), "gut" (2) und "genügend" (3).

Die Feststellung des Prädikats erfolgt nach den im §. 9 gegebenen Vorschriften.

III. S c h l u s s - u n d Ü b e r g a n g s - b e s t i m m u n g e n .

§ 25.

Der Reichskanzler ist ermächtigt, in Ausnahmefällen in Uebereinstimmung mit der zuständigen Landesregierung von einzelnen der Bedingungen für die Zulassung zu Prüfungen (§§. 5 und 12) Dispensation zu ertheilen.

§. 26.

Nach dem Schluss der Fachprüfung im Sommerhalbjahr werden die Namen der im letzten Jahre Approbirten von der die Approbation ausstellenden Behörde dem Reichskanzler-Amt mitgetheilt.

§. 27.

Die gegenwärtigen Bestimmungen treten mit dem 1. October 1879 in Kraft.

Diejenigen Candidaten der Thierheilkunde, welche bereits vor dem 1. October 1879 das Studium der Thierheilkunde begonnen haben, sind zu den Prüfungen auch dann zugelassen, wenn sie nur das im §. 3 III. der Bekanntmachung vom 25. September 1869 (Bundes-Gesetzbl. S. 635)

bezeichnete Mass wissenschaftlicher Vorbildung besitzen.

Von der Verpflichtung zur Ablegung der naturwissenschaftlichen Prüfung sind diejenigen Candidaten entbunden, welche bereits vor der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung an einer thierärztlichen Lehranstalt inscribirt sind, dieselben sind dagegen bei der Schlussprüfung auch in den Naturwissenschaften zu prüfen.

§. 28.

Die vorstehenden Bestimmungen finden auf die zum Dienste im Reichsheere bestimmten Rossärzte mit nachfolgenden Vorbehalten Anwendung:

- a) die Militär-Eleven sind von der Prüfung im Hufbeschlage zu entbinden, falls sie eine solche Prüfung an einer Militär-Rossarztschule oder an einer anderen thierärztlichen Lehranstalt bereits bestanden haben;
- b) dieselben sind, falls sie das Studium der Thierheilkunde vor dem 1. October 1881 beginnen, zu den Prüfungen auch dann zuzulassen, wenn sie nur das durch die bisherigen Vorschriften erforderte Mass wissenschaftlicher Vorbildung besitzen.

§. 29.

Alle früheren über die Prüfung der Thierärzte ergangenen Vorschriften sind aufgehoben.

Th i e r ä r z t l i c h e r
A p p r o b a t i o n s s c h e i n .

Nachdem Herr
aus
die thierärztliche Prüfung vor der Prüfungscommission
zu bestanden hat,
wird ihm hierdurch

die Approbation als Thierarzt

im Gebiete des Deutschen Reichs in Gemässheit des §. 29
der Gewerbe-Ordnung des Deutschen Reichs erteilt.

Berlin, den 27. März 1878.

Der Reichskanzler.

In Vertretung:

E c k .

II

Bekanntmachung, betreffend die Prüfung der Thierärzte.

Vom 13. Juli 1889.

(Centralblatt für das Deutsche Reich S. 421.)

Auf Grund der Bestimmungen im § 29 der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich hat der Bundesrath zu den Vorschriften über die Prüfung der Thierärzte (Bekanntmachung vom 27. März 1878, Centralblatt S. 160) mehrfache Abänderungen und Ergänzungen beschlossen. Der Wortlaut der Vorschriften, wie er sich hiernach gestaltet hat, wird mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniss gebracht, dass die nachfolgenden Vorschriften am 1. October d. J. in Kraft treten.

Berlin, den 13. Juli 1889.

Der Reichskanzler.

In Vertretung: v. Boetticher.

Vorschriften über die Prüfung der Thierärzte.

I. C e n t r a l b e h ö r d e n , w e l c h e
A p p r o b a t i o n e n e r t h e i l e n .

§. 1. Zur Ertheilung der Approbation als Thierarzt für das Reichsgebiet sind nur die Centralbehörden derjenigen Bundesstaaten befugt, welche eine oder mehrere thierärztliche Lehranstalten haben, mithin zur Zeit die zuständigen Ministerien von Preussen, Baiern, Königreich Sachsen, Württemberg und Hessen.

Die Approbation wird nach dem beigefügten Formular ausgestellt.

II. Vorschriften über den Nachweis der Befähigung.

§. 2. Die Approbation als Thierarzt darf nur denjenigen Candidaten ertheilt werden, welche die thierärztliche Prüfung vollständig bestanden haben.

§. 3. Die Prüfung besteht in der naturwissenschaftlichen Prüfung (§§ 5 bis 11) und in der thierärztlichen Fachprüfung (§§ 12 bis 23).

§. 4. Die Ablegung der Prüfung hat bei einer deutschen thierärztlichen Lehranstalt zu erfolgen.

Die Prüfungsbehörde besteht aus dem Director und dem Lehrerkollegium der Anstalt unter Hinzutritt derjenigen Personen, welche von der zuständigen Centralbehörde etwa noch beigeordnet werden.

Die Zusammensetzung der Kommissionen für die Prüfung in den einzelnen Prüfungsfächern geschieht nach Massgabe der Anordnungen der zuständigen Centralbehörde.

Die obere Leitung der gesammten Prüfungsverhandlungen liegt dem Direktor der Anstalt ob.

§. 5. A. Naturwissenschaftliche Prüfung. -

1. Bedingungen der Zulassung. Die Zulassung zur naturwissenschaftlichen Prüfung ist bedingt durch den Nachweis, dass der Candidat

a) die erforderliche wissenschaftliche Vorbildung besitzt. - Derselbe ist zu führen durch das Zeugnis der Reife für die Prima eines Gymnasiums oder Realgymnasiums, oder einer durch die zuständige Centralbehörde als gleichstehend anerkannten höheren Lehranstalt; -

b) nach erlangter wissenschaftlicher Vorbildung mindestens drei Semester hindurch thierärztliche oder andere höhere wissenschaftliche deutsche Lehranstalten besucht hat.

§. 6. 2. Meldung. Die Termine für die Meldung zur naturwissenschaftlichen Prüfung, sowie für die Abhaltung der letzteren werden für jede thierärztliche Lehranstalt durch den Direktor festgestellt.

Die Meldung hat unter Beifügung beglaubigter Zeugnisse über die Erfüllung der Bedingungen zur Zulassung (§ 5a und b) bei dem Direktor zu erfolgen.

§. 7- 3. Prüfungsfächer und Verfahren bei der Prüfung. Die Fächer, auf welche sich die Prüfung zu erstrecken hat, sind:

Anatomie der Hausthiere mit Einschluss der Histologie, Physiologie, Botanik, Chemie, Physik, Zoologie.

Die Prüfung ist mündlich und öffentlich; dieselbe hat den Zweck, zu ermitteln, ob der Candidat die für das Studium der thierärztlichen Fächer erforderlichen Kenntnisse in den genannten naturwissenschaftlichen Disziplinen besitzt.

Die Prüfung darf zu gleicher Zeit mit mehr als vier Candidaten nicht vorgenommen werden.

Die Prüfungskommission besteht aus dem Direktor der thierärztlichen Lehranstalt als Vorsitzenden und mindestens drei Mitgliedern.

Die Prüfung wird von den Fachexaminatoren unter Anwesenheit des Vorsitzenden abgehalten. Ueber den Verlauf der Prüfung eines jeden Candidaten wird ein vollständiges Protokoll für jedes einzelne Prüfungsfach aufgenommen und von der Kommission vollzogen.

Wenn der Examinand den anberaumten Prüfungstermin ohne ausreichenden Grund versäumt, so ist er von dem Vorsitzenden bis zur nächsten Prüfungsperiode zurückzustellen.

§. 8. Die Prüfung in der Chemie und Physik in der ärztlichen Vorprüfung oder in der pharmazeutischen Approbationsprüfung kann als Aequivalent der entsprechenden

Fächer der naturwissenschaftlichen Prüfung an den thierärztlichen Lehranstalten anerkannt werden.

§. 9. 4. Feststellung des Ergebnisses. Ueber den Ausfall der Prüfung in jedem der vorbezeichneten Fächer (§ 7) wird von dem betreffenden Examiner eine Zensur ertheilt. Die anzuwendenden Bezeichnungen sind: sehr gut (1) - gut (2) - genügend (3) - ungenügend (4) - schlecht (5).

Der Candidat hat die Prüfung bestanden, wenn er in jedem einzelnen Prüfungsfache mindestens die Zensur "genügend" erhalten hat.

Als Schlusszensur darf "sehr gut" nur gegeben werden, wenn der Candidat in der Mehrzahl der Prüfungsfächer "sehr gut" und in allen übrigen Fächern "gut",

die Schlusszensur "gut" nur dann, wenn er in der Mehrzahl der Prüfungsfächer "gut" oder wenigstens in der Hälfte der Fächer "sehr gut" und in allen übrigen mindestens "genügend" bestanden hat.

Die Schlusszensur "genügend" ist zu ertheilen, wenn der Candidat in der Mehrzahl der Prüfungsfächer die Zensur "genügend" und in keinem Fache die Zensur "ungenügend" oder "schlecht" erhielt.

Die Schlusszensur "ungenügend" wird ertheilt, wenn der Candidat nicht in allen Prüfungsfächern mindestens "genügend" bestand.

Hat der Candidat in mehr als zwei Prüfungsfächern "ungenügend", oder in mehr als einem Prüfungsfache "schlecht", oder in einem Prüfungsfache "schlecht" und in einem anderen "ungenügend" erhalten, so darf nur die Schlusszensur "schlecht" ertheilt werden.

Tritt ein Candidat ohne ausreichende Entschuldigung im Laufe der Prüfung zurück, so hat dies die gleichen Wirkungen, als wenn er die Schlusszensur "schlecht" erhalten hätte.

§. 10. 5. Wiederholung. Hat der Examinand die Schlusszensur "ungenügend" erhalten, so ist ihm nach Ablauf von drei Monaten eine Nachprüfung in denjenigen Prüfungsfächern zu gestatten, in welchen er nicht bestanden hat. Besteht der Examinand bei dieser Nachprüfung auch nur in einem von den betreffenden Fächern "ungenügend" oder "schlecht", so hat derselbe, falls nicht nach dem Ergebniss der Nachprüfung die Schlusszensur "schlecht" ertheilt werden muss, nach Ablauf von sechs Monaten die naturwissenschaftliche Prüfung in sämtlichen Prüfungsfächern zu wiederholen. Letzteres hat auch einzutreten, wenn der Candidat sich innerhalb eines Monats nach Ablauf der Wiederholungsfrist zur Nachprüfung nicht meldet.

Bei der Schlusszensur "schlecht" ist die naturwissenschaftliche Prüfung in sämtlichen Prüfungsfächern nach Ablauf eines Jahres zu wiederholen.

Eine mehr als einmalige Wiederholung der ganzen Prüfung ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der zuständigen Centralbehörde statthaft.

§. 11. 6. Gebühren. Die Gebühren für die naturwissenschaftliche Prüfung betragen zwanzig Mark, für die Wiederholung der Prüfung in einzelnen Fächern zehn Mark.

§. 12. B. Fachprüfung. - 1. Bedingungen der Zulassung. Die Zulassung zur Fachprüfung ist bedingt durch den Nachweis, dass der Candidat

- a) die naturwissenschaftliche Prüfung bestanden,
- b) nach deren Ablegung mindestens drei Semester deutsche thierärztliche Lehranstalten, im ganzen aber mindestens sieben Semester thierärztliche oder andere höhere wissenschaftliche deutsche Lehranstalten besucht und auf denselben das Studium der nachstehend verzeichneten Fächer

erledigt hat:

Anatomie der Hausthiere und Histologie, nebst anatomischen und histologischen Uebungen,
Physiologie,
Botanik (Anatomie und Physiologie der Pflanzen, Uebersicht der Systeme, Uebungen im Bestimmen der Pflanzen),
Chemie, anorganische und organische mit Uebungen,
Physik,
Zoologie,
Allgemeine Pathologie und Therapie,
materia medica nebst Toxikologie,
Pharmakologie und pharmazeutische Uebungen,
Pathologische Anatomie nebst pathologisch-anatomischen Demonstrationen und Sectionen,
Spezielle Pathologie und Therapie,
Chirurgie,
Akiurgie nebst Operationsübungen,
Theorie des Hufbeschlages nebst praktischen Uebungen,
Diätetik,
Thierzuchtlehre nebst Gestützkunde,
Geburtshülfe nebst Uebungen am Phantom,
Lehre vom Exterieur des Pferdes und der übrigen Arbeitsthier, e,
Veterinärpolizei (mit Berücksichtigung der öffentlichen Gesundheitspflege) und Seuchenlehre,
Gerichtliche Thierarzneikunde,
Geschichte der Thierheilkunde,
Spitalklinik (als Praktikant),
Ambulatorische Klinik.

§. 13. 2. Meldung. Die Termine für die Meldung zur Fachprüfung, sowie für die Abhaltung der letzteren werden für jede thierärztliche Lehranstalt durch die zuständige Centralbehörde festgestellt.

Die Meldung hat unter Beifügung beglaubigter Zeugnisse über die Erfüllung der Bedingungen der Zulassung (§ 12a und b) und eines kurzen Lebenslaufs bei dem Direktor zu erfolgen.

Die Termine für die Abhaltung der einzelnen Prüfungsabschnitte (§ 14) bestimmt der Direktor.

§. 14. 3. Prüfungsabschnitte und Verfahren bei der Prüfung. Die Prüfung ist öffentlich. Dieselbe zerfällt in folgende Abschnitte:

I. die anatomische, physiologische und pathologisch-anatomische Prüfung;

II. die klinische Prüfung:

1. die medizinisch-klinische,
2. die chirurgisch-klinische,
3. die operative,
4. die pharmazeutische;

III. die Schlussprüfung.

§. 15. Die Prüfung in den einzelnen Prüfungsabschnitten hat in unmittelbarer Aufeinanderfolge und bei ein und derselben Prüfungsbehörde stattzufinden.

Aus besonderen Gründen kann jedoch der Vorsitzende einem Candidaten gestatten, die Prüfung in den noch nicht begonnenen Abschnitten bis zur nächsten Prüfungsperiode aufzuschieben.

Zu einem folgenden Prüfungsabschnitt darf nur derjenige Candidat zugelassen werden, welcher den vorhergehenden bestanden hat.

Tritt ein Candidat ohne ausreichende Entschuldigung

von einem bereits begonnenen Prüfungsabschnitt zurück, so hat dies die gleichen Wirkungen, als wenn er in dem betreffenden Abschnitt die Zensur "ungenügend" erhalten hätte.

Wenn der Examinand den anberaumten Prüfungstermin ohne ausreichenden Grund versäumt, so ist er von dem Vorsitzenden bis zur nächsten Prüfungsperiode zurückzustellen.

§ 16. In der anatomischen, physiologischen und pathologisch-anatomischen Prüfung (§ 14 I.) hat der Candidat:

1. eine der Körperhöhlen irgend eines Thieres im Beisein der Examinatoren zu öffnen und deren Inhalt zu demonstrieren;
2. ein osteologisches und ein splanchnologisches Präparat ex tempore zu beschreiben und zu erläutern;
3. ein anatomisches Präparat unter Klausur oder Aufsicht anzufertigen und zu demonstrieren;
4. ein histologisches Präparat vor den Augen der Examinatoren anzufertigen und zu erklären;
5. eine physiologische Aufgabe ex tempore durch mündlichen Vortrag abzuhandeln;
6. entweder die Section der Leiche eines kranken Thieres bzw. einer Körperhöhle auszuführen, oder ein pathologisch-anatomisches Präparat zu demonstrieren, und in beiden Fällen den Befund zu Protokoll zu diktieren; ferner ein pathologisch-anatomisches Präparat für das Mikroskop anzufertigen und zu demonstrieren.

Die anatomischen und physiologischen Aufgaben werden von den Candidaten durch das Loos gezogen.

Die Kommission für diesen Abschnitt besteht aus drei Examinatoren.

§ 17. In der klinischen Prüfung (§ 14 II.)

hat der Candidat:

1. ein ihm in der Regel auf drei Tage zu überweisendes, an einer inneren Krankheit leidendes Thier zu untersuchen und nach Feststellung der Diagnose zu behandeln;
2. ein an einer chirurgischen Krankheit leidendes Thier zu untersuchen und nach Feststellung der Diagnose mindestens 3 Tage lang zu behandeln.

In beiden Fällen hat der Candidat sofort eine Krankheitsgeschichte in wissenschaftlicher Form unter Klausur auszuarbeiten.

Die mündliche Prüfung über jeden Fall findet erst nach der schriftlichen Bearbeitung statt.

Die bei der Behandlung anzuwendenden Arzneien hat der Candidat selbst anzufertigen.

Ferner hat der Candidat

3. drei Operationen, von denen sich eine auf den praktischen Hufbeschlag beziehen muss, zu demonstrieren und praktisch auszuführen.
4. zwei ihm vorzulegende frische oder getrocknete officinelle Pflanzen oder Pflanzentheile zu demonstrieren, auch zwei ihm vorzulegende chemisch-pharmazeutische Präparate nach Bestandteilen, Darstellung u. s. w. zu erklären. Ausserdem hat der Candidat in Gegenwart der Examinatoren zwei ihm gestellte Aufgaben zur Verschreibung verschiedener Arzneiformen schriftlich zu lösen und über die Wirkung und Anwendung einzelner Arzneimittel Auskunft zu geben.

Die Operationen (3), sowie die zu demonstrierenden pflanzlichen und chemisch-pharmazeutischen Präparate (4) werden durch das Loos bestimmt.

Die Prüfungskommission für jedes Prüfungsfach (1-4) besteht aus zwei Examinatoren.

§ 18. Die Schlussprüfung (§ 14 III.) kann sich auf alle thierärztlichen Fächer erstrecken, soweit sie nicht schon in den vorangegangenen Prüfungsabschnitten spezieller Gegenstand der Prüfung gewesen sind.

Die Prüfung darf zu gleicher Zeit mit mehr als vier Candidaten nicht vorgenommen werden. Dieselbe ist unter dem Vorsitz des Direktors durch mindestens drei Examinatoren zu bewirken.

Jeder Examiner hat auf die Prüfung des einzelnen Candidaten eine Zeit von 10 - 15 Minuten zu verwenden.

§ 19. Ueber die mündlichen Prüfungen jedes Candidaten wird ein besonderes Protokoll unter Anführung der Prüfungsgegenstände aufgenommen und von dem Vorsitzenden und den betheiligten Examinatoren vollzogen.

§ 20. 4. Feststellung des Ergebnisses. Für jedes Prüfungsfach wird eine Zensur und für jeden Prüfungsabschnitt eine Hauptzensur ertheilt.

Die Zensur für jedes einzelne Prüfungsfach wird von demjenigen Mitgliede der Prüfungskommission, welches das betreffende Fach vertritt, ertheilt. Gehören zwei Vertreter eines Faches der betreffenden Prüfungskommission an und ertheilt einer von ihnen die Zensur "ungenügend" oder "schlecht", so entscheidet seine Stimme; andernfalls werden die Zahlenwerthe der beiden Einzelzensuren zusammengezählt und die Summen durch zwei getheilt; etwa sich ergebende Brüche bleiben unberücksichtigt. Für den dritten Prüfungsabschnitt wird nur eine Hauptzensur ertheilt: dieselbe wird von dem Direktor und den betheiligten Examinatoren durch Stimmmehrheit festgestellt. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Im Uebrigen erfolgt die Bezeichnung und Feststellung der Zensuren nach den in § 9 gegebenen Vorschriften.

§ 21. 5. Wiederholung. Hat der Examinand in einem der Prüfungsabschnitte (§ 14) die Hauptzensur "ungenügend" erhalten, so kann er, falls er nur in einem Fach nicht bestanden hat, nach Ablauf von vier Wochen zu einer Nachprüfung in diesem Fache zugelassen werden. Besteht der Candidat auch in der Nachprüfung nicht, so hat er nach Ablauf von sechs Monaten die Prüfung in dem betreffenden ganzen Prüfungsabschnitt zu wiederholen. Dasselbe gilt, wenn er sich innerhalb zweier Wochen nach Ablauf der für die Nachprüfung gestellten Frist zu letzterer nicht meldet. Hat der Examinand in mehr als einem Prüfungsfache die Zensur "ungenügend" erhalten, so hat eine Wiederholung des ganzen Prüfungsabschnittes nach Ablauf von sechs Monaten stattzufinden. Bei der Hauptzensur "schlecht" ist die Prüfung in dem ganzen Prüfungsabschnitt, und zwar erst nach Ablauf eines Jahres zu wiederholen.

Erfolgt die Meldung zur Wiederholung eines ganzen Prüfungsabschnittes nicht innerhalb dreier Monate nach Ablauf der für die Wiederholung gestellten Frist, so sind auch die früher etwa bestandenen Prüfungsabschnitte zu wiederholen.

Eine mehr als einmalige Wiederholung eines ganzen Prüfungsabschnittes ist nur mit Genehmigung der zuständigen Centralbehörde statthaft.

§ 22. Die schriftlichen Prüfungsarbeiten und Prüfungsprotokolle sind nach jeder Prüfung der zuständigen Centralbehörde einzusenden.

§ 23. 6. Gebühren. Die Gebühren für die Fachprüfung betragen sechzig Mark. Hiervon entfallen auf die Prüfungsgebühren für jeden der drei Prüfungsabschnitte und auf Verwaltungskosten je fünfzehn Mark.

Tritt ein Candidat während der Prüfung zurück, so werden ihm für diejenigen Abschnitte, in denen er die Prüfung noch nicht begonnen hat, die Prüfungsgebühren mit je fünfzehn Mark erstattet.

Eine Rückzahlung der auf Verwaltungskosten entfallenden Gebühren findet nicht statt.

Bei jeder Nachprüfung oder bei Wiederholung des dritten Prüfungsabschnitts sind je fünf Mark, bei Wiederholung des ersten oder zweiten Prüfungsabschnitts je zehn Mark auf Verwaltungskosten, ausserdem bei jeder Wiederholung eines ganzen Prüfungsabschnitts fünfzehn Mark Prüfungsgebühren zu entrichten.

§ 24. C. S c h l u s s z e n s u r . Die Schlusszensur wird, nachdem die Prüfung in sämtlichen Abschnitten bestanden ist, auf Grund der für die einzelnen Abschnitte erteilten Hauptzensuren (§ 20) vom Vorsitzenden unter sinngemässer Anwendung der im § 9 gegebenen Vorschriften festgesetzt.

§ 24a. Die Fachprüfung darf nur bei der Kommission fortgesetzt oder wiederholt werden, bei welcher sie begonnen ist. Ausnahmen können nur aus besonderen Gründen gestattet werden.

Die mit dem Zulassungsgesuch eingereichten Zeugnisse (§ 13 Absatz 2) sind dem Candidaten erst nach bestandener Gesamtprüfung zurückzugeben.

Verlangt er sie früher zurück, so sind vor der Rückgabe sämtliche Behörden (§ 1) durch Vermittelung des Reichskanzlers zu benachrichtigen, dass der Candidat die Prüfung begonnen, aber nicht beendet hat, und dass ihm auf seinen Antrag die Zeugnisse zurückgegeben worden sind. In die Urschrift des Abgangszeugnisses derjenigen Lehranstalt (§ 12b), welche der Candidat zuletzt besucht hat, ist ein Vermerk über den Ausfall der bisherigen Prüfung einzutragen.

III. Schluss- und Uebergangs-Bestimmungen.

§ 25. Der Reichskanzler ist ermächtigt in Ausnahmefällen in Uebereinstimmung mit der zuständigen Landes-Regierung von einzelnen der Bedingungen für die Zulassung zu den Prüfungen (§§ 5 und 12) Dispensation zu ertheilen.

§ 26. Nach dem Schluss der Fachprüfung im Sommerhalbjahr werden die Namen der im letzten Jahre Approbiren von der die Approbation ausstellenden Behörde dem Reichskanzler mitgetheilt.

§ 27. Diejenigen Candidaten der Thierheilkunde, welche bereits vor dem 1. Oktober 1879 das Studium der Thierheilkunde begonnen haben, sind zu den Prüfungen auch dann zuzulassen, wenn sie nur das im § 3. III. der Bekanntmachung vom 25. September 1869 (Bundes-Gesetzbl. S. 635) bezeichnete Mass wissenschaftlicher Vorbildung besitzen.

Von der Verpflichtung zur Ablegung der naturwissenschaftlichen Prüfung sind diejenigen Candidaten entbunden, welche bereits vor der Veröffentlichung der Bekanntmachung vom 27. März 1878 an einer thierärztlichen Lehranstalt inskribirt waren, dieselben sind dagegen bei der Schlussprüfung auch in den Naturwissenschaften zu prüfen.

§ 28. Die vorstehenden Bestimmungen finden auf die zum Dienste im Reichsheere bestimmten Rossärzte mit nachfolgenden Vorbehalten Anwendung:

- a) die Militär-Eleven sind von der Prüfung im Hufbeschlage zu entbinden, falls sie eine solche Prüfung an einer Militär-Rossarztschule oder

an einer andern thierärztlichen Lehranstalt bereits bestanden haben;

- b) dieselben sind, falls sie das Studium der Thierheilkunde vor dem 1. Oktober 1881 begonnen haben, zu den Prüfungen auch dann zuzulassen, wenn sie nur das durch die früheren Vorschriften erforderte Mass wissenschaftlicher Vorbildung besitzen.

- § 29. Alle über die Prüfung der Thierärzte ergangene Vorschriften sind aufgehoben.
-

Durch Beschluß des Bundesrates vom 19. Dezember 1905 ist die Fachprüfung dahin erweitert worden, daß ihr die Fleischschau als obligatorischer Prüfungsgegenstand eingefügt wurde.

III.

B e k a n n t m a c h u n g ,
betreffend die
P r ü f u n g s o r d n u n g f ü r T i e r ä r z t e
v o m 2 4 . D e z e m b e r 1 9 1 2 .

Auf Grund des § 29 der Gewerbeordnung hat der Bundes-
rat die nachstehende Prüfungsordnung für Tierärzte
beschlossen.

B e r l i n , den 24. Dezember 1912.

Der Reichskanzler.
In Vertretung: D e l b r ü c k .

P r ü f u n g s o r d n u n g f ü r T i e r ä r z t e .

A. Approbationsbehörden.

§ 1. Zur Erteilung der Approbation als Tierarzt für
das Reichsgebiet sind die Zentralbehörden derjenigen
Bundesstaaten befugt, welche eine oder mehrere tier-
ärztliche Hochschulen oder eine oder mehrere Universitäten
mit einer veterinär-medizinischen Fakultät oder Fakul-
tätsabteilung haben, mithin zur Zeit die zuständigen

Ministerien des Königreichs Preußen, des Königreichs Bayern, des Königreichs Sachsen und des Großherzogtums Hessen.

B. Nachweis der Befähigung.

§ 2. ⁽¹⁾ Die Approbation als Tierarzt erhält, wer die tierärztliche Prüfung vollständig bestanden hat.

⁽²⁾ Der tierärztlichen Prüfung hat die Ablegung der tierärztlichen Vorprüfung vorherzugehen.

⁽³⁾ Die Zulassung zu den Prüfungen und die Erteilung der Approbation sind zu versagen, wenn schwere strafrechtliche oder sittliche Verfehlungen vorliegen. Die Entscheidung erfolgt endgültig durch die Zentralbehörde des Bundesstaats, in dem die Zulassung zu den Prüfungen oder die Erteilung der Approbation nachgesucht wird; sie ist bindend für alle anderen Zentralbehörden (§ 1) und diesen durch Vermittelung des Reichskanzlers mitzuteilen.

I. Tierärztliche Vorprüfung.

a) Allgemeine Bestimmungen.

§ 3. ⁽¹⁾ Die tierärztliche Vorprüfung ist vor der Prüfungskommission derjenigen Hochschule (Universität) abzulegen, an welcher der Studierende dem veterinärmedizinischen Studium obliegt. Ausnahmen können nur aus besonderen Gründen gestattet werden (§ 67).

⁽²⁾ Die Prüfungskommission besteht bei den tierärztlichen Hochschulen aus den Lehrern der Prüfungsfächer (§ 6 Abs. 2) und aus dem Rektor (Direktor) der Hochschule, in dessen Behinderung seinem Stellvertreter

als Vorsitzenden. Sind mehrere Lehrer für ein Prüfungsfach an einer Hochschule vorhanden, so bestimmt für dieses Fach die vorgesetzte Zentralbehörde nach Anhörung des Lehrerkollegiums, wer von ihnen Mitglied der Prüfungskommission ist. Die Zentralbehörde regelt auch im Falle des Fehlens einer Lehrkraft für ein Prüfungsfach die Vertretung.

(³) Bei den Universitäten wird die Prüfungskommission für jedes Prüfungsjahr, das vom 1. Oktober bis zum 30. September dauert, von der vorgesetzten Zentralbehörde nach Anhörung der veterinärmedizinischen Fakultät (Abteilung) berufen. In der Regel sind der Vorsitzende und dessen Stellvertreter den ordentlichen Professoren der veterinärmedizinischen Fakultät (Abteilung), die Mitglieder den Universitätslehrern der Prüfungsfächer (§ 6 Abs. 2) zu entnehmen.

§ 4. Der Vorsitzende leitet die Prüfung, achtet darauf, daß die Bestimmungen der Prüfungsordnung befolgt werden, nimmt die Zulassungsgesuche entgegen, ordnet bei vorübergehender Behinderung eines Mitglieds dessen Stellvertretung an, stellt die Gesamtergebnisse der Prüfung fest, führt den Vorsitz bei allen Beratungen und Beschlußfassungen der Prüfungskommission und hat die ihm in dieser Prüfungsordnung sonst noch überwiesenen Befugnisse und Pflichten. Unmittelbar nach dem Schlusse jedes Prüfungsjahrs berichtet er der vorgesetzten Zentralbehörde über die Tätigkeit der Kommission und legt Rechnung über die Gebühren.

§ 5. Ueber jede Prüfung ist eine Niederschrift anzufertigen, in der die Gegenstände, die Tage und das allgemeine Ergebnis der Prüfung sowie die Urteile in den einzelnen Fächern für jeden Prüfling zu vermerken sind. Die Niederschrift ist von dem Vorsitzenden und

den Mitgliedern der Kommission zu unterzeichnen und nach den hierfür von der vorgesetzten Zentralbehörde zu erlassenden Bestimmungen aufzubewahren.

§ 6. (¹) Die tierärztliche Vorprüfung ist öffentlich.

(²) Sie besteht aus einem naturwissenschaftlichen und einem anatomisch-physiologischen Abschnitt, von denen

a) der naturwissenschaftliche Abschnitt:

Zoologie,
Botanik,
Chemie,
Physik;

b) der anatomisch-physiologische Abschnitt:

Anatomie,
Gewebelehre,
Physiologie

als Prüfungsfächer umfaßt.

(³) Der naturwissenschaftliche Abschnitt muß vor dem anatomisch-physiologischen erledigt werden.

§ 7. (¹) Dem an den Vorsitzenden der Prüfungskommission zu richtenden Gesuch um Zulassung zur Vorprüfung ist das Zeugnis zur Reife von einem deutschen Gymnasium, einem deutschen Realgymnasium oder einer deutschen Oberrealschule beizufügen.

(²) Das Zeugnis der Reife von einem Gymnasium, einem Realgymnasium oder einer Oberrealschule außerhalb des Deutschen Reichs darf nur ausnahmsweise als genügend erachtet werden (§ 67).

§ 8. ⁽¹⁾ Für die Zulassung zum naturwissenschaftlichen Abschnitt der Vorprüfung hat der Studierende nachzuweisen, daß er nach Erlangung des Reifezeugnisses (§ 7) mindestens drei Halbjahre dem tierärztlichen Studium an tierärztlichen Hochschulen oder mit einer veterinärmedizinischen Fakultät oder Fakultätsabteilung versehenen Universitäten des Deutschen Reichs obgelegen und dabei an einem chemischen Praktikum regelmäßig teilgenommen hat.

⁽²⁾ Für die Zulassung zum anatomisch-physiologischen Abschnitt der Vorprüfung hat der Studierende nachzuweisen, daß er nach Erlangung des Reifezeugnisses (§ 7) während eines weiteren Halbjahrs, insgesamt also vier Halbjahre (vgl. jedoch § 10), dem tierärztlichen Studium an den im Abs. 1 bezeichneten Anstalten obgelegen und an den anatomischen Präparierübungen sowie an dem Kursus in der Gewebelehre zusammen während zweier Halbjahre, ferner an einem physiologischen Praktikum, das sich auch auf die physiologische Chemie zu erstrecken hat, während eines Halbjahrs regelmäßig teilgenommen hat.

§ 9. ⁽¹⁾ Auf die nach § 8 nachzuweisende Studienzeit ist die Zeit des Militärdienstes, sofern der Studierende während dieser Zeit an einer tierärztlichen Hochschule oder an einer Universität mit einer veterinärmedizinischen Fakultät oder Fakultätsabteilung immatrikuliert war und die Ableistung am Hochschul- oder Universitätsort erfolgte, bis zur Dauer eines halben Jahres anzurechnen.

⁽²⁾ Ausnahmsweise darf die Studienzeit, die

1. nach Erlangung des Reifezeugnisses (§ 7) einem dem tierärztlichen verwandten Universitätsstudium oder gleichwertigen Hochschulstudium

gewidmet,

2. an einer ausländischen Universität oder Hochschule zurückgelegt ist,

teilweise oder ganz angerechnet werden. Die Anrechnung soll nach Nr. 1 regelmäßig dann für die Dauer eines halben Jahres erfolgen, wenn während dieser Zeit der Studierende am Universitäts- oder Hochschulorte seiner Militärdienstpflicht genügt hat (vgl. Abs. 1). Aus besonderen Gründen können auch Ausnahmen von einzelnen der weiteren im § 8 bezeichneten Voraussetzungen gestattet werden (§ 67).

§ 10. Die erstmalige Meldung zur Vorprüfung kann das Gesuch um Zulassung zu beiden Abschnitten oder nur naturwissenschaftlichen Abschnitt enthalten (vgl. § 20 Abs. 3). Eine erstmalige Meldung zu einzelnen Fächern des naturwissenschaftlichen Abschnitts ist unbeschadet der Ausnahmen nach § 19 unzulässig. Zu dem anatomisch-physiologischen Abschnitt kann die Meldung so zeitig erfolgen, daß mit der Prüfung während der letzten vier Wochen des letzten nachzuweisenden Studienhalbjahrs begonnen werden kann. Alsdann sind bei der Meldung die nach § 8 Abs. 2 erforderlichen Nachweise, soweit sie das letzte Studienhalbjahr betreffen, in vorläufiger Form mit der Bescheinigung, daß die regelmäßige Teilnahme bis zum Tage der Ausstellung stattgefunden hat, beizubringen. Die vollständigen endgültigen Nachweise sind am Schlusse des Halbjahrs nachzureichen. Vor dieser Nachreichung kann der Prüfungsabschnitt nicht als bestanden angesehen werden.

§ 11. ⁽¹⁾ Die in den §§ 7 bis 10 bezeichneten Nachweise sind in der Urschrift vorzulegen.

⁽²⁾ Der Nachweis des Studiums im allgemeinen und der Studiendauer wird durch das Anmeldebuch und, soweit das Studium an einer anderen Hochschule oder Universität

zurückgelegt ist, durch das Abgangszeugnis, die sonstigen in §§ 8, 10 erfordernten Nachweise werden durch besondere, nach dem beigelegten Muster 1 auszustellende Zeugnisse geführt. Für die Studierenden der Militär-Veterinär-Akademie in Berlin werden die Zeugnisse von dem Direktor der Akademie ausgestellt.

b) Naturwissenschaftlicher Abschnitt der Vorprüfung.

§ 12. ⁽¹⁾ Der Vorsitzende der Prüfungskommission setzt die Prüfungstermine für den naturwissenschaftlichen Abschnitt fest und bestimmt für jeden Termin die Frist, bis zu der die Meldungen der Prüflinge bei ihm eingereicht werden müssen, wenn der Anspruch auf Berücksichtigung in dem Termin nicht verloren gehen soll. Der Vorsitzende erläßt die Ladungen der Mitglieder der Kommission und der Prüflinge zu den Prüfungsterminen. Jeder Ladung eines Prüflings ist ein Abdruck der gegenwärtigen Bekanntmachung beizufügen.

⁽²⁾ In der Regel ist in jedem Vierteljahr ein Prüfungstermin anzuberaumen. Im Bedarfsfall ist die Zahl der Termine zu erhöhen.

⁽³⁾ Wenn angängig, ist die Prüfung in allen Fächern an einem Tage vorzunehmen. In jedem Prüfungsfache soll ein Prüfling etwa 10 - 15 Minuten geprüft werden.

⁽⁴⁾ In der Zoologie hat die Prüfung besonders die Wirbeltiere und die tierischen Schmarotzer, in der Botanik die Futter- und sonstigen landwirtschaftlichen Pflanzen, die Arznei- und Giftpflanzen, in der Physik und Chemie die besonderen Bedürfnisse des Tierarztes zu berücksichtigen.

⁽⁵⁾ Bei den einzelnen Prüfungsfächern ist auch darauf zu achten, daß der Prüfling sprachliches Verständnis für die naturwissenschaftlichen Kunstaussdrücke besitzt.

§ 13 ⁽¹⁾ Für jedes Fach wird über den Ausfall der

Prüfung von dem Prüfenden ein Urteil abgegeben, für das ausschließlich die Bezeichnungen: sehr gut (1), gut (2), genügend (3), ungenügend (4), schlecht (5) zulässig sind. Wer eines der erstgenannten drei Urteile erhält, hat die Prüfung in dem Fache bestanden.

(²) In Fächern, in denen das Urteil "ungenügend" oder "schlecht" lautet, ist die Prüfung nicht bestanden und muss wiederholt werden. Die Frist, nach deren Ablauf die Wiederholungsprüfung erfolgen kann (Wiederholungsfrist), ist vom Prüfenden zu bemessen. Sie muß mindestens vier Wochen betragen und darf nicht über den letzten Prüfungstermin des nächsten für die Prüfung in Betracht kommenden Vierteljahrs hinaus erstreckt werden.

(³) Hat ein Prüfling die Prüfung in mehr als einem Fache zu wiederholen, so werden die für jedes festgesetzten Wiederholungsfristen zusammengerchnet, jedoch darf die Zulassung frühestens zum ersten Prüfungstermin des nächsten und muß spätestens zum letzten Prüfungstermin des zweitnächsten für die Prüfungen in Betracht kommenden Vierteljahrs erfolgen. Die Wiederholungsprüfung hat in allen noch nicht erledigten Fächern an einem Prüfungstermin stattzufinden.

§ 14. (¹) Der Prüfling ist von dem Termin, zu dem er frühestens die Wiederholungsprüfung ablegen kann (Wiederholungstermin), schriftlich in Kenntnis zu setzen. Meldet sich der Kandidat nicht rechtzeitig (§ 12 Abs.1) zur Wiederholungsprüfung spätestens für den letzten Prüfungstermin desjenigen für die Prüfungen in Betracht kommenden Vierteljahrs, welches dem Wiederholungstermin folgt, oder bleibt er in diesem Termin aus oder erscheint er in ihm nicht rechtzeitig, so ist er unter Androhung der im Abs. 2 Satz 1 bezeichneten Folgen zu einem der Prüfungstermine des nächsten Vierteljahrs vorzuladen.

(²) Unterzieht sich der Prüfling auch in diesem Termin nicht der Wiederholungsprüfung, so kann die Prüfungskommission beschließen, daß die Prüfung in den noch nicht erledigten Fächern als nicht bestanden anzusehen ist. Gegen den Beschluß ist binnen zwei Wochen die Beschwerde bei der vorgesetzten Zentralbehörde zulässig.

§ 15. Tritt ein Prüfling im Prüfungstermin nach Beginn der Prüfung zurück, so kann die Prüfungskommission beschließen, daß die Prüfung in allen noch nicht erledigten Fächern als nicht bestanden anzusehen ist (§ 13 Abs. 2). Gegen den Beschluß ist binnen zwei Wochen die Beschwerde bei der vorgesetzten Zentralbehörde zulässig.

§ 16. (¹) Hat ein Studierender den naturwissenschaftlichen Abschnitt der Vorprüfung vor der Beendigung unterbrochen, so darf er ihn nur bei der Kommission fortsetzen, bei der er ihn begonnen hat. Ausnahmen können nur aus besonderen Gründen gestattet werden (§ 67).

(²) Die Wiederholungsprüfung muß, sofern der Studierende seine Studien an einer anderen tierärztlichen Hochschule oder Universität fortsetzt, vor der Kommission dieser Hochschule oder Universität abgelegt werden. Diese hat die bei der bisherigen Prüfungskommission entstandenen Prüfungsakten einzufordern.

(³) Die auf Grund des § 13, § 14 Abs. 2, § 15 getroffenen Entscheidungen sind für alle Prüfungskommissionen bindend.

§ 17. (¹) Jede zweite Wiederholungsprüfung findet in Anwesenheit des Vorsitzenden oder, wenn dieser selbst prüft, seines Vertreters statt.

(²) Wer auch bei der zweiten Wiederholung nicht besteht, wird zu einer weiteren Prüfung nicht mehr zugelassen.

§ 18. (¹) Nach Abschluß jeder Prüfung und Wiederholungsprüfung sind das Ergebnis und die gemäß § 13 Abs. 2, 3, § 14 Abs. 2, § 15 getroffenen Entscheidungen, soweit nicht der Vorsitzende selbst daran beteiligt ist, diesem von den Prüfenden binnen spätestens drei Tagen mitzuteilen. Verläßt der Studierende vor vollständiger Erledigung des naturwissenschaftlichen Abschnitts der Vorprüfung die Hochschule oder Universität, so ist ein entsprechender Vermerk in das Abgangszeugnis einzutragen.

(²) Ueber den Ausfall des naturwissenschaftlichen Abschnitts der Vorprüfung ist dem Prüfling eine vorläufige Bescheinigung nach dem beigefügten Muster 2 zu erteilen. Ueber Wiederholungsprüfungen sind die Bescheinigungen nach dem Muster 3 auszustellen.

(³) Die Feststellung des Gesamtergebnisses der Vorprüfung erfolgt erst nach Erledigung des anatomisch-physiologischen Abschnitts (§ 31).

§ 19 (¹) Das Bestehen der ärztlichen Vorprüfung kann dem Bestehen des naturwissenschaftlichen Abschnitts der tierärztlichen Vorprüfung ganz oder teilweise gleichgeachtet werden (§ 67). Das Bestehen der pharmazeutischen Staatsprüfung befreit von der Prüfung in den Fächern Botanik, Chemie und Physik. Wer an einer Universität oder anderen Hochschule des Deutschen Reichs auf Grund einer Prüfung in den Naturwissenschaften die Doktorwürde erworben hat, wird im naturwissenschaftlichen Abschnitt der tierärztlichen Vorprüfung nur in den Fächern geprüft, die nicht Gegenstand der Promotionsprüfung gewesen sind.

(²) Die Anrechnung einer anderweiten Prüfung an deutschen Universitäten oder Hochschulen in den Fächern des naturwissenschaftlichen Abschnitts der tierärztlichen Vorprüfung auf diese Prüfung kann ausnahmsweise gestattet werden (§ 67).

c) Anatomisch-physiologischer Abschnitt der Vorprüfung.

§ 20. (¹) Der anatomisch-physiologische Abschnitt der Vorprüfung muß, sofern der Studierende nach Bestehen des naturwissenschaftlichen Abschnitts das Studium an einer anderen tierärztlichen Hochschule oder Universität fortsetzt, vor der Kommission dieser Hochschule oder Universität erledigt werden. Diese hat die bei der bisherigen Prüfungskommission entstandenen Akten einzufordern.

(²) Die an den Vorsitzenden der Prüfungskommission zu richtenden Gesuche um Zulassung zum anatomisch-physiologischen Abschnitt der Vorprüfung müssen sich auf diesen Abschnitt als Ganzes erstrecken und dürfen nicht auf einzelne Fächer beschränkt werden. Abgesehen von den sonst nach § 8 Abs. 2, § 9 Abs. 2, §§ 10, 11 erforderlichen Nachweisen sind den Gesuchen die Bescheinigungen über das Bestehen des naturwissenschaftlichen Abschnitts (§ 18 Abs. 2) oder die nach § 19 zulässigen anderweiten Nachweise beizufügen.

(³) Eine Meldung vor vollständiger Erledigung des naturwissenschaftlichen Abschnitts ist zulässig (vgl. § 10). Jedoch ist die Vorschrift im § 6 Abs. 3 zu beachten. Die vorläufige Bescheinigung gemäß § 18 Abs. 2 ist alsdann sofort nach der Erteilung nachzureichen.

(⁴) Die Meldung zum anatomisch-physiologischen Abschnitt ist spätestens ein Jahr nach Erledigung des naturwissenschaftlichen Abschnitts einzureichen. Wird

Wird diese Frist versäumt, so kann die Prüfungskommission beschließen, daß, wenn sich der Prüfling nicht binnen einer weiteren Frist von drei Monaten meldet, die Prüfung in dem naturwissenschaftlichen Abschnitt als nicht abgelegt anzusehen ist. Die dreimonatige Frist läuft vom Tage der alsbald durch den Vorsitzenden zu bewirkenden Behändigung des Beschlusses an den Prüfling. Gegen den Beschluß ist binnen zwei Wochen die Beschwerde an die vorgesetzte Zentralbehörde zulässig.

§ 21. ⁽¹⁾ Der Vorsitzende teilt die bei ihm einlaufenden und zur Zulassung geeigneten Meldungen zum anatomisch-physiologischen Abschnitt den für die einzelnen Fächer zuständigen Mitgliedern der Prüfungskommission mit.

⁽²⁾ Die Prüfenden bestimmen die Prüfungstermine unter Beachtung der Vorschriften im § 22 und teilen sie dem Vorsitzenden mit, der die Vorladungen an die Prüflinge ergehen läßt.

§ 22. ⁽¹⁾ Die Prüfungen im anatomisch-physiologischen Abschnitt finden während des ganzen Studienhalbjahrs derart statt, daß in dessen Verlauf alle Meldungen, die bis zum 20. April oder 20. Oktober (vgl. auch § 10) eingereicht werden, erledigt werden müssen.

⁽²⁾ Später einlaufende Meldungen gewähren keinen Anspruch auf Erledigung innerhalb des Halbjahrs; doch soll in der Regel in jeder Woche des Studienhalbjahrs eine Prüfung abgehalten werden, solange noch unerledigte Meldungen vorliegen.

⁽³⁾ Nach Erstattung der Meldung hat sich der Prüfling jederzeit für die Prüfung bereitzuhalten.

Jedoch kann er beanspruchen, daß zwischen dem naturwissenschaftlichen und dem anatomisch-physiologischen Abschnitt eine Frist von zwei Wochen und zwischen den Prüfungen in der Anatomie und in der Physiologie eine Frist von fünf Tagen liegt. Die Prüfung in der Gewebelehre findet im Anschluß an die anatomische oder an die physiologische Prüfung statt.

(⁴) Leistet der Prüfling, nachdem er sich gemeldet hat, einer Vorladung ohne Einwilligung des Prüfenden keine Folge, so gilt seine Meldung als zurückgezogen.

(⁵) Die Prüfung soll in der Regel mit sechs und darf nicht mit mehr als acht Prüflingen vorgenommen werden.

(⁶) Bei den einzelnen Prüfungsfächern des anatomisch-physiologischen Abschnitts ist darauf zu achten, daß der Prüfling sprachliches Verständnis für die tiermedizinischen Kunstausrücke besitzt.

§ 23. (¹) Bei der Prüfung in der Anatomie hat der Prüfling

- a) den Inhalt einer Körperhöhle ganz oder teilweise zu erläutern und herauszunehmen,
- b) ein anatomisches Präparat, in der Regel von einem großen Haustier, unter Aufsicht anzufertigen und zu erläutern,
- c) ein Organ, in der Regel von einem großen Haustier, zu erläutern,
- d) eine Aufgabe aus der vergleichenden Knochen- oder Eingeweidelehre der Haustiere mündlich zu behandeln.

(²) Die vier Aufgaben sind durch das Los zu bestimmen und sollen in der Regel an drei aufeinanderfolgenden Wochentagen erledigt werden.

(³) Bei der Prüfung in der Gewebelehre hat der Prüfling ein histologisches Präparat anzufertigen und zu erklären, auch eine weitere Aufgabe aus der mikroskopischen Anatomie mündlich zu behandeln.

(⁴) Fragen aus der Entwicklungslehre können mit allen vorbezeichneten Prüfungsaufgaben verknüpft werden.

§ 24. In der physiologischen Prüfung hat der Prüfling zwei durch das Los zu bestimmende Aufgaben zu behandeln und hierbei den Nachweis zu führen, daß er sich mit der gesamten Physiologie einschließlich der physiologischen Chemie vertraut gemacht hat.

§ 25. (¹) Für Anatomie, Gewebelehre und Physiologie wird über den Ausfall der Prüfung je ein Urteil nach den im § 13 Abs. 1 aufgestellten Grundsätzen abgegeben.

(²) In Fächern, in denen das Urteil "ungenügend" oder "schlecht" lautet, muß die Prüfung wiederholt werden. Der Prüfende kann die Wiederholungsprüfung in der Anatomie oder Physiologie auf einen bestimmten Teil dieser Fächer beschränken. Die Beschränkung ist in die Niederschrift über die Prüfung einzutragen.

(³) Die Frist, nach deren Ablauf die Wiederholungsprüfung erfolgen kann (Wiederholungsfrist), beträgt nach der Bestimmung des Prüfenden für Gewebelehre und für einzelne Teile der Anatomie oder Physiologie einen bis drei Monate, für die ganze anatomische oder physiologische Prüfung drei bis sechs Monate.

(⁴) Hat der Prüfling in mehr als einem Fache die Prüfung zu wiederholen, so werden die nach Abs. 3 festgesetzten Fristen nicht zusammengerechnet, vielmehr hat sich der Prüfling der Wiederholungsprüfung für jedes einzelne Fach nach Ablauf der dafür bestimmten Wiederholungsfrist zu unterziehen.

§ 26. ⁽¹⁾ Wer sich nicht innerhalb von drei Monaten nach Ablauf der Wiederholungsfrist zur Wiederholungsprüfung meldet oder den zu dieser Prüfung angesetzten Termin versäumt, ist spätestens nach weiteren drei Monaten in der im § 21 Abs. 2 gedachten Weise unter Androhung der im Abs. 2 Satz 1 bezeichneten Folgen zur Wiederholungsprüfung vorzuladen.

⁽²⁾ Unterzieht sich der Prüfling auch dann nicht der Wiederholungsprüfung, so kann die Prüfungskommission beschließen, daß die Wiederholung als nicht bestanden anzusehen ist. Gegen den Beschluß ist binnen zwei Wochen die Beschwerde bei der vorgesetzten Zentralbehörde zulässig.

§ 27. Tritt der Prüfling, nachdem er den anatomisch-physiologischen Abschnitt begonnen hat, von der Fortsetzung zurück, so kann die Prüfungskommission beschließen, daß die Prüfung in allen noch nicht erledigten Fächern dieses Abschnitts als nicht bestanden anzusehen ist (§ 25 Abs. 2). Gegen den Beschluß ist binnen zwei Wochen die Beschwerde bei der vorgesetzten Zentralbehörde zulässig.

§ 28. ⁽¹⁾ Auf eine Unterbrechung des anatomisch-physiologischen Abschnitts der Vorprüfung sowie auf Wiederholungsprüfungen in diesem Abschnitt finden die Vorschriften im § 16 Abs. 1, 2 sinngemäße Anwendung.

⁽²⁾ Die auf Grund des § 20 Abs. 4. § 25 Abs. 1, 2, 3, § 26 Abs. 2, § 27 getroffenen Entscheidungen sind für alle Prüfungskommissionen bindend.

§ 29. Die Vorschriften im § 17 über zweite Wiederholungsprüfungen gelten auch für den anatomisch-physiologischen Abschnitt.

§ 30. Nach Abschluß jeder Prüfung und Wiederholungsprüfung sind das Ergebnis und die gemäß § 20 Abs. 4, § 25 Abs. 1, 2, 3, § 26 Abs. 2, § 27 getroffenen Entscheidungen, soweit nicht der Vorsitzende selbst daran beteiligt ist, diesem von den Prüfenden binnen spätestens drei Tagen mitzuteilen. Verläßt der Studierende vor vollständiger Erledigung des anatomisch-physiologischen Abschnitts die Hochschule oder Universität, so ist ein entsprechender Vermerk in das Abgangszeugnis einzutragen.

d) Feststellung des Gesamtergebnisses und Gebühren.

§ 31. ⁽¹⁾ Hat ein Prüfling in allen Fächern des anatomisch-physiologischen Abschnitts mindestens "genügend" erhalten, so wird vom Vorsitzenden das Gesamtergebnis der Vorprüfung ermittelt. Dabei wird für die Anatomie das Dreifache, für die Physiologie das Zweifache, für die Gewebelehre, Zoologie, Botanik, Chemie und Physik je das Einfache der Zahl eingesetzt, die dem Urteil für jedes Fach nach der Abstufung im § 13 Abs. 1 (vgl. auch § 25 Abs. 1) zukommt. Die so gewonnenen Zahlen werden zusammengezählt; ihre Summe wird durch zehn geteilt, wobei Brüche über ein Halb als Ganzes gerechnet, von ein Halb und darunter nicht berücksichtigt werden. Das diesem Ergebnis nach der Abstufung im § 13 Abs. 1 entsprechende Urteil wird als Gesamturteil festgesetzt und hierdurch die tierärztliche Vorprüfung als bestanden erklärt.

⁽²⁾ Ueber das Ergebnis der tierärztlichen Vorprüfung ist dem Studierenden ein Zeugnis nach dem beigefügten Muster auszustellen. Hat er eine Wiederholungsprüfung abzulegen, so werden statt des Gesamturteils die Fristen nach § 25 Abs. 2, 3, 4 und § 26 vermerkt. Ueber die

Wiederholung der Prüfung erhält der Studierende ein Zeugnis nach Muster 5. Nach endgültiger Erledigung der Prüfung werden ihm die mit den Zulassungsgesuchen eingereichten Zeugnisse (§§ 7 bis 11) wieder ausgehändigt.

§ 32. ⁽¹⁾ Die Gebühren für die Vorprüfung und das ausgefertigte Zeugnis betragen 60 M., wovon 24 M. auf den naturwissenschaftlichen und 36 M. auf den anatomisch-physiologischen Abschnitt entfallen.

⁽²⁾ Die Gebühren für den naturwissenschaftlichen Abschnitt werden nach Abzug von 4 M. für allgemeine Kosten zu gleichen Teilen auf die vier Prüfungsfächer dieses Abschnitts verteilt.

⁽³⁾ Treten auf Grund des § 19 Befreiungen von der Prüfung in einzelnen Fächern ein, so sind außer dem Gebührenanteile für allgemeine Kosten nur die Anteile für diejenigen Fächer zu entrichten, in denen eine Prüfung stattfindet.

⁽⁴⁾ Die Gebühren für den anatomisch-physiologischen Abschnitt werden nach Abzug von 13 M. für allgemeine Kosten mit 10 M. auf die anatomische, mit 5 M. auf die Prüfung in der Gewebelehre und mit 8 M. auf die physiologische Prüfung verteilt.

⁽⁵⁾ Bei Wiederholungsprüfungen sind die Gebührenanteile für die Fächer, in denen die Prüfung noch nicht bestanden ist, aufs neue zu entrichten; außerdem ist, wenn die ganze anatomische Prüfung (vgl. § 25 Abs. 2) zu wiederholen ist, der volle Betrag für allgemeine Kosten (Abs. 4), im übrigen nur die Hälfte des Anteils nachzuzahlen, der nach Abs. 2 und 4 auf die allgemeinen Kosten des zu wiederholenden Prüfungsabschnitts entfällt.

⁽⁶⁾ Die Vorschrift im Abs. 5 findet für den Fall der Fortsetzung eines unterbrochenen Abschnitts der

Vorprüfung sinngemäße Anwendung (§ 16 Abs. 1, § 28 Abs. 1, § 33 Abs. 2, 3).

§ 33. ⁽¹⁾ Die Gebühren sind bei der Meldung für jeden Abschnitt der Vorprüfung einzuzahlen. Bei Wiederholungsprüfungen hat die Zahlung der Gebühren für sämtliche noch unerledigten Fächer des Abschnitts einschließlich etwaiger Anteile für allgemeine Kosten bei der erstmaligen Meldung zur Wiederholungsprüfung zu erfolgen.

⁽²⁾ Die Gebühren für den naturwissenschaftlichen Abschnitt sind mit Ausnahme des Anteils für allgemeine Kosten zurückzuzahlen, wenn der Prüfling spätestens am Tage vor dem für ihn angesetzten Prüfungstermin dem Vorsitzenden die Zurücknahme der Meldung erklärt. Erfolgt die Zurücknahme später, oder erscheint der Prüfling nicht oder nicht rechtzeitig im Prüfungstermin, oder tritt er von der begonnenen Prüfung zurück, so kann die Prüfungskommission, sofern triftige Entschuldigungsgründe vorliegen, mit Zustimmung des Vorsitzenden beschließen, daß die Gebührenanteile, die auf noch nicht begonnene Prüfungsfächer entfallen, zurückgezahlt werden. Die Zurückzahlung ist unzulässig für solche noch unerledigte Fächer, in denen zufolge Beschlusses der Prüfungskommission nach § 15 die Prüfung als nicht bestanden anzusehen ist. Auf die Gebührenanteile für allgemeine Kosten darf sich der die Zurückzahlung anordnende Beschluß nicht erstrecken.

⁽³⁾ Zieht der Prüfling seine Meldung zum anatomisch-physiologischen Abschnitt zurück, bevor ihm der erste Prüfungstermin bekannt gegeben ist, so sind die dafür entrichteten Gebühren mit Ausnahme eines Anteils von 4 M. für allgemeine Kosten ganz zurückzuzahlen. Tritt er später zurück, oder erscheint er in einem Prüfungstermin nicht oder nicht rechtzeitig, so kann die

Prüfungskommission die Zurückzahlung von Gebühren unter sinngemäßer Anwendung der Vorschriften im Abs. 2 insoweit beschließen, als nicht zufolge Beschlusses nach § 27 die Prüfung als nicht bestanden anzusehen ist.

(⁴) Auf die Zurückzahlung von Gebühren für Wiederholungsprüfungen finden die Vorschriften im Abs. 2 und 3 sinngemäße Anwendung.

(⁵) Gegen Beschlüsse der Prüfungskommission, durch die eine nach vorstehenden Vorschriften statthafte Zurückzahlung von Gebühren abgelehnt wird, ist binnen zwei Wochen Beschwerde bei der vorgesetzten Zentralbehörde zulässig.

§ 34. (¹) Die Entschädigungen für den Vorsitzenden und für dessen Stellvertreter sowie für die bei den Prüfungen neben den Mitgliedern der Prüfungskommission tätigen Beamten werden nach Maßgabe ihrer Mühewaltung von der vorgesetzten Zentralbehörde am Ende jedes Prüfungsjahrs festgesetzt und aus dem nach Deckung der sächlichen Ausgaben verbleibenden Reste des Gebührenbetrags für die allgemeinen Kosten bestritten.

(²) Ueber die Verwendung der hiernach noch erwachsenden Ersparnisse sowie der verfallenen Gebühren (§ 33 Abs. 2 bis 5) befindet gleichfalls die vorgesetzte Zentralbehörde.

§ 35. Dem Reichskanzler werden von der Zentralbehörde Verzeichnisse der Prüflinge, die im abgelaufenen Prüfungsjahre die Vorprüfung bestanden haben, mit den Prüfungsakten eingereicht. Die Akten sind der Zentralbehörde zurückzusenden.

II. Tierärztliche Prüfung.

§ 36. ⁽¹⁾ Die tierärztliche Prüfung kann vor jeder Prüfungskommission bei einer tierärztlichen Hochschule oder den Anforderungen des § 1 entsprechenden Universität des Deutschen Reichs abgelegt werden.

⁽²⁾ Die Prüfungskommission besteht bei den tierärztlichen Hochschulen aus den ordentlichen und außerordentlichen Professoren für die Prüfungsfächer (§ 45 Abs. 1). unter Hinzutritt solcher anderen Fachmänner, die von der vorgesetzten Zentralbehörde etwa noch beigeordnet werden, und aus dem Rektor (Direktor) der Hochschule, in dessen Behinderung seinem Stellvertreter, als Vorsitzendem. Sind mehrere Professoren für ein Prüfungsfach an einer Hochschule vorhanden, so bestimmt für dieses Fach die vorgesetzte Zentralbehörde nach Anhörung des Lehrerkollegiums, wer von ihnen Mitglied der Prüfungskommission ist. Die Zentralbehörde regelt auch im Falle des Fehlens einer Lehrkraft für ein Prüfungsfach die Vertretung. Sie trifft ferner nach Anhörung des Lehrerkollegiums Anordnung über die Zusammensetzung der Kommission für die einzelnen Prüfungsabschnitte und über die Verteilung der Prüfungsfächer auf die einzelnen Mitglieder der Kommission.

⁽³⁾ Bei den Universitäten wird die Prüfungskommission einschließlich des Vorsitzenden und seines Stellvertreters von der vorgesetzten Zentralbehörde für jedes Prüfungsjahr, das vom 1. Oktober bis zum 30. September dauert, nach Anhörung der veterinärmedizinischen Fakultät (Abteilung) aus geeigneten Fachmännern ernannt.

§ 37. Der Vorsitzende leitet die Prüfung, ist berechtigt, ihr in allen Abschnitten beizuwohnen, achtet

darauf, daß die Vorschriften der Prüfungsordnung befolgt werden, ordnet bei vorübergehender Behinderung eines Mitglieds dessen Stellvertretung an, stellt die Gesamtergebnisse der Prüfung fest, führt den Vorsitz bei allen Beratungen und Beschlußfassungen der Prüfungskommission und hat die ihm in dieser Prüfungsordnung sonst noch überwiesenen Befugnisse und Pflichten. Unmittelbar nach dem Schlusse jedes Prüfungsjahrs berichtet er der vorgesetzten Zentralbehörde über die Tätigkeit der Kommission und legt Rechnung über die Gebühren.

§ 38. ⁽¹⁾ In jedem Jahre finden zweimal (im Sommer- und im Winterhalbjahr) Prüfungen statt. Die Prüfungsperioden beginnen Mitte Oktober und Mitte April und sollen nicht über Mitte August ausgedehnt werden.

⁽²⁾ Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind bei dem Vorsitzenden der Prüfungskommission, vor der die Prüfung abgelegt werden soll, bis zum 1. Oktober oder 1. März einzureichen. Später einlaufende Meldungen begründen keinen Anspruch auf Zulassung in der bereits begonnenen oder demnächst beginnenden Prüfungsperiode.

§ 39 ⁽¹⁾ Der Meldung sind die nach §§ 7 bis 9 für die Zulassung zur tierärztlichen Vorprüfung erforderlichen Nachweise sowie das Zeugnis über die vollständig bestandene tierärztliche Vorprüfung (§ 31 Abs. 2) beizufügen.

⁽²⁾ Die gemäß § 7 Abs. 2, § 9 Abs. 2, § 19 bewilligten oder dort vorgesehenen Befreiungen gelten auch für die Beibringung der nach Abs. 1 erforderlichen Nachweise zur tierärztlichen Prüfung.

⁽³⁾ Eine außerhalb des Deutschen Reichs abgelegte Prüfung darf nur ausnahmsweise an Stelle der tierärztlichen Vorprüfung als genügend angesehen werden (§ 67).

§ 40. ⁽¹⁾ Der Meldung ist der durch Abgangszeugnisse der Hochschulen (Universitäten) zu erbringende Nachweis beizufügen, daß der Prüfling nach Erlangung des Reifezeugnisses (§ 7) einschließlich der für die tierärztliche Vorprüfung nachgewiesenen Studienzeit mindestens acht Halbjahre dem tierärztlichen Studium an tierärztlichen Hochschulen oder mit einer veterinärmedizinischen Fakultät oder Fakultätsabteilung versehenen Universitäten des Deutschen Reichs obgelegen hat.

⁽²⁾ Die Bestimmungen des § 9 Abs. 2 Satz 1 finden entsprechende Anwendung.

§ 41. ⁽¹⁾ Von der nachzuweisenden Studienzeit müssen mindestens vier Halbjahre nach vollständig bestandener tierärztlicher Vorprüfung zurückgelegt sein.

⁽²⁾ Auf diese vier Halbjahre darf die Zeit des Militärdienstes nicht angerechnet werden.

⁽³⁾ Das Halbjahr, in dem die tierärztliche Vorprüfung bestanden ist, wird nur angerechnet, wenn die Vorprüfung bis zum 1. Juni oder 1. Dezember vollständig bestanden ist. Ausnahmen können nur aus besonderen Gründen gestattet werden (§ 67).

§ 42. ⁽¹⁾ Der Meldung ist der Nachweis beizufügen, daß der Prüfling nach vollständig bestandener tierärztlicher Vorprüfung an einer tierärztlichen Hochschule oder an einer mit einer veterinärmedizinischen Fakultät oder Fakultätsabteilung versehenen Universität des Deutschen Reichs

1. mindestens während dreier Halbjahre die Kliniken für größere und kleinere Haustiere als Praktikant nach Maßgabe des Studienplans regelmäßig besucht hat,
2. mindestens während zweier Halbjahre an der ambulatorischen Klinik,

3. an einem pathologisch-anatomischen Kursus mit Anleitung zu Obduktionen, an einem Fleisch-beschaukursus, einem Milchuntersuchungskursus, einem bakteriologischen, einem pathologisch-histologischen, einem pharmazeutischen Kursus, einem Operationskursus, einem geburtshilflichen Kursus, einem Hufbeschlagkursus und einem Kursus für die praktisch-züchterische Beurteilung der Haustiere regelmäßig teilgenommen hat.

(²) Die nach Abs. 1 erforderlichen Nachweise werden durch besondere, nach dem beigefügten Muster 6 auszustellende Zeugnisse der Leiter der Kliniken und Jurse (Praktikantenscheine) erbracht.

(³) Ausnahmen von einzelnen der im Abs. 1 genannten Voraussetzungen dürfen nur aus besonderen Gründen gestattet werden (§. 67).

(⁴) Für die Studierenden der Militär-Veterinär-Akademie in Berlin werden die in den §§ 40, 42 erforderlichen Zeugnisse von dem Direktor der Akademie ausgestellt.

§ 43. (¹) Außerdem sind der Meldung beizufügen:

1. ein eigenhändig geschriebener Lebenslauf, in dem Abgang von der Hochschule (Universität) erfolgt, ein amtliches Zeugnis über die Führung des Prüflings in der Zwischenzeit.

(²) Sämtliche in den §§ 39, 40, 42 aufgeführten Nachweise nebst dem im Abs. 1 Nr. 2 bezeichneten Zeugnis sind in Urschrift vorzulegen.

§ 44. (¹) Mit der vom Vorsitzenden zu erlassenden Zulassungsverfügung ist dem Prüfling ein Abdruck der gegenwärtigen Bekanntmachung auszuhändigen.

(²) Binnen einer Woche nach Empfang der Zulassungsverfügung hat sich der Prüfling bei dem Vorsitzenden der Prüfungskommission ohne besondere Aufforderung persönlich zu melden und hierbei die Verfügung nebst der Quittung über die eingezahlten Gebühren (§ 63) vorzulegen.

§ 45. (¹) Die tierärztliche Prüfung umfaßt folgende Abschnitte:

- I. Die Prüfung in der allgemeinen Pathologie, pathologischen Anatomie und pathologischen Gewebelehre;
- II. die medizinisch-klinische, pharmakologisch-toxikologische und pharmazeutische Prüfung;
- III. die chirurgisch-klinische und operative Prüfung, einschließlich der Prüfung in der topographischen Anatomie und in der Hufkunde einschließlich der Hufbeschlagskunde;
- IV. die Prüfung in der allgemeinen Seuchenlehre und Bakteriologie sowie in der Gesundheitspflege;
- V. die Prüfung in der Fleischbeschau und sonstigen Kunde der vom Tiere stammenden Nahrungsmittel;
- VI. die Prüfung in der Tierproduktionslehre (Tierzucht, Fütterungslehre und Geburtshilfe);
- VII. die Prüfung in der Staatsveterinärkunde (gerichtliche und polizeiliche Tiermedizin).

(²) In einem Abschnitt sollgen in der Regel nicht mehr als sechs Prüflinge gleichzeitig geprüft werden.

§ 46. I. Die Prüfung in der allgemeinen Pathologie, pathologischen Anatomie und pathologischen Gewebelehre zerfällt in zwei Teile und ist an zwei Tagen zu erledigen. In der Prüfung hat der Prüfling

1. an einem Kadaver vollständig oder teilweise die Sektion einer Haupthöhle auszuführen und den hierbei oder an einem noch besonders zuzuteilenden Präparat ermittelten Befund zu erläutern und sofort zur Niederschrift zu bringen, auch in einer mündlichen Prüfung die erforderlichen Kenntnisse in der allgemeinen Pathologie und in der pathologischen Anatomie nachzuweisen;
2. ein pathologisch-anatomisches Präparat für die mikroskopische Untersuchung anzufertigen und zu erläutern.

§ 47. II. Die medizinisch-klinische, pharmakologisch-toxikologische und pharmazeutische Prüfung ist in zwei Unterabschnitten abzuhalten.

A. Der medizinisch-klinische Unterabschnitt zerfällt in zwei Teile und ist möglichst an drei aufeinander folgenden Tagen zu erledigen.

1. Am ersten Tage hat der Prüfling in Gegenwart des Prüfenden ein an einer inneren Krankheit leidendes Haustier zu untersuchen, die Krankheit zu bestimmen, die Aussichten für den Krankheitsverlauf sowie den Heilplan anzugeben und zu erläutern. Hierauf hat er über den Fall eine Krankheitsgeschichte in wissenschaftlicher Form auszuarbeiten und die Ausarbeitung am nächsten Morgen dem Prüfenden zu übergeben.
2. An den beiden folgenden Tagen hat der Prüfling den Verlauf der Krankheit zu beschreiben und die Behandlung zu übernehmen. Außerdem

ist er an diesen Tagen mündlich in der Lehre von den Krankheiten der Haustiere, namentlich des Pferdes und des Rindes, zu prüfen.

B. Der pharmakologisch-toxikologische und pharmazeutische Unterabschnitt zerfällt gleichfalls in zwei Teile und ist an einem Tage zu erledigen.

1. Der Prüfling hat von je zwei durch das Los bestimmten Arzneistoffen und Arzneipräparaten die Abstammung, die Bestandteile, die Herstellung, Wirkung, Anwendung und Abmessung anzugeben, sodann zwei Aufgaben über Arzneiverordnungen in Gegenwart des Prüfenden schriftlich zu lösen. Außerdem hat er sich über die für den Tierarzt erforderlichen Kenntnisse in der Toxikologie in mündlicher Prüfung auszuweisen.
2. Er hat in Gegenwart des Prüfenden auf Grund von zwei vorgelegten Rezepten entsprechende Arzneien anzufertigen und mündlich darzutun, daß er in der Pharmazie die für einen Tierarzt erforderlichen Kenntnisse besitzt.

§ 48. III. Die chirurgisch-klinische und operative Prüfung einschließlich der Prüfung in der topographischen Anatomie und die Prüfung in der Hufkunde einschließlich der Hufbeschlagskunde sind in drei Unterabschnitten abzuhalten.

A. Der chirurgisch-klinische Unterabschnitt zerfällt in zwei Teile und ist an drei aufeinander folgenden Tagen zu erledigen.

1. Am ersten Tage hat der Prüfling in Gegenwart des Prüfenden ein an einer äußeren Krankheit leidendes Haustier zu untersuchen, die Krank-

heit zu bestimmen, die Aussichten für den Krankheitsverlauf sowie den Heilplan anzugeben und zu erläutern. Hierauf hat er über den Fall eine Krankheitsgeschichte in wissenschaftlicher Form auszuarbeiten und die Ausarbeitung am nächsten Morgen dem Prüfenden zu übergeben.

2. An den beiden folgenden Tagen hat der Prüfling den Verlauf der Krankheit zu beschreiben und die Behandlung zu übernehmen. Außerdem ist er an diesen Tagen mündlich über die allgemeine und besondere Chirurgie der Haustiere, namentlich des Pferdes und des Rindes, zu prüfen.

B. Der operative Unterabschnitt ist an einem Tage zu erledigen. Der Prüfling hat zwei Operationen am lebenden oder toten Tiere auszuführen, sich hierbei auf Befragen über die erforderlichen Kenntnisse in der Operations- und Instrumentenlehre auszuweisen und dabei in einer mündlichen Prüfung seine Vertrautheit mit der topographischen Anatomie darzutun.

C. Die Prüfung in der Hufkunde einschließlich der Hufbeschlagskunde ist in der Regel an demselben Tage wie die operative Prüfung (Unterabschnitt B) zu erledigen. Der Prüfling hat eine der beim Hufbeschlage vorkommenden Operationen auszuführen und sich über ausreichende theoretische und praktische Kenntnisse in der Huf- und Hufbeschlagskunde auszuweisen, insbesondere den Beschlagn eines vorgeführten Pferdes zu beurteilen.

§ 49. IV. Die Prüfung in der allgemeinen Seuchenlehre und Bakteriologie sowie in der Gesundheitspflege zerfällt in zwei Teile und ist an einem Tage zu erledigen.

1. Der Prüfling hat ein bakteriologisches Präparat für die mikroskopische Untersuchung anzufertigen und zu erläutern, sodann in einer mündlichen Prüfung Kenntnisse in der allgemeinen Seuchenlehre, insbesondere über die Krankheitserreger bei Tieren und über Schutzimpfungen nachzuweisen.
2. Die Prüfung in der Gesundheitspflege ist mündlich und erstreckt sich auf die Lehre von der gesundheitsschädlichen Beschaffenheit des Bodens, der Luft, des Wassers und der festen Futtermittel sowie auf die Lehre von der zweckentsprechenden Haltung und Pflege der Tiere (einschließlich der Stalleinrichtung).

§ 50. V. Die Prüfung in der Fleischbeschau und sonstigen Kunde der vom Tiere stammenden Nahrungsmittel zerfällt in zwei Teile und ist an einem Tage zu erledigen.

1. Der Prüfling hat in einer mündlichen Prüfung Kenntnisse von den Vorschriften über die Fleischbeschau sowie in der sonstigen Kunde der vom Tiere stammenden Nahrungsmittel, insbesondere in der Milchkunde, der Milchhygiene und der marktmäßigen Untersuchung der Milch nachzuweisen.
2. Er hat die vorschriftsmäßige Fleischbeschau an einem geschlachteten Tiere auszuführen und sich über die Verwendbarkeit des Fleisches zum Genusse für Menschen zu äußern, auch den Befund und die Beurteilung niederzuschreiben.

§ 51. VI. Die Prüfung in der Tierproduktionslehre zerfällt in zwei Teile und ist an einem Tage zu erledigen.

1. In einer mündlichen Prüfung hat der Prüfling Kenntnisse in der allgemeinen und besonderen Tierzucht sowie in der Lehre von den Futtermitteln, den Fütterungsregeln für verschiedene Nutzungszwecke und der Ernährung der landwirtschaftlichen Haustiere nachzuweisen. Ferner hat er ein Haustier auf seine Brauchbarkeit als Nutz- und Zuchttier zu begutachten.
2. Bei einer mündlichen und praktischen Prüfung in der Geburtshilfe muß sich der Prüfling in der Geburtshilfe unterrichtet zeigen, an einem lebenden Tiere oder an einem Phantom die gewöhnlichen und verschiedene abweichende Lagen erläutern, sich über die Kenntnis der geburtshilflichen Operationen und Werkzeuge ausweisen, auch über die Krankheiten des Muttertiers und der Jungen Auskunft geben können.

§ 52. VI. Die Prüfung in der Staatsveterinärkunde besteht aus zwei Teilen; sie ist mündlich und an einem Tage zu erledigen.

1. In der gerichtlichen Tiermedizin ist über die gesetzliche und vertragsmäßige Gewährleistung beim Viehkauf und über die in Betracht kommenden Mängel und Eigenschaften bei den Tieren sowie über die für den Tierarzt wichtigen Haftpflichtbestimmungen zu prüfen.
2. In der polizeilichen Tiermedizin ist über die Grundzüge der Veterinärpolizei und die wichtigeren Bestimmungen der Viehseuchengesetze sowie

über Ursachen, Erscheinungen, Verlauf, veterinärpolizeiliche Behandlung und wirtschaftliche Bedeutung der Viehseuchen zu prüfen, die der gesetzlichen oder behördlich bestimmten Anzeigepflicht unterliegen.

§ 53. Bei den einzelnen Prüfungsfächern ist ihre Geschichte nicht unberücksichtigt zu lassen. Auch ist darauf zu achten, daß der Prüfling sprachliches Verständnis für die tiermedizinischen Kunstausrücke besitzt.

§ 54. ⁽¹⁾ Zu dem ersten und vierten bis siebenten Prüfungsabschnitt (§ 45 Abs. 1) ist den Studierenden der Tiermedizin, zu den übrigen beiden (klinischen) Abschnitten denjenigen Studierenden der Zutritt gestattet, welche als Praktikanten an der für die Prüfung benutzten Klinik teilnehmen.

⁽²⁾ Außerdem steht jedem Lehrer der Tiermedizin an einer tierärztlichen Hochschule oder Universität des Deutschen Reichs, ferner in Berlin auch dem Direktor und den Inspizienten der Militär-Veterinär-Akademie der Zutritt frei.

§ 55. ⁽¹⁾ Die Prüflinge können die Prüfung nach eigener Wahl mit dem ersten, zweiten oder dritten Prüfungsabschnitte (§ 45 Abs. 1) beginnen. Im übrigen bestimmt der Vorsitzende die Reihenfolge, in der die einzelnen Prüfungsabschnitte zurückzulegen sind.

⁽²⁾ Der Vorsitzende hat darauf zu achten, daß zwischen den einzelnen Prüfungsabschnitten, unbeschadet der Vorschriften über die Wiederholungsfristen (§ 59), in der Regel höchstens ein Zeitraum von 14 Tagen, vor jedem der Abschnitte IV bis VII möglichst nur ein Zeitraum von 8 Tagen liegt.

§ 56. Für jeden Prüfling wird über jeden Prüfungsabschnitt von dem Prüfenden eine besondere Niederschrift unter Anführung der Prüfungstage, der Prüfungsgegenstände und der Urteile über den Prüfungsausfall, bei dem Urteil "ungenügend" oder "schlecht" unter kurzer Angabe der Gründe aufgenommen. Die Niederschrift ist von dem Prüfenden und, wenn der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter der Prüfung beiwohnt, auch von diesem zu unterzeichnen.

§ 57. ⁽¹⁾ Nach Beendigung jedes Prüfungsabschnitts haben die Prüfenden dem Vorsitzenden die Prüfungsakten unverweilt zuzusenden. Der Prüfling hat sich nach Beendigung des Abschnitts zur Entgegennahme der Mitteilung des Ergebnisses ohne besondere Aufforderung binnen drei Tagen bei dem Vorsitzenden oder nach dessen Bestimmung im Geschäftsraum der Prüfungskommission und, sofern er bestanden hat, binnen weiteren 24 Stunden bei dem oder den Prüfenden für den nächstfolgenden Prüfungsabschnitt zur Anberaumung des fernerer Termins persönlich zu melden (vgl. § 60).

⁽²⁾ Ist ein Prüfungsabschnitt nicht vollständig bestanden, so entscheidet der Vorsitzende nach Anhörung des Prüflings, ob sich dieser der Prüfung in einem anderen Abschnitt oder in dem späteren Teile desselben Abschnitts sogleich oder erst nach Wiederholung des nicht bestandenen Abschnitts oder Abschnitts teils zu unterziehen hat. Ist die Prüfung fortzusetzen, so gilt wegen der Meldung zur Anberaumung des fernerer Termins Abs. 1.

§ 58. ⁽¹⁾ Ueber den Ausfall der Prüfung in jedem Teile der sieben Prüfungsabschnitte und ihrer Unterabschnitte wird ein besonderes Urteil unter ausschließlicher Anwendung der Bezeichnungen: sehr gut (1), gut (2), genügend (3), ungenügend (4) und schlecht (5) von den Prüfenden abgegeben. Wer eines der erstgenannten drei Urteile erhält, hat die Prüfung in dem betreffenden Teile bestanden.

⁽²⁾ Nach vollständig bestandener Prüfung wird von dem Vorsitzenden das Gesamtergebnis in der Weise festgestellt, daß die Zahlen, die nach der Abstufung im Abs. 1 den einzelnen Urteilen entsprechen, für alle Prüfungsteile zusammengezählt werden, und daß die Summe durch die Zahl der Teile (18) geteilt wird. Brüche über ein Halb werden als Ganzes gerechnet, von ein Halb und darunter nicht berücksichtigt. Das Urteil, das der so gewonnenen Zahl nach der Abstufung im Abs. 1 entspricht, wird als Gesamturteil festgesetzt.

§ 59. ⁽¹⁾ Lautet in einem Teile eines Prüfungsabschnitts oder Unterabschnitts das Urteil "ungenügend" oder "schlecht", so gilt dieser Teil als nicht bestanden und die Prüfung muß in ihm wiederholt werden.

⁽²⁾ Die Frist, nach deren Ablauf die Wiederholungsprüfung erfolgen kann (Wiederholungsfrist), beträgt je nach dem Maße der bewiesenen Unkenntnis einen bis sechs Monate und wird von dem Vorsitzenden nach Benehmen mit den beteiligten Prüfenden für jeden Abschnitt einheitlich bestimmt. In gleicher Weise wird der Zeitpunkt festgesetzt, bis zu dem spätestens die Meldung zur Wiederholungsprüfung in dem Abschnitt, soweit er nicht bestanden ist, erfolgen muß (vgl. jedoch Abs. 4 und § 60 Abs. 3). Wiederholungsfristen verschiedener Abschnitte laufen gleichzeitig nebeneinander.

(³) Jede zweite Wiederholungsprüfung findet, soweit sie mündlich ist, in Anwesenheit des Vorsitzenden, im übrigen unter besonderer Aufsicht des Vorsitzenden (§ 37) statt. Prüft der Vorsitzende selbst, so nimmt sein Stellvertreter in der vorgedachten Weise an der zweiten Wiederholungsprüfung teil.

(⁴) Wer auch bei der zweiten Wiederholung nicht besteht, wird zur weiteren Prüfung nicht zugelassen.

§ 60. (¹) Wer sich nicht rechtzeitig gemäß § 44 Abs. 2, § 57 persönlich meldet, kann auf Antrag des Vorsitzenden von der Zentralbehörde bis zur folgenden Prüfungsperiode zurückgestellt werden.

(²) Wer ohne genügende Entschuldigung in einem Prüfungstermin nicht oder nicht rechtzeitig erscheint oder sich zu einer Wiederholungsprüfung nicht vor Ablauf der Endfrist (§ 59 Abs. 2) meldet, ist vom Vorsitzenden unter Androhung der nachbezeichneten Folgen der Versäumung binnen spätestens zwei Monaten zu einem neuen, nach Benehmen mit dem Prüfenden festzusetzenden Termin vorzuladen. Versäumt der Prüfling auch diesen Termin, so kann der Vorsitzende nach Benehmen mit dem Prüfenden die Prüfung in dem versäumten Teile als nicht bestanden erklären. Gegen den Beschluß ist binnen zwei Wochen Beschwerde bei der vorgesetzten Zentralbehörde zulässig.

(³) Wird die Prüfung in einem Zeitraum von zwei Jahren nach ihrem Beginne nicht beendet, so gilt sie in allen Teilen als nicht bestanden. Ausnahmen hiervon können nur aus besonderen Gründen gestattet werden (§ 67).

§ 61. Tritt ein Prüfling von der begonnenen Prüfung zurück, so kann die Prüfungskommission beschließen, daß die noch nicht erledigten Teile als nicht bestanden anzusehen sind. Gegen den Beschluß ist binnen zwei Wochen Beschwerde bei der vorgesetzten Zentralbehörde zulässig.

§ 62. ⁽¹⁾ Die Prüfung darf nur bei der Kommission fortgesetzt oder wiederholt werden, bei der sie begonnen ist. Ausnahmen können nur aus besonderen Gründen gestattet werden (§ 67). Mit dem auf Zulassung einer solchen Ausnahme gerichteten Gesuch ist eine Erklärung der bisherigen Prüfungskommission darüber einzureichen, ob dem Wechsel der Kommission Bedenken entgegenstehen.

⁽²⁾ Die mit dem Zulassungsgesuch eingereichten Zeugnisse (§§ 39, 40, 42, § 43 Abs. 2) sind dem Prüfling erst nach Bestehen der ganzen Prüfung zurückzugeben. Verlangt er sie früher zurück, so sind sämtliche Zentralbehörden (§ 1) durch Vermittelung des Reichskanzlers davon zu benachrichtigen, daß der Prüfling die Prüfung begonnen, aber nicht beendet hat, und daß ihm auf seinen Antrag die Zeugnisse zurückgegeben worden sind. In der Urschrift des letzten Abgangszeugnisses ist ein Vermerk über den Ausfall der begonnenen Prüfung einzutragen.

§ 63. ⁽¹⁾ Die Gebühren für die tierärztliche Prüfung sind nach der Zulassung zu entrichten (§ 44 Abs. 2) und betragen 120 M. Davon sind zu berechnen:

für den Prüfungsabschnitt I	10 M.,
für den Prüfungsabschnitt II	21 ".,
und zwar für den Unterabschnitt A ..	15 M.,
für den Unterabschnitt B	6 ".,
für den Prüfungsabschnitt III	23 ".,
und zwar für den Unterabschnitt A ..	12 M.,
für den Unterabschnitt B	6 ".,
für den Unterabschnitt C	5 ".,
für den Prüfungsabschnitt IV	10 ".,
für den Prüfungsabschnitt V	8 ".,
für den Prüfungsabschnitt VI	8 ".,
für den Prüfungsabschnitt VII	8 ".,
für sächliche und Verwaltungskosten	32 "

zusammen120 M.

(²) Die für die einzelnen Prüfungsabschnitte und Unterabschnitte ausgeworfenen Gebühren werden, soweit erforderlich, auf die verschiedenen Teile dieser Abschnitte gleichmäßig verteilt.

(³) Bei Wiederholungen kommen für jeden Abschnitt oder zusammen für die innerhalb eines Abschnitts zu wiederholenden Teile außer den Gebühren, die für jeden einzelnen zu wiederholenden Teil nach den Sätzen im Abs. 1, 2 nochmals zu erheben sind, jedesmal vier Mark, bei Wiederholung des operativen Unterabschnitts (§ 48 unter B) weitere vier Mark für sächliche und Verwaltungskosten zur Erhebung.

(⁴) Wer von der Prüfung zurücktritt, erhält vorbehaltlich der Vorschrift im Abs. 5 die Gebühren für die noch nicht begonnenen Prüfungsabschnitte oder Prüfungsteile ganz, die Gebühren für sächliche und Verwaltungskosten in Höhe der Beträge zurück, die nach dem für die Nachzahlung bei Wiederholungsprüfungen im Abs. 3 vorgesehenen Maßstab auf die noch nicht begonnenen Prüfungsabschnitte entfallen.

(⁵) Eine Zurückzahlung erfolgt jedoch nicht für Prüfungsteile, die gemäß § 60 Abs. 2, § 61 als nicht bestanden erklärt werden. Auch kann, sofern der Prüfling ohne genügende Entschuldigung in einem Prüfungstermin nicht oder nicht rechtzeitig erscheint oder von der begonnenen Prüfung zurücktritt, die Prüfungskommission durch einen mit Zustimmung des Vorsitzenden gefaßten Beschluß die nach Abs. 4 zurückzuzahlenden Gebührenbeträge ganz oder teilweise als verfallen erklären. Gegen diesen Beschluß ist binnen zwei Wochen die Beschwerde bei der vorgesetzten Zentralbehörde zulässig. Diese befindet auch über die Verwendung der verfallenen Gebühren.

§ 64. ⁽¹⁾ Die Entschädigungen für den Vorsitzenden und für dessen Stellvertreter sowie für die bei den Prüfungen neben den Mitgliedern der Prüfungskommission tätigen Beamten werden nach Maßgabe ihrer Mühewaltung von der vorgesetzten Zentralbehörde am Ende jedes Prüfungsjahrs festgesetzt und aus dem nach Deckung der sächlichen Ausgaben verbleibenden Reste des Gebührenanteils für diese und die Verwaltungskosten bestritten.

⁽²⁾ Ueber die Verwendung der hiernach noch erwachsenen Ersparnisse befindet gleichfalls die vorgesetzte Zentralbehörde.

C. Erteilung der Approbation.

§ 65. ⁽¹⁾ Hat ein Prüfling die tierärztliche Prüfung vollständig bestanden, so reich der Vorsitzende der Prüfungskommission die Prüfungsakten der vorgesetzten Zentralbehörde zur Erteilung der Approbation ein.

⁽²⁾ Die Approbation wird nach dem beigefügten Muster 7 ausgestellt.

§ 66. Dem Reichskanzler werden von den Zentralbehörden Verzeichnisse der im abgelaufenen Prüfungsjahr approbierten Tierärzte mit den Prüfungsakten für die tierärztliche Prüfung eingereicht. Die Akten sind der Zentralbehörde wieder zurückzusenden.

D. Befreiungsgesuche.

§ 67. Ueber die Zulassung der in § 3 Abs. 1, § 7 Abs. 2, § 9 Abs. 2, § 16 Abs. 1, § 19 Abs. 1, 2, § 28 Abs. 1, § 39 Abs. 3, § 40 Abs. 2, § 41 Abs. 3, § 42 Abs. 4, § 60 Abs. 3 und § 62 Abs. 1 vorgesehenen Ausnahmen entscheidet der Reichskanzler in Uebereinstimmung mit der zuständigen Zentralbehörde.

E. Schluß- und Uebergangsbestimmungen.

§ 68. Vorstehende Bestimmungen treten am 1. April 1913 in Kraft.

§ 69. Studierende, die vor dem 1. April 1913 das tierärztliche Studium begonnen haben und sich spätestens am 1. Oktober 1914 zur Ablegung der naturwissenschaftlichen Prüfung melden, dürfen diese, einschließlich etwaiger Wiederholungsprüfungen, auf ihren Antrag, unbeschadet der Vorschrift im § 71, nach den bisherigen Bestimmungen ablegen.

§ 70. Wer die naturwissenschaftliche Prüfung nach den bisherigen Vorschriften vollständig bestanden hat oder gemäß § 69 weiterhin besteht, hat nach den bisherigen Vorschriften auch die tierärztliche Fachprüfung abzulegen. Wer sich nicht spätestens bis zum 1. April 1919 zur tierärztlichen Fachprüfung meldet, hat sich der tierärztlichen Prüfung nach der neuen Prüfungsordnung zu unterziehen; der tierärztlichen Prüfung hat die Ablegung der tierärztlichen Vorprüfung vorherzugehen. Das Gleiche gilt von solchen nach den bisherigen Vorschriften zugelassenen Prüflingen, die die tierärztliche Fachprüfung nicht spätestens bis zum 1. April 1921 bestanden haben.

§ 72. Die vorstehenden Bestimmungen finden auf die zum Dienste im Reichsheer bestimmten Militärveterinäre mit folgenden Vorbehalten Anwendung:

- a) Die Studierenden der Militär-Veterinär-Akademie in Berlin und der Militärabteilung der tier-

ärztlichen Hochschule in Dresden sind von der Prüfung in der Hufkunde einschließlich der Hufbeschlagskunde (§ 45 unter III und § 48 unter C) zu entbinden, falls sie eine solche Prüfung bereits an einer anderen tierärztlichen Lehranstalt oder an einer Militärlehrschmiede bestanden haben.

- b) Die Vorschrift im § 69 gilt für solche Studierende auch dann, wenn sie das tierärztliche Studium vor dem 1. April 1915 begonnen haben und sich spätestens am 1. Oktober 1916 zur Ablegung der naturwissenschaftlichen Prüfung melden.
 - c) Die Vorschrift im § 70 gilt für solche Studierende auch dann, wenn sie sich bis zum 1. April 1921 zur tierärztlichen Fachprüfung melden und diese Prüfung bis zum 1. April 1923 bestanden haben.
-

IV.

Die Prüfungsordnung für Tierärzte
vom 21. August 1925.

Auf Grund der Bestimmungen im § 29 der Reichsgewerbeordnung in Verbindung mit Artikel 179 Abs. 2 der Reichsverfassung wird nach Zustimmung des Reichsrats verordnet:

A. Behörden, die Approbationen erteilen.

§ 1.

Zur Erteilung der Approbation als Tierarzt für das Reichsgebiet sind die obersten Landesbehörden der Länder befugt, die tierärztliche Hochschulen oder veterinärmedizinische Fakultäten haben.

B. Vorschriften über den Nachweis der
Befähigung als Tierarzt.

§ 2.

(1) Die Approbation erhält, wer die tierärztliche Prüfung vollständig bestanden hat.

(2) Der tierärztlichen Prüfung hat die tierärztliche Vorprüfung voranzugehen.

(3) Die Zulassung zu den Prüfungen und die Erteilung der Approbation sind zu versagen, wenn schwere strafrechtliche oder sittliche Verfehlungen vorliegen. Die Entscheidung erfolgt endgültig durch die zuständige oberste Landesbehörde des Landes, in dem die Zulassung zu den Prüfungen oder die Erteilung der Approbation nachgesucht wird; sie ist bindend für alle anderen obersten Landesbehörden (§ 1) und diesen durch Vermittlung

des Reichsministers des Innern mitzuteilen.

I. Tierärztliche Vorprüfung.

a) Allgemeine Bestimmungen.

§ 3.

(1) Die tierärztliche Vorprüfung ist vor dem Prüfungsausschuß der Hochschule oder Universität abzulegen, an der der Studierende dem veterinärmedizinischen Studium obliegt. Ausnahmen hiervon können nur aus besonderen Gründen gestattet werden (§74).

(2) Bei den tierärztlichen Hochschulen besteht der Prüfungsausschuß aus den Professoren der Prüfungsfächer (§ 6 Abs. 3) und aus dem Rektor der Hochschule, in dessen Behinderung seinem Stellvertreter, als Vorsitzenden. Sind mehrere Professoren für ein Prüfungsfach an einer Hochschule vorhanden, so bestimmt für dieses Fach die vorgesetzte oberste Landesbehörde (§ 1) nach Anhörung des Professorenkollegiums, wer von ihnen Mitglied des Prüfungsausschusses ist. Die oberste Landesbehörde regelt auch im Falle des Fehlens einer Lehrkraft für ein Prüfungsfach die Vertretung.

(3) Bei den Universitäten wird der Prüfungsausschuß für jedes Prüfungsjahr, das vom 1. Oktober bis 30. September dauert, von der obersten Landesbehörde (§ 1) nach Anhörung der veterinärmedizinischen Fakultät berufen. In der Regel sind der Vorsitzende und sein Stellvertreter den ordentlichen Professoren der veterinärmedizinischen Fakultät, die Mitglieder den Universitätslehrern der Prüfungsfächer (§ 6 Abs. 3) zu entnehmen.

§ 4.

Der Vorsitzende nimmt die Gesuche um Zulassung zur Prüfung entgegen. Er leitet die Prüfung, ist berechtigt, ihr in allen Fächern beizuwohnen, achtet darauf, daß die Bestimmungen der Prüfungsordnung genau befolgt werden, ordnet bei vorübergehender Behinderung eines Mitgliedes des Prüfungsausschusses dessen Stellvertretung an, stellt die Gesamtergebnisse der Prüfung fest, führt den Vorsitz bei allen Beratungen und Beschlußfassungen des Prüfungsausschusses und hat die ihm in dieser Prüfungsordnung sonst noch überwiesenen Befugnisse und Pflichten. Unmittelbar nach dem Schlusse jedes Prüfungsjahres berichtet er der vorgesetzten Behörde über die Tätigkeit des Ausschusses und legt Rechnung über die Gebühren.

§ 5.

Ueber jede Prüfung ist eine Niederschrift anzufertigen, in der die Gegenstände, die Tage und das allgemeine Ergebnis der Prüfung sowie die Urteile in den einzelnen Fächern für jeden Prüfling zu vermerken sind. Die Niederschrift ist von dem Vorsitzenden und den Mitgliedern des Ausschusses zu unterzeichnen und nach den hierüber von der obersten Landesbehörde (§ 3 Abs. 2 und 3) zu erlassenden Bestimmungen aufzubewahren.

§ 6.

(1) Der Reichsminister des Innern und die oberste Landesbehörde (§ 3 Abs. 2 und 3) können zu den Prüfungen Vertreter entsenden.

(2) Die tierärztliche Vorprüfung ist öffentlich.

(3) Sie besteht aus einem naturwissenschaftlichen und einem anatomisch-physiologischen Abschnitt, von denen

a) der naturwissenschaftliche Abschnitt

Zoologie,

Botanik,

Chemie,

Physik;

b) der anatomisch-physiologische Abschnitt

Anatomie,

Gewebelehre,

Physiologie

als Prüfungsfächer umfaßt.

(4) Der naturwissenschaftliche Abschnitt muß vor dem anatomisch-physiologischen erledigt werden.

§ 7.

(1) Dem an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richtenden Gesuch um Zulassung zur Vorprüfung ist das Zeugnis der Reife eines Gymnasiums, eines Realgymnasiums oder einer Oberrealschule innerhalb des Deutschen Reiches beizufügen.

(2) Das Zeugnis der Reife eines Gymnasiums, eines Realgymnasiums oder einer Oberrealschule außerhalb des Deutschen Reiches darf nur ausnahmsweise als genügend erachtet werden (§ 74).

(3) Inhaber des Reifezeugnisses einer Oberrealschule haben nachzuweisen, daß sie in der lateinischen Sprache die Kenntnisse besitzen, die für die Versetzung nach Obersekunda eines Realgymnasiums erforderlich sind.

Als Nachweis hierfür dient entweder ein mindestens genügendes Urteil im Lateinischen im Reifezeugnis einer Oberrealschule mit wahlfreiem Lateinunterricht oder ein auf Grund einer Prüfung ausgestelltes Zeugnis des Leiters eines Gymnasiums oder Realgymnasiums innerhalb des Deutschen Reiches. Andere Nachweise über Kenntnisse in der lateinischen Sprache dürfen ausnahmsweise als genügend erachtet werden (§ 74).

§ 8.

(1) Für die Zulassung zum naturwissenschaftlichen Abschnitt der Vorprüfung hat der Prüfling nachzuweisen, daß er nach Erlangung des Reifezeugnisses (§ 7) mindestens drei Halbjahre dem tierärztlichen Studium an tierärztlichen Hochschulen oder veterinärmedizinischen Fakultäten des Deutschen Reiches obgelegen, dabei an einem chemischen Praktikum regelmäßig und mit Erfolg teilgenommen hat und daß er je eine Vorlesung über Zoologie, Botanik und Physik sowie über Chemie in beiden Hauptteilen gehört hat.

(2) Für die Zulassung zum anatomisch-physiologischen Abschnitt der Vorprüfung hat der Prüfling nachzuweisen, daß er nach Erlangung des Reifezeugnisses (§ 7) während eines weiteren Halbjahres, insgesamt also vier Halbjahre, dem tierärztlichen Studium an den im Abs. 1 bezeichneten Anstalten obgelegen hat. Ferner hat er nachzuweisen, daß er an den anatomischen Präparierübungen während zweier Halbjahre sowie an dem Kursus in der Gewebelehre und in der Technik der Gewebelehre, ferner an einem physiologischen Praktikum, das sich auch auf die physiologische Chemie zu erstrecken hat, während eines Halbjahres regelmäßig und mit Erfolg teilgenommen hat und daß er je eine Vorlesung über Anatomie und

Physiologie während zweier Halbjahre sowie über Gewebelehre während eines Halbjahres gehört hat.

(3) Ausnahmen von einzelnen dieser Voraussetzungen dürfen nur aus besonderen Gründen gestattet werden (§74).

§ 9.

Ausnahmsweise darf diejenige Studienzeit ganz oder teilweise angerechnet werden (§ 74), die

- a) vor oder nach der Erlangung des Reifezeugnisses (§ 7) einem dem tierärztlichen verwandten Universitätsstudium oder gleichwertigen Hochschulstudium gewidmet,
- b) an einer ausländischen Universität oder Hochschule zurückgelegt ist.

§ 10.

(1) Die ordentlichen Vorprüfungen werden nur in der Zeit vom 1. bis 15. März oder vom 1. bis 15. August abgehalten, die Wiederholungsprüfungen müssen bis Ende Mai und Ende November jedes Jahres beendet sein. Zulassungsgesuche sind spätestens bis zum 20. Februar oder 20. Juli einzureichen. Später eingehende Gesuche werden nur bei hinreichender Begründung berücksichtigt.

(2) Von einem Prüfer dürfen nicht mehr als sechs Prüflinge gleichzeitig geprüft werden.

(3) Die erstmalige Meldung zur Vorprüfung kann das Gesuch um Zulassung zu beiden Abschnitten oder nur zum naturwissenschaftlichen Abschnitt enthalten (vgl. § 21 Abs. 3). Eine erstmalige Meldung zu einzelnen Fächern des naturwissenschaftlichen Abschnittes ist, abgesehen von den Ausnahmen nach § 20, nicht zulässig.

§ 11.

(1) Die in den §§ 7 bis 9 bezeichneten Nachweise sind in Urschrift vorzulegen.

(2) Der Nachweis des Studiums und der Studierendauer wird durch das Anmeldebuch oder durch Abgangszeugnisse, die sonstigen im § 8 erfordernten Nachweise werden durch besondere, nach dem beigefügten Muster 1 auszustellende Zeugnisse geführt.

B) N a t u r w i s s e n s c h a f t l i c h e r
A b s c h n i t t d e r V o r p r ü f u n g .

§ 12.

(1) Die Prüfung ist, wenn angängig, in allen Fächern an einem Tage vorzunehmen. Der Termin ist vom Vorsitzenden im Einvernehmen mit den Prüfenden und unter Beachtung der Bestimmungen im § 10 Abs. 1 festzusetzen. Die Prüfung in jedem Fache soll etwa 10 bis 15 Minuten dauern.

(2) In der Zoologie hat sich die Prüfung auf die Grundzüge der vergleichenden Anatomie, die Wirbeltiere und die tierischen Schmarotzer, in der Botanik auf die Grundzüge der Anatomie und Physiologie der Pflanzen und auf einen allgemeinen Ueberblick des Pflanzenreichs namentlich mit Rücksicht auf die Futter- und sonstigen landwirtschaftlichen Pflanzen sowie die Arznei- und Giftpflanzen, in der Physik und Chemie auf die besonderen Bedürfnisse des Tierarztes zu beschränken.

(3) Bei der Prüfung ist auch darauf zu achten, daß der Prüfling sprachliches Verständnis für die

Fachausdrücke besitzt.

§ 13.

(1) Für jedes Fach wird über den Ausfall der Prüfung von dem Prüfenden ein Urteil abgegeben, für das ausschließlich die Bezeichnungen: sehr gut (1), gut (2), genügend (3), ungenügend (4), schlecht (5) zulässig sind. Wer eines der erstgenannten drei Urteile erhält, hat die Prüfung in dem Fache bestanden.

(2) In Fächern, in denen das Urteil "ungenügend" oder "schlecht" lautet, ist die Prüfung nicht bestanden und muß wiederholt werden.

(3) Die Frist, nach deren Ablauf die Wiederholungsprüfung erfolgen kann, wird von dem Vorsitzenden für alle zu wiederholenden Fächer nach Anhörung der Prüfer einheitlich bestimmt. Sie richtet sich nach den abgegebenen Urteilen und der Zahl der nicht bestandenen Prüfungsfächer und darf nicht unter einem Monat betragen. Die vom Vorsitzenden festgesetzte Frist für die Wiederholungsprüfung soll den Beginn der nächsten ordentlichen Prüfung nicht überschreiten.

§ 14.

(1) Meldet sich der Prüfling ohne genügende Entschuldigung nicht vor Ablauf der Endfrist zur Wiederholung der Prüfung, so kann der Prüfungsausschuß bestimmen, daß die Prüfung von Anfang an zu wiederholen ist, wobei auch die bereits erledigten Fächer als nicht bestanden und der nicht verwendete Gebührenrest als verfallen gelten. Gegen den Beschluß ist binnen zwei Wochen Beschwerde bei der obersten Landesbehörde

(§ 3 Abs. 2 und 3) zulässig.

(2) Wird der naturwissenschaftliche Abschnitt der Vorprüfung in einem Zeitraum bis zur zweitnächsten ordentlichen Prüfung nicht vollständig beendet, so gilt er in allen Fächern als nicht bestanden, und der nicht verwendete Gebührenanteil ist verfallen. Ausnahmen können nur aus besonderen Gründen gestattet werden (§ 74).

§ 15.

Tritt ein Prüfling im Prüfungstermin nach Beginn der Prüfung zurück, so kann der Prüfungsausschuß beschließen, daß die Prüfung in allen noch nicht erledigten Fächern als nicht bestanden anzusehen ist (§ 13 Abs. 2). Gegen den Beschluß ist binnen zwei Wochen Beschwerde bei der obersten Landesbehörde (§ 3 Abs. 2 und 3) zulässig.

§ 16.

(1) Hat ein Prüfling den naturwissenschaftlichen Abschnitt der Vorprüfung vor der Beendigung unterbrochen, so darf er ihn nur bei dem Prüfungsausschuß fortsetzen, bei dem er ihn begonnen hat. Ausnahmen können nur aus besonderen Gründen gestattet werden (§ 74).

(2) Die Wiederholungsprüfung muß, sofern der Prüfling seine Studien an einer anderen tierärztlichen Hochschule oder Universität fortsetzt, vor dem Prüfungsausschusse dieser Hochschule oder Universität abgelegt werden. Diese hat die Prüfungsakten von dem bisherigen Prüfungsausschuß einzufordern.

(3) Die auf Grund des § 13, § 14, § 15 getroffenen Entscheidungen sind für alle Prüfungsausschüsse bindend.

§ 17.

(1) Die Wiederholungsprüfung findet in Anwesenheit des Vorsitzenden statt. Sofern der Prüfende oder der Prüfling es beantragt, ist ein Beisitzer hinzuzuziehen. Der Beisitzer wird aus den Mitgliedern des Prüfungsausschusses durch den Vorsitzenden bestimmt. Bei der Wiederholungsprüfung ist eine genaue Niederschrift aufzunehmen, aus welcher der Gang der Prüfung zu ersehen ist. Sie ist außer von dem Prüfenden auch von dem Vorsitzenden und gegebenenfalls von dem Beisitzer zu unterzeichnen.

§ 18.

Wer auch bei der Wiederholung nicht besteht, wird zu einer nochmaligen Prüfung nicht zugelassen. Ausnahmen dürfen nur aus besonderen Gründen gestattet werden (§ 74).

§ 19.

(1) Nach Abschluß jeder Prüfung und Wiederholungsprüfung sind das Ergebnis und die gemäß § 13 Abs. 2, 3, § 14, § 15 getroffenen Entscheidungen, soweit nicht der Vorsitzende selbst daran beteiligt ist, diesem von den Prüfenden binnen drei Tagen mitzuteilen. Verläßt der Prüfling vor vollständiger Erledigung des naturwissenschaftlichen Abschnitts der Vorprüfung die Hochschule oder Universität, so ist ein entsprechender Vermerk in das Abgangszeugnis einzutragen.

(2) Ueber den Ausfall des naturwissenschaftlichen Abschnitts der Vorprüfung ist dem Prüfling eine vorläufige Bescheinigung nach dem beigefügten Muster 2

zu erteilen. Ueber eine Wiedernolung der Prüfung ist die Bescheinigung nach dem Muster 3 auszustellen.

(3) Die Feststellung des Gesamtergebnisses der Vorprüfung erfolgt erst nach Beendigung des anatomisch-physiologischen Abschnitts (§ 32).

§ 20.

(1) Das Bestehen der Ärztlichen Vorprüfung kann dem Bestehen des naturwissenschaftlichen Abschnitts der tierärztlichen Vorprüfung ganz oder teilweise gleichgeachtet werden (§ 74). Das Bestehen der pharmazeutischen Prüfung befreit von der Prüfung in der Botanik, Chemie und Physik. Wer an einer Universität oder anderen Hochschule des Deutschen Reiches auf Grund einer Prüfung in den Naturwissenschaften die Doktorwürde erworben hat, wird im naturwissenschaftlichen Abschnitt der tierärztlichen Vorprüfung nur in den Fächern geprüft, die nicht Gegenstand der Promotionsprüfung gewesen sind.

(2) Die Anrechnung einer anderweitigen Prüfung an deutschen Universitäten oder Hochschulen in den Fächern des naturwissenschaftlichen Abschnitts der tierärztlichen Vorprüfung auf diese Prüfung kann ausnahmsweise gestattet werden (§ 74).

c) A n a t o m i s c h - p h y s i o l o g i -
s c h e r A b s c h n i t t d e r
V o r p r ü f u n g .

§ 21.

(1) Der anatomisch-physiologische Abschnitt der Vorprüfung muß, sofern der Prüfling nach Bestehen des

naturwissenschaftlichen Abschnitts das Studium an einer anderen tierärztlichen Hochschule oder Universität fortsetzt, vor dem Prüfungsausschuß dieser Hochschule oder Universität erledigt werden. Dieser hat die Akten von dem bisherigen Prüfungsausschuß einzufordern.

(2) Die an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richtenden Gesuche um Zulassung zum anatomisch-physiologischen Abschnitt der Vorprüfung müssen sich auf diesen Abschnitt als Ganzes erstrecken und dürfen nicht auf einzelnen Fächer beschränkt werden. Abgesehen von den nach § 8 Abs. 2, § 9, § 11 erforderlichen Nachweisen sind den Gesuchen die Bescheinigungen über das Bestehen des naturwissenschaftlichen Abschnitts (§ 19 Abs. 2) oder die nach § 20 zulässigen anderweiten Nachweise beizufügen.

(3) Eine Meldung vor vollständiger Erledigung des naturwissenschaftlichen Abschnitts ist zulässig (vgl. § 10 Abs. 3). Jedoch ist die Vorschrift im § 6 Abs. 4 zu beachten. Die vorläufige Bescheinigung gemäß § 19 Abs. 2 ist alsdann sofort nach Erteilung nachzureichen.

(4) Die Meldung zum anatomisch-physiologischen Abschnitt ist spätestens ein Jahr nach Erledigung des naturwissenschaftlichen Abschnitts einzureichen. Wird diese Frist versäumt, so kann der Prüfungsausschuß beschließen, daß, wenn sich der Prüfling nicht binnen einer weiteren Frist von drei Monaten meldet, die Prüfung in dem naturwissenschaftlichen Abschnitt als nicht abgelegt anzusehen ist. Die dreimonatige Frist läuft vom Tage der Aushändigung des Beschlusses an den Prüfling. Gegen den Beschluß ist binnen zwei Wochen die Beschwerde an die oberste Landesbehörde (§ 3 Abs. 2 und 3) zulässig.

§ 22.

Der Vorsitzende teilt die bei ihm einlaufenden und zur Zulassung geeigneten Meldungen zum anatomisch-physiologischen Abschnitt den für die einzelnen Fächer zuständigen Mitgliedern des Prüfungsausschusses mit.

§. 23.

- (1) In der anatomischen Prüfung, die in der Regel an zwei Tagen zu erledigen ist, hat der Prüfling
 - a) den Inhalt einer Körperhöhle vollständig oder teilweise zu erläutern und herauszunehmen,
 - b) eine Aufgabe aus der Lehre vom Bewegungsapparat und
 - c) eine Aufgabe aus der Lehre von den Eingeweiden und Sinnesorganen zu behandeln.
- (2) Die Aufgaben unter b und c können durch einen mündlichen Vortrag oder durch die Erläuterung vorgelegter Körperteile oder durch die Anfertigung eines Präparats vor den Augen des Prüfers erledigt werden.
- (3) Sämtliche Prüfungsgegenstände werden durch das Los bestimmt. Fragen aus der Entwicklungslehre können mit jedem Prüfungsgegenstande verbunden werden.

§ 24.

Bei der Prüfung in der Gewebelehre hat der Prüfling zwei durch das Los bestimmte Aufgaben zu lösen. Bei einer von beiden muß er ein ihm vorgelegtes mikroskopisches Präparat beurteilen und erläutern.

In der physiologischen Prüfung, die an einem Tage zu erledigen ist, hat der Prüfling zwei durch das Los bestimmte Aufgaben zu behandeln und hierbei den Nachweis zu führen, daß er sich mit der gesamten Physiologie, insbesondere der physiologischen Chemie, vertraut gemacht hat.

§ 26.

(1) Bei den einzelnen Prüfungsgegenständen ist darauf zu achten, daß der Prüfling sprachliches Verständnis für die tiermedizinischen Fachausdrücke besitzt.

(2) Für Anatomie, Gewebelehre und Physiologie wird über den Ausfall der Prüfung je ein Urteil nach den im § 13 Abs. 1 aufgestellten Grundsätzen abgegeben.

(3) In Fächern, in denen das Urteil "ungenügend" oder "schlecht" lautet, muß die Prüfung wiederholt werden. Der Prüfende kann die Wiederholungsprüfung in der Anatomie oder Physiologie auf einen bestimmten Teil dieser Fächer beschränken. Die Beschränkung ist in die Niederschrift über die Prüfung einzutragen.

(4) Die Festsetzung der Wiederholungsfrist regelt sich nach der Vorschrift des § 13 Abs. 3.

§ 27.

(1) Meldet sich der Prüfling ohne genügende Entschuldigung nicht vor Ablauf der Endfrist zur Wiederholung der Prüfung, so kann der Prüfungsausschuß bestimmen, daß der anatomisch-physiologische Abschnitt der Prüfung von Anfang an zu wiederholen ist, wobei auch die bereits erledigten Fächer als nicht bestanden

und der nicht verwendete Gebührenrest als verfallen gelten. Gegen den Beschluß ist binnen zwei Wochen Beschwerde bei der obersten Landesbehörde (§ 3 Abs. 2 und 3) zulässig.

(2) Wird der anatomisch-physiologische Abschnitt der Vorprüfung in einem Zeitraum bis zur zweitnächsten ordentlichen Prüfung nicht vollständig beendet, so gilt er in allen Fächern als nicht bestanden und der nicht verwendete Gebührenrest als verfallen. Ausnahmen können nur aus besonderen Gründen gestattet werden (§ 74).

§ 28.

Tritt der Prüfling, nachdem er den anatomisch-physiologischen Abschnitt begonnen hat, von der Fortsetzung zurück, so kann der Prüfungsausschuß beschließen, daß die Prüfung in allen noch nicht erledigten Fächern dieses Abschnittes als nicht bestanden anzusehen ist (§ 26 Abs. 3). Gegen den Beschluß ist binnen zwei Wochen die Beschwerde bei der obersten Landesbehörde (§ 3 Abs. 2 und 3) zulässig.

§ 29.

Auf eine Unterbrechung des anatomisch-physiologischen Abschnitts der Vorprüfung sowie auf Wiederholungsprüfungen in diesem Abschnitt finden die Vorschriften im § 16 Abs. 1, 2, § 17 Abs. 1, § 18 sinngemäße Anwendung.

§ 30.

Die auf Grund des § 21 Abs. 4, § 26 Abs. 2 bis

4, § 27, § 28 getroffenen Entscheidungen sind für alle Prüfungsausschüsse bindend.

§ 31.

Nach Abschluß jeder Prüfung und Wiederholungsprüfung sind das Ergebnis und die gemäß § 21 Abs. 4, § 26 Abs. 2 bis 4, § 27, § 28 getroffenen Entscheidungen, soweit nicht der Vorsitzende selbst daran beteiligt ist, diesem von den Prüfenden binnen drei Tagen mitzuteilen. Verläßt der Prüfling vor vollständiger Beledigung des anatomisch-physiologischen Abschnitts die Hochschule oder Universität, so ist ein entsprechender Vermerk in das Abgangszeugnis einzutragen.

d) F e s t s t e l l u n g d e s G e s a m t - e r g e b n i s s e s d e r V o r p r ü - f u n g u n d G e b ü h r e n .

§ 32.

Hat ein Prüfling in allen Fächern des anatomisch-physiologischen Abschnitts mindestens "genügend" erhalten, so wird vom Vorsitzenden das Gesamtergebnis der Vorprüfung ermittelt. Dabei wird für die Anatomie das Dreifache, für die Physiologie das Zweifache, für die Gewebelehre, Zoologie, Botanik, Chemie und Physik je das Einfache der Zahl eingesetzt, die dem Urteil für jedes Fach nach der Abstufung im § 13 Abs. 1 (vgl. auch § 26 Abs. 2) zukommt. Die so gewonnenen Zahlen werden zusammengezählt; ihre Summe

wird durch 10 geteilt, wobei Brüche über ein Halb als Ganzes gerechnet, von ein Halb und darunter nicht berücksichtigt werden. Das diesem Ergebnis nach der Abstufung in § 13 Abs. 1 entsprechende Urteil wird als Gesamturteil festgesetzt und hiernach die tierärztliche Vorprüfung als bestanden erklärt.

§ 33.

Ueber das Ergebnis der tierärztlichen Vorprüfung ist dem Prüfling ein Zeugnis nach dem beigefügten Muster 4 auszustellen. Hat er eine Wiederholungsprüfung abzulegen, so werden statt des Gesamturteils die Fristen nach § 26 Abs. 4 vermerkt. Ueber die Wiederholung der Prüfung erhält der Prüfling ein Zeugnis nach Muster 5. Nach endgültiger Erledigung der Prüfung werden ihm die mit den Zulassungsgesuchen eingereichten Zeugnisse (§§ 7, 8, 9, 11) wieder ausgehändigt.

§ 34.

(1) Die Gebühren für die Prüfung werden vom Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit den obersten Landesbehörden (§ 1) festgesetzt und bekanntgegeben.

(2) Ueber die Verwendung der bei den Gebührenanteilen für sächliche und Verwaltungskosten etwa entstandenen Ersparnisse sowie der verfallenen Gebühren (§§ 14, 27) befindet die oberste Landesbehörde (§ 3 Abs. 2 und 3).

§ 35.

Dem Reichsminister des Innern werden von der obersten Landesbehörde (§ 3 Abs. 2 und 3) Verzeichnisse der Prüflinge, welche die Vorprüfung in dem abgelaufenen Prüfungsjahr bestanden haben, und auf Ersuchen auch die Prüfungsakten eingereicht. Die letzteren werden der obersten Landesbehörde zurückgesandt.

Die neue Prüfungsordnung für Tierärzte.

Von Prof. Schmaltz

II. Tierärztliche Prüfung.

§ 36.

(1) Die tierärztliche Prüfung kann vor jedem Prüfungsausschuß bei einer tierärztlichen Hochschule oder veterinärmedizinischen Fakultät des Deutschen Reichs abgelegt werden.

(2) Der Prüfungsausschuß besteht bei den tierärztlichen Hochschulen aus den ordentlichen und außerordentlichen Professoren für die Prüfungsfächer (§ 45 Abs. 1), unter Hinzutritt solcher anderen Fachmänner, die von der obersten Landesbehörde (§ 1) etwa noch beigeordnet werden, und aus dem Rektor der Hochschule, in dessen Behinderung seinem Stellvertreter, als Vorsitzendem. Sind mehrere Professoren für ein Prüfungsfach an einer Hochschule vorhanden, so bestimmt für dieses Fach die oberste Landesbehörde nach Anhörung des Professorenkollegiums, wer von ihnen Mitglied des Prüfungsausschusses ist. Die oberste Landesbehörde regelt auch im Falle des Fehlens einer Lehrkraft für ein

Prüfungsfach die Vertretung. Sie trifft ferner nach Anhörung des Professorenkollegiums Anordnung über die Zusammensetzung der einzelnen Prüfungsausschüsse und über die Verteilung der Prüfungsfächer auf die einzelnen Mitglieder.

(3) Bei den Universitäten wird der Prüfungsausschuß einschließlich des Vorsitzenden und seines Stellvertreters von der obersten Landesbehörde (§ 1) für jedes Prüfungsjahr, das vom 1. Oktober bis zum 30. September dauert, nach Anhörung der veterinärmedizinischen Fakultät aus geeigneten Fachvertretern ernannt.

§ 37.

Der Vorsitzende leitet die Prüfung, ist berechtigt, ihr in allen Abschnitten beizuwohnen, dachtet darauf, daß die Vorschriften der Prüfungsordnung befolgt werden, ordnet bei vorübergehender Behinderung eines Mitglieds dessen Stellvertretung an, stellt die Gesamtergebnisse der Prüfung fest, führt den Vorsitz bei allen Beratungen und Beschlußfassungen des Prüfungsausschusses und hat die ihm in dieser Prüfungsordnung sonst noch überwiesenen Befugnisse und Pflichten. Unmittelbar nach dem Schlusse jedes Prüfungsjahrs berichtet er der obersten Landesbehörde über die Tätigkeit des Ausschusses und legt Rechnung über die Gebühren.

§ 38.

(1) In jedem Jahre finden zwei Prüfungsperioden statt. Sie beginnen am 15. Oktober und 15. April und sollen nicht über den 15. August ausgedehnt werden.

(2) Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind bei dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses, vor dem die Prüfung abgehalten werden soll, bis zum 1. Oktober oder 1. April einzureichen. Verspätete Gesuche können nur aus besonderen Gründen berücksichtigt werden.

§ 39.

(1) Der Meldung sind die nach §§ 7 bis 9 für die Zulassung zur tierärztlichen Vorprüfung erforderlichen Nachweise sowie das Zeugnis über die vollständig bestandene tierärztliche Vorprüfung (§ 33) beizufügen.

(2) Die gemäß § 7 Abs. 2, § 9, § 20 bewilligten oder dort vorgesehenen Befreiungen gelten auch für die Beibringung der nach Abs. 1 erforderlichen Nachweise zur tierärztlichen Prüfung.

(3) Eine außerhalb des Deutschen Reichs abgelegte Prüfung darf nur ausnahmsweise an Stelle der tierärztlichen Vorprüfung als genügend angesehen werden (§ 74).

§ 40.

(1) Der Meldung ist der durch Abgangszeugnisse der Hochschulen oder Universitäten zu erbringende Nachweis beizufügen, daß der Prüfling nach Erlangung des Reifezeugnisses (§ 7) einschließlich der für die tierärztliche Vorprüfung nachgewiesenen Studienzeit mindestens n e u n Halbjahre dem tierärztlichen Studium an tierärztlichen Hochschulen oder veterinärmedizinischen Fakultäten des Deutschen Reichs obgelegen hat.

(2) Die Bestimmung des § 9 wird entsprechend angewendet.

§ 41.

(1) Von der nachzuweisenden Studienzeit müssen mindestens fünf Halbjahre nach vollständig bestandener tierärztlicher Vorprüfung zurückgelegt sein.

(2) Das Halbjahr, in dem die tierärztliche Vorprüfung bestanden ist, wird nur angerechnet, wenn die Vorprüfung bis Ende Mai oder Ende November des Jahres vollständig bestanden ist. Ausnahmen dürfen nur aus besonderen Gründen gestattet werden (§ 74).

§ 42.

(1) Der Meldung ist der Nachweis beizufügen, daß der Prüfling nach vollständig bestandener tierärztlicher Vorprüfung an einer tierärztlichen Hochschule oder an einer veterinär-medizinischen Fakultät des Deutschen Reichs

- a) während vier Halbjahren die Kliniken für große und kleine Haustiere als Praktikant sowie in einem vorangegangenen Halbjahr einen propädeutischen Unterricht in den Kliniken regelmäßig und mit Erfolg besucht hat,
- b) während zweier Halbjahre an der ambulatorischen Klinik und an Obduktionsübungen, ferner
- c) an einem pathologisch-anatomischen Demonstrationskursus, einem pathologisch-histologischen Kursus, einem Milchuntersuchungskursus, einem mikrobiologischen Kursus, einem pharmazeutischen Kursus, einem Operationskursus, einem geburtshilflichen Kursus einschließlich Trächtigkeitsdiagnose

und Sterilitätsbekämpfung, einem Hufbeschlagskursus, einem Kursus über Gesundheits- und Fütterungslehre und einem Kursus für die praktisch-züchterische Beurteilung der Haustiere sowie während zweier Halbjahre an einem Kursus über Fleischbeschau und Untersuchung sonstiger von Tieren stammender Nahrungsmittel regelmäßig und mit Erfolg teilgenommen,

- d) je eine Vorlesung über allgemeine Pathologie, pathologische Anatomie, spezielle Pathologie, allgemeine und spezielle Chirurgie, Mikrobiologie, Pharmakologie, Fleischbeschau, Milchkunde und Milchwirtschaft, allgemeine und spezielle Tierzucht, Fütterungslehre, Veterinärpolizei und gerichtliche Tiermedizin gehört hat.

(2) Die nach Abs. 1 erforderlichen Nachweise werden durch besondere, nach dem beigefügten Muster 6 auszustellende Zeugnisse der Leiter der Kliniken und Kurse (Praktikantenscheine) sowie durch die Anmeldebücher oder Abgangszeugnisse erbracht.

(3) Ausnahmen von einzelnen der im Abs. 1 genannten Voraussetzungen dürfen nur aus besonderen Gründen gestattet werden (§ 74).

§ 43.

(1) Außerdem sind der Meldung beizufügen:

- a) die Geburtsurkunde,
- b) ein eigenhändig geschriebener Lebenslauf, in dem der Gang der Studien darzulegen ist,
- c) falls die Meldung zur Prüfung nicht alsbald nach dem Abgang von der Hochschule oder Universität erfolgt, ein amtliches Zeugnis über die

Führung des Kandidaten in der Zwischenzeit.

(2) Sämtliche in den §§ 39, 40, 42 aufgeführten Nachweise nebst den im Abs. 1 unter a und c bezeichneten Zeugnissen sind in Urschrift vorzulegen.

§ 44.

Binnen einer Woche nach Empfang der Zulassungsverfügung hat sich der Prüfling bei dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses ohne besondere Aufforderung persönlich zu melden und hierbei die Verfügung nebst der Empfangsbescheinigung über die eingezahlten Gebühren (§ 71) vorzulegen.

§ 45.

(1) Die tierärztliche Prüfung umfaßt folgende Abschnitte:

- I. Angewandte Anatomie.
- II. Angewandte Physiologie.
- III. Allgemeine Pathologie, pathologische Anatomie und pathologische Gewebelehre.
- IV. Innere Medizin.
- V. Chirurgie.
- VI. Huf- und Hufbeschlagskunde.
- VII. Pharmakologie einschließlich Toxikologie und Pharmazie.
- VIII. Geburtskunde.
- IX. Allgemeine Seuchenlehre und Mikrobiologie, Gesundheitspflege.
- X. Fleischschau und Kunde der sonstigen von Tieren stammenden Nahrungsmittel.

- XI. Milchkunde und Milchwirtschaft.
- XII. Tierzucht, allgemeine Landwirtschaftslehre.
- XIII. Fütterungslehre.
- XIV. Veterinärpolizei.
- XV. Gerichtliche Tiermedizin.

(2) In einem Abschnitt sollen in der Regel nicht mehr als sechs Prüflinge gleichzeitig geprüft werden.

§ 46.

Bei den einzelnen Prüfungsgegenständen sind ihre Geschichte und, sofern sich dazu Gelegenheit bietet, die Beziehungen zu den praktisch wichtigen Gebieten der Vererbungslehre zu berücksichtigen. Auch ist darauf zu achten, daß der Prüfling sprachliches Verständnis für die tiermedizinischen Fachausdrücke besitzt. Bei den klinischen Prüfungen ist auf wirtschaftliche Behandlungsweise Wert zu legen.

§ 47.

(1) Der Reichsminister des Innern und die oberste Landesbehörde (§ 36) können zu den Prüfungen Vertreter entsenden.

(2) Zu den klinischen Prüfungen ist den Studierenden der Tiermedizin der Zutritt gestattet, die als Assistenten oder Praktikanten an der betreffenden Klinik teilnehmen. Den übrigen Prüfungen dürfen Studierende beiwohnen, die die tierärztliche Vorprüfung bestanden haben.

(3) Außerdem steht jedem Lehrer der Tiermedizin an einer tierärztlichen Hochschule oder Universität des Deutschen Reichs der Zutritt frei.

§ 48.

(1) Die Prüflinge können die Prüfung nach eigener Wahl mit je einem der Prüfungsabschnitte I bis VI (§ 45 Abs. 1) beginnen. Im übrigen bestimmt der Vorsitzende die Reihenfolge, in der die einzelnen Prüfungsabschnitte zurückzulegen sind.

(2) Der Vorsitzende hat darauf zu achten, daß zwischen den einzelnen Prüfungsabschnitten, unbeschadet der Vorschriften über die Wiederholungsfristen (§ 67 Abs. 2), in der Regel höchstens ein Zeitraum von 8 Tagen vor jedem der Abschnitte VII bis XV möglichst nur ein Zeitraum von 4 Tagen liegt.

§ 49.

Die Prüfung in der a n g e w a n d t e n
A n a t o m i e (I) ist an einem Tage zu erledigen. Der Prüfling hat vor dem Fachvertreter in einer mündlichen, 10 bis 15 Minuten dauernden Prüfung seine Vertrautheit mit der Anatomie des Aeußeren und der großen Eingeweide eines Haustiers, soweit sie als Grundlage für die Klinik, die pathologische Anatomie und die Fleischschau unentbehrlich ist, am lebenden oder toten Objekt darzutun.

§ 50.

Die Prüfung in der angewandten P h y s i o l o g i e (II) ist an einem Tage zu erledigen. Der Prüfling hat vor dem Fachvertreter in einer mündlichen, 10 bis 15 Minuten dauernden Prüfung eine praktisch wichtige Aufgabe aus der chemischen Physiologie, insbesondere der Stoffwechselphysiologie, zu behandeln.

§ 51.

Die Prüfung in der a l l g e m e i n e n
P a t h o l o g i e , d e r p a t h o l o -
g i s c h e n G e w e b e l e h r e (III) umfaßt
zwei Teile, wird von einem Prüfer abgehalten und ist
tunlichst in zwei Tagen zu erledigen. Der Prüfling hat

1. an einem Kadaver vollständig oder teilweise
die Sektion einer Haupthöhle auszuführen und
den hierbei oder an einem noch besonders zuzu-
teilenden Präparat ermittelten Befund zu er-
läutern und sofort unter Gegenzeichnung des
Prüfers niederzuschreiben, auch in einer münd-
lichen Prüfung die erforderlichen Kenntnisse
in der allgemeinen Pathologie und in der patho-
logischen Anatomie nachzuweisen;
2. ein pathologisch-anatomisches Präparat für die
mikroskopische Untersuchung anzufertigen und
zu erläutern.

§ 52.

Die Prüfung in der i n n e r e n M e d i z i n (IV)
umfaßt zwei Teile und ist möglichst an drei aufein-
anderfolgenden Tagen zu erledigen.

1. Am ersten Tage hat der Prüfling in Gegenwart des
Prüfenden ein an einer inneren Krankheit leiden-
des Haustier zu untersuchen, die Krankheit zu
bestimmen, die Aussichten für den Krankheits-
verlauf sowie den Heilplan anzugeben und zu
erläutern. Hierauf hat er über den Fall eine
Krankheitsgeschichte in wissenschaftlicher Form
auszuarbeiten und die Ausarbeitung am nächsten
Morgen dem Prüfenden zu übergeben.

2. An den beiden folgenden Tagen hat der Prüfling den Verlauf der Krankheit zu beschreiben und die Behandlung zu übernehmen. Außerdem ist er an diesen Tagen mündlich in der Lehre von den Krankheiten der Haustiere, namentlich des Pferdes und des Rindes, zu prüfen. Scheidet der dem Prüfling überwiesene Patient vor Ablauf der drei Tage aus der Behandlung aus, so bestimmt der Prüfer, ob der Prüfling einen anderen Patienten zu übernehmen hat.

§ 53.

Die Prüfung in der C h i r u r g i e (V) umfaßt zwei Unterabschnitte und ist in der Regel an vier aufeinanderfolgenden Wochentagen zu erledigen.

- a) Der c h i r u r g i s c h - k l i n i s c h e Unterabschnitt umfaßt zwei Teile und ist in der Regel an drei aufeinanderfolgenden Wochentagen zu erledigen.

1. Am ersten Tage hat der Prüfling in Gegenwart des Prüfenden ein an einer äußeren Krankheit leidendes Haustier zu untersuchen, die Krankheit zu bestimmen, die Aussichten für den Krankheitsverlauf sowie den Heilplan anzugeben und zu erläutern. Hierauf hat er über den Fall eine Krankheitsgeschichte in wissenschaftlicher Form auszuarbeiten und die Ausarbeitung am nächsten Morgen dem Prüfenden zu übergeben.

2. An den beiden folgenden Tagen hat der Prüfling den Verlauf der Krankheit zu beschreiben und die Behandlung zu übernehmen. Außerdem ist er an diesen Tagen mündlich über die allgemeine und besondere Chirurgie der Haustiere, namentlich des Pferdes und Rindes, zu prüfen. Scheidet der dem Prüfling überwiesene Patient vor Ablauf der drei Tage aus der Behandlung aus, so bestimmt der Prüfer, ob der Prüfling einen anderen Patienten zu übernehmen hat.
- b) Der o p e r a t i v e Unterabschnitt ist an einem Tage zu erledigen. Der Prüfling hat zwei Operationen am lebenden oder toten Tiere auszuführen und sich hierbei über die erforderlichen Kenntnisse in der Operations- und Instrumentenlehre auszuweisen.

§ 54.

Die Prüfung in der H u f - u n d H u f b e - s c h l a g s k u n d e (VI) ist an einem Tage zu erledigen. Der Prüfling hat den Beschlag eines vorgestellten Pferdes zu beurteilen und eine Operation am toten Hufe auszuführen. Ferner hat er sich über ausreichende Kenntnisse im Huf- und Klauenbeschlag und in den Krankheiten des Hufes und der Klauen auszuweisen.

§ 55.

Die p h a r m a k o l o g i s c h - t o x i - k o l o g i s c h e u n d p h a r m a z e u t i s c h e Prüfung (VII) umfaßt zwei Teile, wird von einem Prüfer

abgehalten und ist an einem Tage zu erledigen.

1. Der Prüfling hat von je zwei durch das Los bestimmten Arzneistoffen und Arzneipräparaten die Abstammung, die Bestandteile, die Herstellung, Wirkung, Anwendung und Abmessung anzugeben, sodann zwei Aufgaben über Arzneiverordnungen in Gegenwart des Prüfenden schriftlich zu lösen. Außerdem hat er sich über die für den Tierarzt erforderlichen Kenntnisse in der Toxikologie in mündlicher Prüfung auszuweisen.
2. Er hat in Gegenwart des Prüfenden auf Grund von zwei vorgelegten Arzneiverordnungen entsprechende Arzneien anzufertigen und mündlich darzutun, daß er in der Pharmazie die für den Tierarzt erforderlichen Kenntnisse besitzt.

§ 56.

Die Prüfung in der G e b u r t s k u n d e (VIII) ist an einem Tage zu erledigen. Der Prüfling muß sich in einer mündlichen und praktischen Prüfung in der Geburtskunde unterrichtet zeigen, an einem lebenden Tiere oder an einem Phantom die gewöhnlichen und verschiedene abweichende Lagen erläutern, einen geburtshilflichen Fall untersuchen, die Diagnose stellen, erforderlichenfalls die Aussichten für den Krankheitsverlauf und den Heilplan dartun sowie eine Niederschrift über den Fall in wissenschaftlicher Form innerhalb 24 Stunden abgeben, sich über die Kenntnis der geburtshilflichen Operationen und Werkzeuge ausweisen und über die Krankheiten des Muttertiers und der Jungen Auskunft geben können. Ferner muß der Prüfling ausreichende Kenntnisse in der Sterilitätsbehandlung und in der Trächtigkeitsdiagnose dartun.

§ 57.

Die Prüfung in der a l l g e m e i n e n S e u -
c h e n l e h r e , M i k r o b i o l o g i e u n d
G e s u n d h e i t s p f l e g e (IX) ist mündlich;
sie ist in der Regel an einem Tage zu erledigen und um-
faßt zwei Teile. Der Prüfling hat

1. ein mikrobiologisches Präparat für die
mikroskopische Untersuchung anzufertigen und
zu erläutern, sodann in einer mündlichen
Prüfung Kenntnisse in der allgemeinen Seuchen-
lehre, insbesondere über die Krankheitserreger
bei Tieren und über Schutzimpfungen nachzu-
weisen,
2. sich über ausreichende Kenntnisse in der Lehre
von der Beschaffenheit des Bodens, der Luft
und des Wassers in gesundheitlicher Hinsicht
sowie in der Lehre von der zweckentsprechenden
Haltung und Pflege der Tiere (einschließlich
der Stalleinrichtung) auszuweisen.

§. 58.

Die Prüfung in der F l e i s c h b e s c h a u
u n d K u n d e d e r s o n s t i g e n v o n
t i e r e n s t a m m e n d e n N a h r u n g s -
m i t t e l (X) umfaßt zwei Teile und ist an
einem Tage zu erledigen. Der Prüfling hat

1. in einer mündlichen Prüfung Kenntnisse von
den gesetzlichen Vorschriften über die Fleisch-
beschau sowie in der Kunde der sonstigen von
Tieren stammenden Nahrungsmittel (außer Milch
s. § 59) nachzuweisen,

2. die vorschriftsmäßige Fleischschau an einem geschlachteten Tiere auszuführen und sich über die Verwendbarkeit des Fleisches zum Genuß für Menschen zu äußern, auch den Befund und die Beurteilung unter Gegenzeichnung des Prüfers niederzuschreiben.

§ 59.

Die Prüfung in der M i l c h k u n d e und M i l c h w i r t s c h a f t (XI) ist mündlich und an einem Tage zu erledigen. Der Prüfling hat die auf diesem Gebiet für einen Tierarzt erforderlichen Kenntnisse nachzuweisen, wobei auch die marktmäßige Untersuchung der Milch zu berücksichtigen ist.

§ 60.

Die Prüfung in der T i e r z u c h t sowie in der a l l g e m e i n e n L a n d w i r t s c h a f t s l e h r e (XII) ist mündlich, umfaßt zwei U n t e r a b s c h n i t t e und ist in der Regel an einem Tage zu erledigen.

a) Der U n t e r a b s c h n i t t über T i e r z u c h t u m f a ß t z w e i T e i l e . Der Prüfling hat

1. ausreichende Kenntnis in der allgemeinen und besonderen Tierzuchtlehre nachzuweisen,
2. ein Haustier auf seine Brauchbarkeit als Nutz- und Zuchttier zu begutachten.

b) In dem die a l l g e m e i n e L a n d w i r t s c h a f t s l e h r e betreffenden Unterabschnitt hat der Prüfling in einer

Prüfungszeit von 10 bis 15 Minuten Kenntnisse in den Grundzügen dieser Lehre, insbesondere in denjenigen Teilen der Lehre von den landwirtschaftlichen Betriebsmitteln, von den Betriebsarten und von der Wirtschaftsführung nachzuweisen, die für die Züchtung und Haltung landwirtschaftlicher Haustiere von wesentlicher Bedeutung sind.

§ 61.

Die Prüfung in der Fütterungslehre (XIII) ist an einem Tage zu erledigen. Der Prüfling hat in einer mündlichen Prüfung Kenntnisse in der Lehre von den Futtermitteln, den Fütterungsregeln für verschiedene Nutzungszwecke und in der Ernährung der landwirtschaftlichen Haustiere nachzuweisen.

§ 62.

Die Prüfung in der Veterinärpolizei (XIV) ist mündlich und an einem Tage zu erledigen. Sie hat sich zu erstrecken auf die Grundzüge der Veterinärpolizei und die wichtigeren Bestimmungen der Viehseuchengesetzgebung sowie auf Ursachen, Erscheinungen, Verlauf, veterinärpolizeiliche Behandlung und wirtschaftliche Bedeutung der Viehseuchen, die der Anzeigepflicht unterliegen.

§ 63.

Die Prüfung in der g e r i c h t l i c h e n
T i e r m e d i z i n (XV) ist mündlich und an einem
Tage zu erledigen. Sie hat sich zu erstrecken auf die
gesetzliche und vertragsmäßige Gewährleistung beim
Viehkauf und auf die in Betracht kommenden Mängel und
Eigenschaften bei den Tieren sowie auf die für den
Tierarzt wichtigen Haftpflichtbestimmungen.

§ 64.

Für jeden Prüfling wird über jeden Prüfungsteil
von dem Prüfenden eine besondere Niederschrift unter
Anführung der Prüfungstage, der Prüfungsgegenstände
und der Urteile über den Prüfungsausfall, bei dem
Urteil "ungenügend" oder "schlecht" unter kurzer Angabe
der Gründe, aufgenommen.

§ 65.

(1) Nach Beendigung jedes Prüfungsabschnitts haben
die Prüfenden dem Vorsitzenden die Prüfungsakten so-
fort zuzusenden. Der Prüfling hat sich nach Beendigung
eines Abschnitts zur Entgegennahme der Mitteilung des
Ergebnisses ohne besondere Aufforderung binnen zwei
Tagen bei dem Vorsitzenden oder nach dessen Bestimmung
im Geschäftsraum des Prüfungsausschusses und, sofern
er bestanden hat, binnen weiteren 24 Stunden bei dem
oder den Prüfenden für den nächstfolgenden Prüfungsab-
schnitt zur Anberaumung des ferneren Termins per-
sönlich zu melden (vgl. § 69).

(2) Ist ein Prüfungsabschnitt nicht vollständig bestanden, so entscheidet der Vorsitzende nach Anhörung des Prüfers und des Prüflings, ob dieser sich der Prüfung in einem anderen Abschnitt unterziehen darf, oder ob er erst den begonnenen Abschnitt zu erledigen hat. Ist die Prüfung fortzusetzen, so gilt wegen der Meldung zur Anberaumung des ferneren Termins Abs. 1.

§ 66.

(1) Ueber den Ausfall der Prüfung in jedem Teile der fünfzehn Prüfungsabschnitte wird ein besonderes Urteil unter ausschließlicher Anwendung der Bezeichnungen: sehr gut (1), gut (2), genügend (3), ungenügend (4) und schlecht (5) von den Prüfenden abgegeben. Wer eins der erstgenannten drei Urteile erhält, hat die Prüfung in dem betreffenden Teile bestanden.

(2) Nach vollständig bestandener Prüfung wird von dem Vorsitzenden das Gesamtergebnis in der Weise festgestellt, daß die Zahlen, die nach der Abstufung im Abs. 1 den einzelnen Urteilen entsprechen, für alle Prüfungsteile zusammengezählt werden und daß die Summe durch die Zahl der Teile (24) geteilt wird. Brüche über ein Halb werden als Ganzes gerechnet, von ein Halb und darunter nicht berücksichtigt. Das Urteil, das der so gewonnenen Zahl nach der Abstufung im Abs. 1 entspricht, wird als Gesamturteil festgesetzt.

§ 67.

(1) Lautet in einem Prüfungsteil das Urteil "ungenügend" oder "schlecht," so gilt er als nicht bestanden, und die Prüfung in ihm muß wiederholt werden.

(2) Die Frist, nach deren Ablauf die Wiederholungsprüfung erfolgen kann, beträgt je nach den abgegebenen Urteilen ein bis sechs Monate. Sie wird von dem Vorsitzenden nach Vorschlag der betreffenden Prüfer für jeden Abschnitt einheitlich bestimmt. In gleicher Weise wird unter Beachtung der Vorschrift im § 69 Abs. 6 der Zeitpunkt festgesetzt, bis zu dem spätestens die Meldung zur Wiederholungsprüfung in dem Abschnitt, soweit er nicht bestanden ist, erfolgen muß. Wiederholungsfristen verschiedener Prüfungsteile laufen gleichzeitig nebeneinander.

(3) Die Wiederholung eines Prüfungsteils findet in Gegenwart des Vorsitzenden statt. Dieser kann noch ein Mitglied des Prüfungsausschusses als Beisitzer zur Wiederholungsprüfung heranziehen. Stellt der Prüfling einen dahingehenden Antrag, so ist ihm stattzugeben; auch hierbei bestimmt der Vorsitzende, welches Mitglied des Prüfungsausschusses außerdem an der Prüfung teilnimmt.

§ 68.

Wer auch bei der Wiederholung nicht besteht, wird zu einer nochmaligen Prüfung nicht zugelassen. Ausnahmen dürfen nur aus besonderen Gründen gestattet werden (§ 74).

§ 69.

(1) Wer sich nicht rechtzeitig gemäß §§ 44, 65 Abs. 1 persönlich meldet, kann auf Antrag des Vorsitzenden von der obersten Landesbehörde (§ 36) bis zur folgenden

Prüfungsperiode zurückgestellt werden. In diesem Falle ist der volle Gebührenanteil für sächliche und Verwaltungskosten verfallen.

(2) Wer in einem Prüfungstermin nicht rechtzeitig oder gar nicht erscheint, geht des auf den betreffenden Prüfungsteil entfallenden Gebührenanteils verlustig.

(3) Wer mit genügender Entschuldigung von der begonnenen Prüfung zurücktritt, erhält den Gebührenanteil für die noch nicht begonnenen Prüfungsabschnitte zurück; der Gebührenanteil für sächliche und Verwaltungskosten ist dagegen verfallen.

(4) Liegt im Falle des Abs. 3 eine genügende Entschuldigung nicht vor, so sind die vollen Gebührenanteile für sächliche und Verwaltungskosten sowie für den begonnenen Prüfungsabschnitt oder -teil verfallen; auch kann je nach Umständen durch einen mit Zustimmung des Vorsitzenden gefaßten Beschluß des Prüfungsausschusses der ganze eingezahlte Betrag für verfallen und in besonderen Fällen die Prüfung in allen oder in einzelnen Abschnitten für nicht bestanden erklärt werden. Gegen den Beschluß ist binnen zwei Wochen Beschwerde bei der obersten Landesbehörde (§ 36) zulässig.

(5) Meldet sich der Prüfling ohne genügende Entschuldigung nicht vor Ablauf der Endfrist (§ 67 Abs. 2) zur Wiederholungsprüfung, so kann der Prüfungsausschuß bestimmen, daß die Prüfung von Anfang an zu wiederholen ist, wobei auch die bereits erledigten Abschnitte oder Teile als nicht bestanden gelten. Gegen den Beschluß ist binnen zwei Wochen Beschwerde bei der obersten Landesbehörde (§ 36) zulässig.

(6) Wird die Prüfung in einem Zeitraum von zwei Jahren nach ihrem Beginn nicht vollständig beendet, so gilt sie in allen Abschnitten als nicht bestanden und der nicht verwendete Gebührenrest als verfallen. Ausnahmen hiervon können nur aus besonderen Gründen gestattet werden (§ 74).

§ 70.

(1) Die Prüfung darf nur bei dem Ausschluß fortgesetzt oder wiederholt werden, bei dem sie begonnen ist. Ausnahmen können nur aus besonderen Gründen gestattet werden (§ 74). Mit dem Gesuch um Ausnahmegewilligung ist zugleich eine Erklärung des bisherigen Prüfungsausschusses vorzulegen, ob dem Wechsel des Ausschusses Bedenken entgegenstehen.

(2) Die mit dem Zulassungsgesuch eingereichten Zeugnisse (§§ 39, 40, 42, 43 Abs. 1) sind dem Prüfling erst nach Beendigung der Prüfung von der obersten Landesbehörde (§ 36) zurückzugeben. Verlangt er sie früher zurück, so sind sämtliche obersten Landesbehörden (§ 1) durch Vermittlung des Reichsministers des Innern zu benachrichtigen, daß der Prüfling die Prüfung begonnen, aber nicht beendet hat, und daß ihm auf seinen Antrag die Zeugnisse zurückgegeben worden sind. In die Urschrift des letzten Abgangszeugnisses oder des an seiner Stelle vorgesehenen sonstigen Nachweises ist ein Vermerk über den Ausfall der bisherigen Prüfung einzutragen.

(3) In den Fällen des § 68 kann die oberste Landesbehörde (§ 36) die Rückgabe der Zeugnisse anordnen. In diesem Falle werden die Vorschriften im Abs. 2 Satz 2 und 3 entsprechend angewendet.

§ 71.

(1) Die Gebühren für die Prüfung werden vom Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit den zuständigen obersten Landesbehörden (§ 1) festgesetzt und bekanntgegeben.

(2) Ueber die Verwendung der bei den Gebührenanteilen für sächliche und Verwaltungskosten etwa entstandenen

Ersparnisse sowie der verfallenen Gebühren (§ 69) entscheidet die oberste Landesbehörde (§ 36).

C. Erteilung der Approbation.

§ 72.

(1) Hat ein Prüfling die tierärztliche Prüfung vollständig bestanden, so reicht der Vorsitzende des Prüfungsausschusses die Prüfungsakten der obersten Landesbehörde (§ 36) zur Erteilung der Approbation ein.

(2) Zuständig für die Erteilung der Approbation ist die oberste Landesbehörde (§ 36), in deren Bezirk der Prüfling die tierärztliche Prüfung bestanden hat.

(3) Die Approbation wird nach dem beigefügten Muster 7 ausgestellt.

§ 73.

Dem Reichsminister des Innern werden von der obersten Landesbehörde (§ 72 Abs. 2) Verzeichnisse der in dem abgelaufenen Prüfungsjahr Approbierten und auf Ersuchen auch die auf die tierärztliche Prüfung bezüglichen Akten eingereicht. Die letzteren werden der obersten Landesbehörde zurückgesandt.

D. Ausnahmen und Abweichungen.

§ 74.

Ueber Zulassung der im § 3 Abs. 1, § 7 Abs. 2 und 3, § 8 Abs. 3, § 9, § 14 Abs. 2, § 16 Abs. 1, § 18, § 20 Abs. 1 und 2, § 27 Abs. 2, § 39 Abs. 3, § 41 Abs. 2,

§ 42 Abs. 3, § 68, § 69 Abs. 6, § 70 Abs. 1 vorgesehenen Ausnahmen entscheidet der Reichsminister des Innern in Uebereinstimmung mit der zuständigen obersten Landesbehörde (§ 1, § 3 Abs. 2 und 3, § 36).

§ 75.

(1) Von der zuständigen obersten Landesbehörde (§ 3 Abs. 2 und 3, § 36) können im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern formale Abweichungen von der Handhabung des Prüfungsgeschäfts zugelassen werden, ohne daß dadurch eine Erschwerung oder eine Erleichterung der Prüfung eintreten darf. Namentlich müssen die Vorschriften über die Zulassung zu den Prüfungen (§§ 7 und 8, § 21, §§ 39 bis 43), ferner die im § 12 Abs. 2, §§ 23 bis 25, §§ 49 bis 63 enthaltenen Vorschriften über den Inhalt der Prüfung in den einzelnen Fächern sowie die Bestimmungen über die für die Wiederholung einer Prüfung festgesetzten Fristen (§ 13 Abs. 3, § 26 Abs. 4, § 67 Abs. 2) hiervon unberührt bleiben.

(2) Von einer gemäß Abs. 1 getroffenen EntschlieÙung werden sämtliche obersten Landesbehörden (§ 3 Abs. 2 und 3, § 36) vom Reichsminister des Innern in Kenntnis gesetzt.

E. Schluß- und Uebergangsbestimmungen.

§ 76.

Vorstehende Bestimmungen treten am 1. Oktober 1925 in Kraft.

§ 77.

Studierende, die vor dem 1. Oktober 1924 das tierärztliche Studium begonnen und die tierärztliche Vorprüfung nach den bisherigen Bestimmungen bis zum 1. Juni 1926 vollständig bestanden haben, dürfen die tierärztliche Prüfung (einschließlich etwaiger Wiederholungsprüfungen) auf ihren Antrag unbeschadet der Bestimmung des § 78 nach den bisherigen Vorschriften ablegen, sofern sie sich spätestens bis zum 1. Oktober 1928 zur tierärztlichen Prüfung melden.

§ 78.

Die Bestimmungen des § 14 Abs. 2, § 17, § 18, § 27 Abs. 2, § 29, § 67 Abs. 3, § 68, § 69 Abs. 6 gelten für alle seit dem 1. Oktober 1925 begonnenen Prüfungen.

Berlin, den 21. August 1925.

Der Reichsminister des Innern

Der am 31. August 1934 erlassenen Prüfungsordnung für Tierärzte folgte die Bestallungsordnung für Tierärzte vom 16. Februar 1938.

Sie trat am 1. April 1938 in Kraft.

Herrn Prof. Dr. med. vet. a. RENK danke
ich für die Anregung, mich in meiner
Doktorarbeit mit dem behandelten veteri-
närhistorischen Thema zu befassen.

Mein besonderer Dank gilt Herrn
Prof. Dr. med. H. GOERKE für wertvolle
Hinweise und jederzeit gewährte Hilfe.

IX. L E B E N S L A U F

Am 23. November 1938 wurde ich in Köln als Sohn der Eheleute Dr. med. Hans Wischerath und seiner Frau Betty, geb. Jentges, geboren, Ostern 1945 wurde ich eingeschult. Ab 1950 besuchte ich 3 1/2 Jahre das Staatlich Humanistische Dreikönigsgymnasium in Köln, die nächsten 3 1/2 Jahre war ich im Internat auf dem Aloysiuskolleg zu Bad Godesberg, die folgenden zwei Jahre besuchte ich das Städtische Gymnasium Köln-Deutz. Dort legte ich am 6. März 1959 die Reifeprüfung ab.

Vom Sommersemester 1959 bis zum Wintersemester 1962/63 studierte ich an der Universität zu Köln Humanmedizin, wechselte jedoch im Sommersemester 1963 zur Veterinärmedizin über. An der Freien Universität Berlin studierte ich bis zum Sommersemester 1966.

